

23. Meji | 14. November 1912

könnten

ROBERT SCHMIDT . WAS FORDERN WIR HEUTE VON DER SOZIALEN GESETZGEBUNG?

OLLTE man die sozialpolitischen Forderungen nennen, die zunächst am dringendsten der Erledigung bedürfen, so geriete man in Verlegenheit. Immer wieder reifen neue Wünsche, bevor noch die alten Aufgaben gelöst worden sind. Denn wo die Gesetzgebung an deren Lösung herantrat, geschah es bisher stets in durchaus unbefriedigender Weise. So ist die Arbeiterversicherung bis auf ein kleines noch ausstehendes Ergänzungsgesetz 1) jetzt zu einem gewissen Abschluß gelangt, doch sind auch hier die schlimmsten Mängel des frühern Aufbaus erhalten geblieben und sogar weitere hinzugekommen. Das Angestelltenversicherungsgesetz füllt wohl eine Lücke in der Sozialversicherung aus, entspricht jedoch ebensowenig den gehegten Erwartungen. Das Hausarbeitsgesetz wird seine Wirkung erst zu zeigen haben; groß sind die Hoffnungen nicht, daß die schweren Schäden der Heimarbeit dadurch aufgehoben werden

Die soziale Gesetzgebung bedarf einer großzügigen Fortentwickelung. gesteigerte Entfaltung der Technik, das Entstehen neuer Betriebsformen löst in vielen Fällen auch neue oder erhöhte Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter aus. Damit steigern und vervielfältigen sich die Forderungen des Arbeiterschutzes, und es wird notwendig seine Bestimmungen der Eigenart der verschiedenen Berufe anzupassen. Mißstände in den Arbeitsbedingungen, die die Unfallgefahr erhöhen oder aus denen sich besondere Berufskrankheiten ergeben können, müssen beseitigt werden. Das Material für gesetzliche Eingriffe können hier nur die Beobachtungen und Erfahrungen in der Berufsarbeit selbst liefern. Hier haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren eine fruchtbare Arbeit geleistet. Sie haben ein reiches Material zusammengetragen und sich dabei, da amtliche Quellen nicht zur Verfügung standen, fast ausschließlich auf eigene Ermittelungen gestützt. Wir besitzen ja heute noch keine Behörde, die Untersuchungen über die gesundheitlichen Schädigungen der Arbeiter in bestimmten Berufen vornehmen könnte. Allerdings können wir aus den statistischen Angaben der Berufsgenossenschaften die Zahl der Personen entnehmen, die durch Betriebsunfälle Verletzungen erlitten oder ihr Leben eingebüßt haben, aber es fehlt uns eine Übersicht über Art und Umfang der Erkrankungen, über das durchschnittlich erreichte Lebensalter der Berufsangehörigen und über die Todesursachen. Wie wichtig eine solche Ermittelung wäre, ergibt sich zum Beispiel aus der Statistik der Leipziger Ortskranken-

¹⁾ Ra sieht noch ein Gesetz aus, das diejenigen entschädigt, die bei der Rettung von Personen aus Lebensgefahr zu Schaden kommen,

kasse, die das reichsstatistische Amt bearbeitet und 1910 herausgegeben hat. Dieses sehr interessante Material liefert indessen doch auch nur Teilergebnisse. Die Reichsversicherungsordnung würde der Rechnungsstelle des Reichsversicherungsamts die Befugnis geben eine ähnliche statistische Ermittelung von allen Krankenkassen Deutschlands zu fordern. Die Erhebungen des Beirats für Arbeiterstatistik haben wiederholt gezeigt, wie unsicher wir noch in der Beurteilung der Gesundheitsschädigungen in bestimmten Berufen sind. Mehrfach hat sich der Beirat an das Reichsgesundheitsamt gewandt, um zu erfahren, welche speziellen Gesundheitsschädigungen durch lange Arbeitszeiten in bestimmten Berufen konstatiert worden seien; das Gesundheitsamt mußte jedoch erwidern, daß durch die Statistik der Krankenkassen Material zu einer sichern Beurteilung solcher Fragen bisher nicht geliefert sei. In den meisten Krankenkassen fehlt eine Gruppierung der statistischen Angaben nach Berufen, Art der Erkrankungen und Alter der Erkrankten. Dieser Mangel ist bisher den Unternehmern der betreffenden Gewerbe zustatten gekommen, die sich gegen eine Arbeitszeitverkürzung auflehnten; da eine einwandfreie Beurteilung der Gesundheitsschädigungen in den Berufen nicht existiert, besaßen die Arbeitgeber den besten Vorwand solche Schädigungen überhaupt zu bestreiten. Wir haben durch mehrere Bundesratsverordnungen für bestimmte Berufe eine ständige ärztliche Überwachung der Arbeiter durchgeführt, so besonders für Berufe, in denen Bleivergiftungen in hoher Zahl vorkommen, wie für die Betriebe der Thomasschlackenmühlen und die gewerblichen Anlagen für Vulkanisierung von Gummiwaren. Die Gewerbeinspektoren berichten nun zwar allgemein über das Ergebnis dieser ärztlichen Beobachtungen; aber es fehlt uns doch auch hier eine systematisch aufgestellte Statistik, die uns einen richtigen Einblick gäbe. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß die überwachenden Arzte viel zu abhängig von den Unternehmern sind, um einwandfrei berichten zu können, Wird eine zu hohe Erkrankungsziffer festgestellt, so müßten die Unternehmer ia fürchten, daß weitere sanitäre Schutzmaßnahmen für ihre Betriebe gefordert werden könnten. Daher dürfte diese ärztliche Überwachung nur von beamteten. völlig unabhängigen Ärzten geübt werden, nicht von solchen, die von den Unternehmern angestellt sind.

In den letzten Jahren sind auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes nur recht wenige und schwächliche Versuche unternommen worden durch Bundesratsverordnungen längst anerkannte Berufsschädigungen zu mildern oder zu beseitigen. Der neue § 120 f der Gewerbeordnung leiht diesem Verhalten des Bundesrats leider eine Stütze. Bisher konnte nur der Bundesrat Anordnungen über die Einführung eines sogenannten sanitären Maximalarbeitstags treffen. Nunmehr steht diese Befugnis, wenn der Bundesrat ein Eingreifen unterläßt, auch den Landeszentralbehörden zu; und verspüren auch diese keine Neigung zum Erlaß einer Verordnung, so geht die Befugnis innerhalb ihres Bezirks auf die Polizeibehörde über. Die Folge dieser Bestimmung wird die sein, daß eine Instanz sich auf die andere verläßt, und weitere Eingriffe auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes so überhaupt unterbleiben. Der Bundesrat scheint bereits mit dieser Methode angefangen zu haben; nach der Erklärung, die bei der letzten Etatsberatung im Reichstag aus dem Reichsamt des Innern gegeben wurde, dürfen wir von seiner Initiative nichts mehr erwarten. Unsere Parteigenossen sollten dieser veränderten Rechtslage Rechnung tragen und nunmehr mit um so stärkerm Nachdruck in den Landtagen die Forderung auf Erlaß besonderer Arbeiterschutzvorschriften nach den §§ 120 e und 120 f der Gewerbeordnung stellen.

Aber nicht nur eine weitere Einführung des sanitären Maximalarbeitstags in gesundheitsschädlichen Betrieben ist notwendig. Vielmehr muß endlich in unserer Gewerbeordnung der allgemeine Maximalarbeitstag für Industrie und Gewerbe Aufnahme finden. Für die Einführung dieses Maximalarbeitstags ist die deutsche Industrie längst reif. Wir stehen in diesem Punkt in Deutschland hinter anderen europäischen Staaten zurück. Die Schweiz geht uns mit einer Vorlage für den Zehnstundentag voran, der den bisher bestehenden Elfstundentag ablösen soll. Bei uns scheut die Regierung vor dem gleichen Schritt zurück, obwohl die Gewerkschaften schon lange kürzere Arbeitszeiten errungen haben, und in der Regel nur noch da über 10 Stunden gearbeitet wird, wo ein genügend starker gewerkschaftlicher Einfluß fehlt. Es müßte immerhin schon als ein sozialpolitischer Fortschritt gelten, wenn es gelänge überall eine so rückständige Betriebsweise auszuschalten. Ist es heute schon möglich in allen Fabrikbetrieben für Arbeiterinnen den Zehnstundentag durchzuführen, so können gegen dessen allgemeine Einführung auch keine stichhaltigen Einwände mehr erhoben werden. Wir sollten uns durch das Beispiel der Schweiz nicht beschämen lassen sondern bei unserer hoch entwickelten Industrie mit dieser Neuerung vorangehen. Nicht minder wichtig erscheint die Erhöhung des Schutzalters für Jugendliche auf 18 Jahre. Auch hier ist uns die ausländische Gesetzgebung bereits zuvorgekommen. In der Schweiz, in Frankreich, Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark und England geht das Schutzalter bis zu 18 Jahren. Die deutsche Gesetzgebung beharrt dagegen noch auf einem Schutzalter von 16 Jahren.

Neben den Industriearbeitern drängen die verschiedenen Gruppen der Angestellt en zur Regelung ihrer Rechtsverhältnisse. Jetzt, da das statistische Amt das Resultat der Erhebungen bekannt gegeben hat, die es im Februar 1911 über die Arbeitsverhältnisse der Angestellten der Rechtsanwälte veranstaltete. kann von dieser amtlichen Grundlage aus endlich an die Regelung der Rechtsverhältnisse dieser Angestellten herangetreten werden. Hoffentlich geht es ihnen damit nicht so wie den Handlungsgehilfen. Über die Arbeitszeit in den Kontoren des Handelsgewerbes und der nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen kaufmännischen Betriebe hatte die Kommission für Arbeiterstatistik bekanntlich schon im Jahr 1901 Erhebungen veröffentlicht, und dennoch hat die Gesetzgebung bis heute noch nicht den Wünschen der großen Mehrzahl der Angestelltenverbände auf Festsetzung einer Sonntagsruhe, eines Maximalarbeitstags oder eines Geschäftsschlusses auch für die Kontore Rechnung getragen. Diese Erhebungen stellten damals folgendes fest. Es waren beschäftigt: in den von der Enquete erfaßten 13 673 Betrieben 40 530 Personen weniger als 9 Stunden, 20 292 9 bis 10 Stunden, 7042 10 bis 11 und 1822 Personen über 11 Stunden. Daneben bestand für 24 657 Personen noch Sonntagsarbeit. Diese Statistik entrollt sicherlich kein günstiges Bild der Arbeitsbedingungen, und mit großem Recht haben die Angestellten verlangt, daß der Schluß der Geschäftszeit gesetzlich für sämtliche Handlungsbetriebe genau so wie für die offenen Verkaufsstellen festgelegt wird. Die Aufrechterhaltung einer Sonntagsbeschäftigung ist gänzlich unbegründet, wie freilich alle Bestimmungen über Sonntagsruhe im Handel und Gewerbe dringend einer Nachprüfung bedürfen.

Hand in Hand mit diesen Wünschen geht die Forderung nach einem einheitlichen Angestelltenrecht. Besser noch würde dieses Angestelltenrecht nur ein besonderes Kapitel eines allgemeinen Arbeiterrechts bilden. wärtig sind die Bestimmungen über das Rechtsverhältnis der Arbeiter und der Angestellten, der Dienstboten und Landarbeiter in den verschiedensten Gesetzen zerstreut. Dieser Zustand muß beseitigt und statt dessen ein einheitliches Recht in einfachen und klaren Formen aufgebaut werden, ein Recht, in dem dann die besonderen Eigenarten der einzelnen Berufe Berücksichtigung finden können. Die bisherigen Bestimmungen sind ohnehin in zahlreichen Fällen reformbedürftig; teilweise sind sie veraltet, teilweise sind sie in der Rechtsprechung in so widerspruchsvoller Weise ausgelegt worden, daß eine erneute klare Formulierung dringend geboten wäre. Auf dem Gebiet des Angestelltenrechts harrt die Beseitigung der Konkurrenzklausel und die Neugestaltung des Patentgesetzes der Erledigung. Der gegenwärtige Zustand: daß ein Unternehmer bei ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses dem Angestellten verbieten kann sich in irgendeinem andern Betrieb gleicher Art Beschäftigung zu suchen, bedeutet die stärkste Einengung der persönlichen Freiheit. Ebenso unhaltbar ist die Bestimmung des Patentgesetzes, daß ein Angestellter seine Erfindung dem Unternehmer zur Verfügung stellen muß. Das hat besonders in bestimmten Fällen zu ganz ungeheuren Härten geführt. Hier müßte jede Verzögerung einer gesetzlichen Reform den Angestellten als schweres Unrecht erscheinen. Diese Fragen sind längst spruchreif; das Zögern der Regierung ist nur dem Widerstand der Unternehmer zu danken, die uns nicht vorwärts

Als Spezialgesetz wird hoffentlich in der nächsten Session dem Reichstag ein Theatergesetz zugehen. Vorarbeiten dazu sollten bereits in der vorigen Session im Gange sein. Die Bühnenangehörigen würden es sehr bitter empfinden, wenn man sie wieder auf spätere Zeiten vertrösten wollte. So bedauerlich der innere Konslikt in der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger ist, eine Erkenntnis bricht sich in ihren Kreisen doch allgemein mehr und mehr Bahn: Man fängt an zu begreifen, daß die traurige soziale Lage der Schauspieler ihrer Weltabgeschiedenheit, ihrer Gleichgültigkeit gegen alle sozialen Strömungen zu danken ist. Jetzt kann die Erbitterung gegen die tief eingewurzelten Berufsübelstände auch dadurch nicht mehr gebannt werden, daß man das Schreckgespenst der Sozialdemokratie heraufbeschwört. Fordern die Bühnenangehörigen durch die soziale Gesetzgebung einen Schutz gegen unwürdige Berufsverhältnisse, so werden sie sehr bald einsehen, daß sie in der Sozialdemokratie die beste Förderin ihrer Wünsche finden. Erfreulicherweise steht auf der Seite des Fortschritts auch eine große Zahl von Künstlern und Künstlerinnen, die in ihrer sozialen Stellung das Durchschnittsniveau des Berufs weit überragen, und so dürfen wir hoffen, daß die Bewegung sich in ihrem gesunden Kern durchsetzen wird.

Die sozialpolitischen Aufgaben werden immer zahlreicher und vielgestaltiger. Berufsschichten, die es bisher vermieden mit sozialpolitischen Forderungen an die Offentlichkeit heranzugehen, sind mit einem Schlag aus ihrer beschaulichen Ruhe erwacht, und sie treten überraschend schnell in den Kampf gegen alte Vorurteile. Erwächst dieser Kampf auch zunächst nur aus einem unklaren Empfinden, so bahnt er doch den Weg zur sozialpolitischen Erkenntnis. Dafür lieferten die Bankangestellten ein ganz eigenartiges Beispiel. Die Unzufrieden-

heit mit ihrer alten Organisation entstand aus einem sehr geringfügigen Anlaß. Dies führte zur Neugründung einer Organisation, die nachdrücklich den gewerkschaftlichen Charakter betont. Das mag den Bankdirektoren unangenehm sein, aber jetzt dürfte es ihnen weder gelingen durch ihr Machtwort die Angestellten zur Umkehr zu treiben noch sie durch Maßregelungen zum Gehorsam zu zwingen; die Bewegung läßt sich nicht mehr aufhalten. Die Mittelschichten, auf die die bürgerlichen Parteien ihre Hoffnungen gründeten, geraten in Bewegung, der Gegensatz ihrer Interessen zu denen des Kapitals tritt immer mehr hervor und erzeugt manchen Widerstreit innerhalb der bürgerlichen Parteien. Der Sozialdemokratie, die in ihrer sozialpolitischen Auffassung dieser Bewegung am nächsten steht, werden sich vorläufig freilich nur wenige Überläufer zuwenden. Der Umwandlungsprozeß, der sich hier vollzieht, bedarf zu seiner Klärung und Festigung noch einer gewissen Zeitperiode; erst dann werden jene Schichten den Anschluß an die Arbeiterbewegung finden.

In der Sozialpolitik darf es keinen Stillstand geben. Die stetige Entwickelung der Industrie stellt immer wieder neue Probleme, ungeduldig drängen die Massen der Arbeiter und Angestellten, auf denen der Druck des kapitalistischen Betriebs lastet, nach einem Schutz der Gesetzgebung. Gegenüber dem Machtgebot kapitalistischer Interessenten- und Unternehmerorganisationen Macht endlich Schluß mit der Sozialpolitik! mögen sich alle Erwerbstätigen, seien sie nun Künstler, Arbeiter oder Angestellte, in dem Ruf vereinigen Vorwärts mit der Sozialpolitik!

MAX SCHIPPEL · PETROLEUMMONOPOL



MUF ein deutsches Petroleummonopol arbeiten seit langen Jahren so ungleichartige Kräfte und Interessen hin, daß es nicht verwunderlich ist, wenn der erste fester umrissene gesetzgeberische Entwurf ein sehr einseitiges Gepräge trägt und auf grundverschiedene Beurteilung unter den Monopolfreunden selber stößt,

Viele der Vorwürfe gegen den alten privatmonopolistischen Zustand gingen überhaupt gar nicht vom Konsum aus sondern von dem großen, kleinen und kleinsten Zwischenhandel, der sich auf dem langen, einst so profitablen Weg von der Einfuhr (die heimische deutsche Erdölproduktion kommt für Leuchtzwecke kaum in Betracht) bis zum Haushalt mehr und mehr beiseite gedrängt sah. Die beispiellose Folgerichtigkeit, mit der das ganze Geäder des Petroleumabsatzes sich bis in die letzten und feinsten Verästelungen hinein einheitlich ausbaute, ist bekannt; die selbständigen Zwischenunternehmungen für Transport und Handel sind auf diesem wichtigen Gebiet verblüffend rasch seltener geworden und ganz verschwunden. Flußtankschiffe wurden durch Überpumpen aus dem Ozeantankdampfer gefüllt; sie gaben ihre Ladung abermals mittels Pumpen an die großen stationären Tanks der Verkehrsknotenpunkte ab; eigene Eisenbahnkesselwagen übernahmen die Versorgung des Hinterlands bis zur letzten lohnenden Bahnstation. Nachdem diese grundlegende Gliederung vollendet war, spann sich das Netz weiter bis zu den Detaillisten und schließlich bis zu den letzten Einzelverbrauchern. So lesen wir in der Zeitschrift Petroleum vom 20. März 1912:

»In fast allen Detailgeschäften sind heute eiserne Standgefäße von den Petroleumgesellschaften kostenlos aufgestellt. . . Durch den Tankwagenbetrieb der

Petroleumgesellschaften werden diese Standgefäße in den Läden der Detaillisten nach Bedarf aufgefüllt. Die Tankwagen holen das Petroleum aus dem nächstgelegenen Lagerplatz der Petroleumgesellschaft. . . Die selbständigen Kannen händler bezogen (zum Teil in eigenen Tankwagen) das Petroleum aus den Lägern der Petroleumgesellschaften und lieferten das auf Kannen gefüllte Ol mit Fuhrwerk den Haushaltungen frei ins Haus. . Ihnen ist es in den letzten Jahren in Deutschland recht schlecht gegangen. Nachdem die Standard Oil Company durch die Einführung des Tankwagenbetriebs erst die Petroleumgroßhändler hatte verschwinden lassen, blieben nur die Kannenhändler als selbständige Petroleumgeschäfte bestehen. Um den Wahlspruch Von der Quelle bis zur Lampe lückenlos durchzuführen, mußte aber auch noch diese letzte Etappe beseitigt werden. Es entstanden nun in den letzten Jahren unter den verschiedensten Firmenbezeichnungen, häufig auch in der Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kannengeschäfte, die begannen stellenweise zu unglaublich billigen Preisen Petroleum zu verkaufen. Woher die Mittel dazu kamen, wurde aus naheliegenden Gründen sorgfältig geheim gehalten, bis durch Angestellte dieser Firmen selbst in verschiedenen Fällen bestätigt wurde, daß von Beamten der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft die Gelder teils in bar überbracht teils ohne Namensnennung der Einzahler per Bank überwiesen wurden. Es wurde auch bekannt, daß Aufstellungen und Bilanzen bei der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft regelmäßig eingereicht werden mußten usw. . . So ging es den selbständigen Kannenhändlern an den Kragen. . . Ebenso wie den Grossisten seinerzeit durch das Tankwagengeschäft gewaltsam der Handel entwunden wurde, und wie sich schließlich alle kampfesmüde von diesem Artikel abwandten, so geht es nunmehr den Detailleuren, welche innerhalb kurzer Zeit ebenfalls kampfesmude sein und das Geschäft, an dem sie nichts mehr verdienen, den Kannenbetrieben überlassen werden.« Aus diesen Kreisen, die sich ganz ausgemerzt oder doch zu einem unselb-

Aus diesen Kreisen, die sich ganz ausgemerzt oder doch zu einem unselbständigen Glied in einem großkapitalistischen fremden Räderwerk herabgedrückt fanden, ist vielfach der Ruf nach einem Reichsmonopol zuerst erschollen. Aber kann es für die Allgemeinheit der Konsumenten lockend erscheinen der alten Desorganisation und Kraftvergeudung von neuem freiern Spielraum zu verschaffen? Wenn nicht, was kümmert es diesen überlebten Zwischenhandel, daß das Reich und seine Unterverwaltungen an die Stelle der großen Aktiengesellschaften und ihrer Filialgründungen treten? Oder soll das Reich das Morsche und innerlich Überwundene von neuem stützen? Schon hierdurch mischte sich von jeher ein sehr zwiespältiger, problematischer Zug in alle Monopolbestre-

bungen.

Ferner wurde man recht oft zu einer wenig klaren Haltung dadurch gedrängt, daß man die ganze Frage sich allzu ausschließlich auf eine Bekämpfung der amerikanischen Standard Oil Company zuspitzen ließ. Das ist an sich ganz erklärlich, bei der überragenden Stellung dieser Gesellschaft. Aber der monopolistische Grundzug ist den Konkurrenzunternehmungen nicht minder eigen, und es entbehrte nicht der Komik, wenn die Abmachungen der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft mit den Detaillisten erst von der einen Seite als »zweifellos gegen die guten Sitten verstoßend« bezeichnet wurden, und wenn alsdann die angegriffene Direktion erwiderte: sämtliche Importgesellschaften schlössen »teils wörtlich teils inhaltlich« die gleichen Verträge, vor allem unter Wahrung der Klausel, daß der Petroleumempfänger von jeder Bedarfsdeckung bei Dritten während der Vertragszeit Abstand zu nehmen habe. Die Reformbemühungen sind also gar nicht in erster Linie darauf zu richten grundsätzlich der Standard Oil Company die Lieferungen nach Deutschland abzuschneiden, wie dies gegenwärtig wieder aus manchen Blättern herausklingt. Es kommt vielmehr lediglich darauf an ihr soviel Machtmittel entgegenzustellen oder nötigenfalls für Deutschland wieder zu entwinden wie zur Aufrechterhaltung genügender Konkurrenz zwischen den verschiedenen internationalen Liefergruppen nötig erscheint. Gerade die überstürzte Ausschaltung der Standard Oil Company könnte sehr leicht die Gefahr erzeugen, daß man eine ungenügende anderweitige Zufuhr durch Bewilligung von Wucherpreisen zu steigern suchen müßte. Etwas anderes ist es natürlich, ob man sich nicht auf außerordentliche Maßnahmen vorbereiten soll, falls der amerikanische Trust selber es auf den Kampf um das Alles oder nichts! ankommen lassen wollte.

Der neue Regierungsentwurf weckt nun leider durch seine Halbheit und Zaghaftigkeit die Befürchtung, man werde für die Vorherrschaft des Rockefellertrusts lediglich ein Monopol der schwächeren bisherigen Außenseiter und Rivalen eintauschen, so daß weder für die Konsumenten noch für das Reich ein besonderer Fortschritt erzielt wird, und daß zuletzt gar nur ein paar mächtige Großbanken für ihre Schützlinge einen gesichertern, gewinnreichern Absatz erhalten.

Die Verteilung der Leuchtöleinfuhr ist heute in Deutschland etwa die folgende. Im ganzen kamen im Jahr 1911 9 554 824 Doppelzentner des fremden Leuchtstoffes herein, neben 335 496 Doppelzentner Roherdöl und 1 879 827 Doppelzentner Rohnaphta. Von den reichlich 9½ Millionen Doppelzentner Leuchtöl stammten nicht weniger als 7 422 520 aus Amerika, dann 1 429 370 aus Galizien, 486 310 aus Rumänien, 160 930 aus Rußland. Daß dieses starke Übergewicht Amerikas mit auf der bessern Handelsorganisation beruht, darf man aus den lange nicht so ungleichartigen Ziffern für die Gesamtproduktion dieser vier Länder schließen. Es betragen im Jahr 1911:

Land	Produktion (in Doppelzentner)	Gesamtexport (in Doppelzentner)
Vereinigte Staaten	284 690 000	36 040 800
Rußland	90 720 000	7 460 120
Rumänien	15 440 000	4 654 450
Galizien	14 580 000	4 057 320

An der Weltproduktion von 444 580 000 Doppelzentner sind, wie man sieht, die Vereinigten Staaten mit 64 % beteiligt, an Deutschlands internationaler Bedarfsdeckung mit annähernd 80 %. An eine Ausschaltung Amerikas ist demnach vorläufig schwerlich zu denken, es sei denn, man wolle beliebig hohe Preise daran wagen und nicht davor zurückschrecken einem viel weniger leistungsfähigen Gegenkonzern ohne genügende Rückendeckung ausgeliefert zu sein. Ein nach allen Seiten un abhängiges Reichsmonopolkönnte wahrscheinlich diese Klippen vermeiden, während die vorgeschlagene Privilegierung der mit Rumänien, Galizien und Rußland verbundenen deutschen Großbanken (weiter nichts ist im Grunde der veröffentlichte Vorschlag) geradezu in dieses gefährliche Fahrwasser hineintreibt.

Die Kundgebung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 15. Oktober war allerdings noch sehr vorsichtig gehalten:

»Es kann nicht in Frage kommen eine von Beamten geleitete und aus Reichsmitteln finanzierte Anstalt zu errichten, da ein solches Staatsmonopol eine erhebliche Vermehrung der Beamten notwendig machen und zugleich die freie Betätigung von Handel und Kapital ausschalten würde. Auch eignet sich das Petroleumgeschäft seiner spekulativen Natur wegen nicht für die Ausführung durch Beamte. Deshalb soll nicht eine Reichsanstalt sondern eine Aktiengesellschaft mit der aus-

schließlichen Befugnis zum Großhandel mit Leuchtöl errichtet werden, deren Kapital teils durch große Finanzgesellschaften teils durch deren Vermittlung auf dem Kapitalmarkt aufgebracht wird. Diese Vertriebsgesellschaft würde von Kaufleuten geleitet werden; geeignete Kräfte hierzu stehen zur Verfügung. Die Vertriebsgesellschaft wäre dabei ständiger Aufsicht der Reichsverwaltung zu unterstellen. Satzung und jede Änderung der Satzung sollen der Genehmigung des Reichskanzlers, Vorstand und Aufsichtsrat seiner Bestätigung unterliegen. Außerdem würde ein Reichskommissar die Geschäftsführung im einzelnen zu überwachen und für einzelne besonders wichtige Vorgänge, wie den Abschluß großer langfristiger Lieferungsterträge, ein Vetorecht haben. Es ist weiter Vorsorge getroffen, daß die Aktien nicht erhöhtem Stimmrecht geschaffen werden, die in den Händen eines aus den großen Vertriebsgesellschaften bestehenden Konsortiums verbleiben. Sollte aber die fugnis zum Großhandel mit Leuchtöl mißbrauchen, so ist vorgesehen, daß auch sehon Reichsverwaltung ihr jene Befugnis entziehen kann.«

Selbst wenn man den Gedanken der Eigenregie, der den parlamentarischen und literarischen Vertretern der Monopolisierung sicherlich zunächst vorschwebte, auf eine solche wenigsagende Begründung hin preisgeben könnte, so käme es vor allem auf die Art und den geplanten Einfluß der beteiligten großen Finanzgesellschaften an. Und hier haben, trotz des zurückhaltenden Schweigens der amtlichen Stellen, die Auseinandersetzungen zwischen der Diskontogesellschaft und der Deutschen Bank selbst die weniger Erfahrenen einen Blick hinter die Kulissen tun lassen, der mindestens die äußerste Vorsicht bei Beschreitung eines solchen Weges nahe legt. Als Hauptförderer der reichsmonopolistischen Vertriebsgesellschaft und offenbar auch als ausführendes Haupt der geplanten Zukunftsorganisation enthüllt sich danach die Deutsche Bank, die selbe Großbank, die durch die Steaua Romana an der rumänischen Petroleum produktion und damit an der lohnenden rumänischen Einfuhr nach Deutschland interessiert ist, und die durch die Europäische Petroleumunion und deren Tochterunternehmen, die Deutsche Petroleumverkaufsgesellschaft, weiter den Vertrieb für rumänisches und russisches Petroleum kartellartig zusammenzufassen und zu erhöhen suchte und dabei gegenüber der Standard Oil Company und deren deutscher Vertriebsfiliale, der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in Hamburg, die schwersten Verluste erlitt. Ein Vertrag mit dem überlegenen Gegner machte 1907 zwar weiteren Niederlagen ein Ende, war jedoch von solcher Härte, daß neuerdings die Gerichte angerufen wurden und in erster, aber noch nicht in höherer Instanz die ganze Abmachung für nichtig erklärt haben. Das Monopol würde hier nicht nur vor dem Ausbruch eines neuen Preiskampfes retten sondern auch die Möglichkeit gewähren alle Anlagen zu günstigem Preis loszuwerden. Nach der Frankfurter Zeitung vom 24. Oktober soll nämlich die Monopolgesellschaft verpflichtet werden die Anlagen der bisherigen Vertriebsgesellschaften anzukaufen, und zwar nicht nur die Anlagen, die sie brauchen wird, sondern alle Anlagen, auch diejenigen, die in dem Kampf gegen Amerika über den notwendigen Bedarf hinaus errichtet worden sind. »Das dadurch der Monopolgesellschaft zugemutete Opfer wird von den Sachverständigen auf nicht weniger als 10 Millionen Mark geschätzt.«

An einer solchen Interessenverquickung scheitern wahrscheinlich auch die seltsam verwickelten Gewinnnormen, mit denen man einer Überteuerung der Konsumenten zu wehren beabsichtigt. Wird eine gewisse Preisgrenze (ab Tankanlage für die Detaillisten) überschritten, so sollen, gleichviel wie hoch der rech-

nerische Gesamtüberschuß, die Aktionäre nur eine Minimaldividende beziehen dürfen. Kommt man mit verhältnismäßig niedrigen Preisen aus, so soll umgekehrt der Überschuß stärker für Dividendenausschüttung (neben dem Reichsgewinnanteil), in Anspruch genommen werden. Das fesselt zunächst als ein überraschender und zweifellos denkbarer Versuch die nächsten Nutznießer des Monopols nicht an hohen, sondern an mäßigen Preisen zu interessieren. Es kann jedoch rein zur Spielerei werden, wenn Produzenten-Lieferanten und Einkäufer-Weiterhändler in der geschilderten Weise unlösbar liiert sind; man kann in der zweiten Funktion recht wohl bescheiden sein und verzichten, wenn man bereits auf der ersten Stufe um so reichlicher sich vorentschädigt hat. Wir betrachten bei kommunalen und anderen Vertretern schon jede Einmischung bei Lieferungen, an denen sie mitinteressiert sind, als unratsam und verdächtig: und hier, bei einer solchen Riesenaufgabe, sollten wir Produktionsinteressenten oft einseitigster Art die Entscheidung über Lieferverträge, Einkaufspreisregelungen und Ähnliches seelenruhig anvertrauen und uns mit einer formalen Aufsicht und äußerstenfalls mit einem Vetorecht der Regierung begnügen? Wir wollen kein Monopol der Standard Oil Company, aber ebenso wenig ein Monopol zur Sanierung notleidender anderer Kartelle und zur einseitigen Förderung anderer privatkapitalistischer Gegengründungen. Deshalb gehören an die Spitze eines solchen Unternehmens nicht Finanzkapitalisten, die selber in diesen Interessenkonflikten von jeher Partei waren, sondern das einzig Richtige wäre eine nach allen Seiten vollständig un abhängige Instanz, die für keinen der rivalisierenden Konzerne zu sorgen hat, die also ebensogut heute die österreichisch-rumänisch-russische Konkurrenz gegen Amerika, wie morgen die Standard Oil Company gegen die Steaua Romana oder die österreichischen und russischen Kartelle, respektive ihre deutschen Bankrepräsentanten auszuspielen vermöchte: falls man über ein Handelsmonopol nicht hinausgehen will.

Dies ausschließlich sollte als Kernfrage bei der ganzen, jetzt entfesselten Erörterung gelten. Die Zusicherung, daß die setwaigen Erträgnisse« für das gewinnbeteiligte Reich »dazu dienen sollen die Erfüllung sozialpolitischer Ausgaben zu ermöglichen, die bisher hauptsächlich aus finanziellen Erwägungen hintangestellt werden mußten«, ist deshalb nicht ohne Grund mit ziemlichem Gleichmut aufgenommen worden. Die Arbeiterklasse hat nicht den geringsten Anlaß ein versehltes Vorgehen günstiger zu bewerten, weil bei dieser Gelegenheit auch für sie etwas abfallen soll.

EDUARD BERNSTEIN · WISSENSCHAFT, WERT-URTEILE UND PARTEI

ER 2. deutsche Soziologentag, der am 20., 21. und 22. Oktober in Berlin stattfand, hat in der Sozialdemokratie wenig Beachtung gefunden. Auch die bürgerliche Presse hat sich wenig mit ihm beschäftigt. Letzteres ist nicht sehr wunderbar. Die Soziologie als besondere, zusammenfassende Wissenschaft des gesellschaftlichen

Werdens, der gesellschaftlichen Elemente, Kräfte, Formen und Tendenzen genießt in Deutschland keine sehr hohe Stellung. Die Universitäten haben sie bisher hartnäckig als Stiefkind behandelt. Man sollte es kaum für möglich

halten, aber es ist Tatsache, daß für diese Wissenschaft, die, von enzyklopädischen Geistern wie Henry Claude Saint-Simon und Auguste Comte begründet, unter ihren Vertretern (um von lebenden Deutschen zu schweigen) Leute wie Emile Durckheim, Alfred Fouillée, Ludwig Gumplowicz, Maxim Kowalewskij, Ch. Letourneau, L. H. Morgan, A. E. Schäffle, Herbert Spencer, Ed. Westermarck, Lester F. Ward zählt, auf den deutschen Universitäten nur 1 oder 2 offizielle Lehrstühle bestehen. Aber dem ist so, und es ist auch kaum zufällig, daß dem so ist. Es erscheint als eine natürliche Folge der geistigen Wandlung, die sich im Lauf der letzten Jahrzehnte in den Kreisen der offiziellen Vertreter der deutschen Gelehrtenwelt vollzogen und zum Vorherrschen der Spezialitäten geführt hat. Welches aber auch die Gründe seien, die Tatsache ist da. und von der bürgerlichen Tagespresse verlangen, was die hohen Räte der Fakultäten abweisen, wäre die höchste Unbilligkeit. Weniger einleuchtend ist die Teilnahmlosigkeit der sozialdemokratischen Presse, besondere das Schweigen des in Berlin erscheinenden Zentralorgans unserer Partei, gegenüber einer Tagung, die einem so wichtigen Thema, wie das der Soziologie der Nationalitäten galt, und auf der eine der bedeutungsvollsten der hier einschlägigen Fragen, nämlich die Frage nach der Nation als politischem Faktor von einem Mitglied der Partei, unserm österreichischen Parteigenossen Dr. Ludo Hartmann, in höchst instruktivem Vortrag behandelt wurde. Indes, in diesen Dingen dormitat nicht bloß interdum bonus ille Homerus.

Es ist nun nicht meine Absicht, und auch nicht meines Amts, hier Bericht zu geben von den Referaten und Diskussionen des Soziologentages, auf dem es mehrmals recht lebhaft zugegangen ist. Es wird das wohl an anderer Stelle in dieser Zeitschrift geschehen. Auch sollen die Ausführungen dieses Artikels nicht der Substanz der Vorträge oder eines der Vorträge gelten, die den Soziologentag beschäftigt haben, so viel Zeitgemäßes und der eingehenden Diskussion in den Sozialistischen Monatsheften Wertes dort zur Erörterung gebracht wurde. Tritt uns doch, um nur eines herauszugreifen, die Nationalitätenfrage heute in ganz anderer Gestalt und unter ganz anderen Voraussetzungen entgegen als zur Zeit, da die sozialdemokratischen Begriffe über sie gebildet wurden, und ergibt sich doch daraus für die Sozialdemokratie die Notwendigkeit der Nachprüfung jener Begriffe und ihrer Brauchbarkeit für die Anwendung in konkreten Fällen. Schippel hat sich hier über die summarische, jede Unterscheidung vermissen lassende Behandlung der Frage des Imperialismus auf dem Chemnitzer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie lustig gemacht.1) Demgegenüber sei bemerkt, daß der Reserent des Parteitags, Genosse Haase, von vornherein die Erklärung abgegeben hatte, es handle sich diesmal nur um Stellungnahme gegen eine ganz bestimmte Art von Imperialismus, um ganz bestimmte imperialistische Tendenzen, und die dem Parteitag vorgelegte Resolution wollte denn auch nichts mehr sein als eine Demonstration gegen die in ihr gekennzeichneten Tendenzen. Richtig ist jedoch, daß die Resolution die Frage des Imperialismus nicht erschöpft, und daß die Debatte über ihn in einer Weise über das Knie gebrochen wurde, die mit der Bedeutung des Gegenstandes ganz außer Verhältnis stand. Was jenseits der in der Resolution abgewiesenen Tendenzen liegt, ist für die Partei noch offene Frage. Aber es sind keine Zukunftsfragen sondern gleichfalls Fragen unserer Zeit, und nicht die letzte davon die Frage der

¹⁾ Siehe Schippel Der Imperialismus auf dem Chemnitzer Parteitag in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1271 ff.

Beziehungen zwischen dem Imperialismus und den Bedürfnissen und Rechten der Nationalität. Für sie nun ist auf dem Soziologentag sehr viel Bemerkenswertes vorgetragen worden.

Darauf der Sache nach einzugehen werde ich voraussichtlich schon in der nächsten Zeit Gelegenheit haben. Was mich heute veranlaßt auf den Berliner Soziologentag zurückzukommen, ist ein Vorkommnis, das mit dem Gegenstand seiner Tagesordnung nur zufälligen Zusammenhang hat und die ganz allgemeine Frage der Beziehungen von Wissenschaft und Praxis betrifft. handelt sich um die Unterbrechung des Leipziger Professors Paul Barth durch den Vorsitzenden Professor Georg Simmel und den Heidelberger Professor Max Weber, als Barth in seinem Referat Die Nationalität in ihrer soziologischen Bedeutung auf Betrachtungen über den Vorzug des nationalen Staats gegenüber anderen Staatsgebilden überging. Simmel erklärte, und Weber sekundierte ihm dabei in der allerschärfsten Form, daß Werturteile dieser Art abzugeben außerhalb der Aufgaben liegen, die sich die Deutsche Soziologische Gesellschaft gestellt habe, und durch ihre Statuten ausdrücklich ausgeschlossen Diese Erklärung, der sich Professor Barth im Angesicht der den Vorsitzenden wissenschaftlicher Gesellschaften zustehenden Rechte zu unterwerfen hatte und auch ohne weiteres unterwarf, hat zu mannigfachen Kommentaren Anlaß gegeben. Die Bestimmung, auf die sie sich stützte, ist unter anderen von der Frankfurter Zeitung als viel zu weitgehend bezeichnet worden. müsse eine trockene Wissenschaft sein, bemerkt das demokratische Blatt, die sich rein auf Vorführung von Tatsachen beschränke. Und auf ähnliche Bemerkungen stößt man in anderen Zeitungen. Auf den ersten Blick werden sie auch vielen zusagen. Es wird vielen als eine unerträgliche Einschränkung des Begriffs und der Aufgaben der Wissenschaft erscheinen, wenn man sie ausschließlich auf Feststellung dessen, was war, ist und voraussichtlich sein wird, verweist und ihr Betrachtungen über das, was sein soll oder sollte, untersagt. Würde dadurch nicht unter anderm die Ethik aus der Wissenschaft herausgeworfen?

Es muß nun zunächst betont werden, daß, wenn die Deutsche Sosiologische Gesellschaft Werturteile aus ihren wissenschaftlichen Verhandlungen ausschließt, für sie dabei eine Rücksicht bestimmend ins Gewicht fällt, die mit irgendwelcher Theorie von den Aufgaben und Rechten der Wissenschaft nichts zu Die Gesellschaft will jedes Konkurrenzverhältnis mit dem Verein für Sozialpolitik, jedes Übergreifen in das Aufgabengebiet dieser Verbindung, der wir so viele wertvolle Untersuchungen verdanken, von vornherein und grundsätzlich ausschließen. Es war offenbar nicht zum wenigsten dieser Gesichtspunkt, der Max Weber veranlaßte in seiner temperamentvollen Weise zu erklären, er würde sofort seine Amter in der Soziologischen Gesellschaft niederlegen, wenn nicht streng an jener Bestimmung ihres Statuts festgehalten würde. Man braucht auch sich nur gegenwärtig zu halten, wie weit das Gebiet der Soziologie reicht, um sich selbst sagen zu müssen, daß ohne die erwähnte Bestimmung Übergriffe in das Gebiet der Sozialpolitik, wie anderer Zweige der Politik, gar nicht zu vermeiden wären. Selbst wenn hier eine . Übertreibung in der Abgrenzung des Arbeitsgebiets der soziologischen Wissenschaft vorläge, würde sie sich aus jener praktischen Erwägung heraus hinlänglich rechtfertigen lassen. Nur daß es sich dann einfach um ein selbstauferlegtes Opfer handelte, aber nicht um eine grundsätzliche Einschnürung des Arbeitsfeldes der Wissenschaft überhaupt.

Indes führt Nachdenken über die theoretische Seite der Frage doch dazu die Einschränkung auch grundsätzlich für berechtigt und angezeigt zu erkennen. Nur darf man nicht vergessen, daß Werturteil und Werturteil zweierlei sind. Wenn ich erkläre, die Republik sei eine bessere Staatsform als die Monarchie, oder umgekehrt, die Monarchie sei der Republik vorzuziehen, so spreche ich damit unzweifelhaft Werturteile aus, die jenseits des Gebiets der Wissenschaft liegen. Wenn ich aber erkläre, für bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse, für eine bestimmte Struktur der Gesellschaft und Kulturhöhe ihrer Mitglieder und im Hinblick auf bestimmte Zwecke der Gesellschaft erscheine auf Grund geschichtlicher Erfahrung diese oder jene Regierungsform als die besser angepaßte, größere Dauer und Wirkungskraft in Aussicht stellende Staatsordnung, so ist das zwar ein Werturteil, das falsch oder richtig sein kann, aber es ist kein Urteil, das über den Rahmen der Soziologie als bestimmter Wissenschaft hinausgreift. Nur ein Werturteil, das von Zwecken ausgeht, die jenseits des Untersuchungsgebiets einer Wissenschaft liegen, ist für diese transzendent und kann daher aus ihren Diskussionen verwiesen werden, wenn es sich darum handelt die Grenzen zu bestimmen, die sie von anderen Wissenschaften oder von Betätigungen trennen, die die Ergebnisse der Wissenschaft praktisch zu verwerten suchen. Man kann sich das am besten am Verhältnis einer andern wissenschaftlichen Disziplin zu ihr verwandten und an sie anknüpfenden Betätigungen veranschaulichen. Die Physiologie ist die wissenschaftliche Vorarbeiterin der Medizin, unzählige Fäden führen von ihr zu jener hinüber, manche auch von jener zu ihr zurück. Aber kein wissenschaftlich arbeitender Physiologe wird für seine Untersuchungen und Feststellungen Werturteile zulassen, die für den Mediziner im besondern maßgebend sind. Der Mediziner soll und will menschliche Krankheiten heilen und menschliches Leben erhalten, der Physiologe Bedingungen und Entwickelungsgesetze organischen Lebens festmenschliches Wohlbefinden Dem einen ist das Maß aller Dinge, dem andern ist es Teilgegenstand einer Funktionslehre, für die es prinzipiell gleichgültig ist, ob das Leben eines Menschen, eines Kaninchens, eines Frosches oder irgendeines Insekts in Frage steht. Wie die Physiologie zur Medizin verhält sich die Soziologie zur Politik, zur Ethik, zur Pädagogik und anderen sozialen Betätigungen. Sie sind je nachdem Gegenstände ihrer Untersuchung, aber was ihnen teleologischer Wert ist, kommt für die Soziologie nur als funktioneller Wertfaktor in Betracht. Barth überschritt dadurch durchaus noch nicht das Grenzgebiet der Soziologie, daß er darlegte, welche ethischen und pädagogischen Wirkungen der nationale Staat nach seinem Dafürhalten ausübe. Dagegen ist die Wertung des nationalen Staats um seiner ethischen Wirkungen willen nicht mehr Sache der Soziologie sondern der Politik als Staatskunst im weitern Sinn. Wie aber niemand die Physiologie darum eine trockene Wissenschaft schelten wird, weil sie das Heilen kausal oder funktionell und nicht teleologisch betrachtet, so kann man auch die Soziologie nicht darum trockene Wissenschaft nennen, weil sie die Fragen der Staats-, Sozial- und Kulturpolitik kausal und nicht teleologisch behandelt. Je mehr sie hierin sich Beschränkungen auferlegt, je mehr sie ihre Feststellungen von Werturteilen freihält, die der Teleologie der Disziplinen der angewandten

Sozialwissenschaft angehören, um so bessere Dienste wird sie den Vertretern dieser Disziplinen leisten. Denn alle haben schließlich das Bedürfnis sich auf Untersuchungen zu stützen oder zu berufen, denen nur die eine Tendenz zugrunde liegt: Erforschung des Tatsächlichen in den sozialen Zusammenhängen.²)

Das Freihalten der Wissenschaft von für sie transzendenten Werturteilen oder Tendenzen ist somit keineswegs eine bloß formelle oder methodologische Angelegenheit, sondern es ist auch eine Frage von eminent praktischer Bedeutung. Unter anderm liegt hier auch die stärkste Wurzel für die Forderung der Freiheit der Wissenschaft von staatlicher Bevormundung oder strafgesetzlichen Fesseln frei sein soll, ist schließlich doch nur eine Frage für Barbaren. Ob aber die Wissenschaft von für sie transzendenten Werturteilen frei sein soll, darüber streiten auch heute noch leider nicht nur Barbaren.

K. Kautsky hat in der Neuen Zeit den Ausschluß G. Hildebrands aus der Partei in zwei Artikeln mit Argumenten verteidigt, die in ihren Konsequenzen Jeden Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft rechtfertigen würden. Unzweifelhaft hat es denjenigen Delegierten des Chemnitzer Parteitags, die für den Ausschlußantrag stimmten, fern gelegen das wissenschaftliche Forschen und Bekennen in der Partei beeinträchtigen zu wollen. Ich erkenne es gern an und habe unter anderm, als im Ausschuß der Soziologischen Gesellschaft der Gegenstand aus irgendeinem Anlaß erwähnt wurde, auf das entschiedenste betont, daß die übergroße Mehrheit der Delegierten, die in Chemnitz für die Ausschließung Hildebrands stimmten, damit nicht ein wissenschaftliches Bekenntnis sondern eine Politik, politische Tendenzen treffen wollten. Das möchte ich von vornherein feststellen. Die Frage ist nur, ob nicht der Beschluß faktisch doch eine größere Tragweite hat als er der Absicht der Beschließenden nach haben sollte. Und wenn die Interpretation Geltung behielte, die K. Kautsky ihm gibt, wäre das in der Tat der Fall.

In den Augen der großen Mehrheit der Genossen, die für den Ausschluß Hildebrands stimmten, fiel entscheidend ins Gewicht, daß mitgeteilt worden war, Hildebrand habe in Demonstrationsversammlungen der Partei abweichende Anschauungen in die Debatte geworfen. Die Partei hat sicherlich das Recht von ihren Mitgliedern, und ganz besonders von Mitgliedern, die an hervorragender Stelle stehen, zu verlangen, daß sie ihre Aktionen nicht durchkreuzen. Sie wird natürlich niemandem zumuten seinem Gewissen Zwang anzutun. Sie verlangt aber und kann verlangen, daß er seine Einwände nicht an solchen Stellen und in solcher Form zum besten gibt, wo sie notwendig die Aktionskraft der Partei abschwächen müssen. Wenn also Hildebrand gegen diese elementaren Regeln der Kampfgenossenschaft verstoßen hat, war eine Gegenäußerung der Partei berechtigt. Indes handelte es sich in dieser Beziehung selbst nach der Anklage um so wenige vereinzelte Fälle, daß sie mit einer tadelnden Zurückweisung zur Genüge getroffen worden wären. Die schwere Strafe eines Ausschlusses aus der Partei kann nur dann am Platz sein, wenn ein beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Partei vorliegt. Dafür, daß einer ein- oder zweimal sein

²⁾ Es sei hierbei an die Polemik Marx' gegen Proudhon und Engela' gegen Rodbertus erinnert, worin die Verlasser des Kommunistischen Manifests scharf gegen die Versuche polemisierten in die Ükonomie als Wissenschaft aus der Moral genommene Werturteile hineinzutragen. Prinzipieli waren Marx und Engels durchaus Versechter der Freiheit der Wissenschaft in dem hier entwickelten Sinn.

volles Herz nicht zu wahren verstand, geht man nicht mit dem schwersten Geschütz gegen ihn vor.

Es wäre sicherlich auch in diesem Fall nicht geschehen, wenn nicht zu jenen Vorkommnissen Hildebrands Kritik an bestimmten wirtschaftstheoretischen Sätzen des Parteiprogramms und insbesondere seine abweichenden Ansichten über die Konsequenzen der weltwirtschaftlichen Tendenzen der heutigen industriestaatlichen Entwickelung hinzugekommen wären. Daß diese Gegensätzlichkeit den nicht theoretisch arbeitenden Genossen als ein erschwerendes Moment erschien, ist begreiflich genug. Sie beurteilen den Baum nach seinen Früchten. Und ich kann es um so eher verstehen, daß sie dabei zu ungünstigen Folgerungen für Hildebrand gelangten, als auch mir verschiedene der von ihm aus seiner Theorie gezogenen Folgerungen ganz und gar nicht behagen. Aber für mich (und ich hätte denken sollen, für jeden wissenschaftlich arbeitenden, vom Geist der Theorie erfüllten Genossen müßte das gleiche zutreffen) bildet der Umstand, daß Hildebrands praktische Verstöße in engem Zusammenhang mit einer durch wissenschaftliches Arbeiten gewonnenen theoretischen Überzeugung stehen, nicht ein erschwerendes sondern ein milderndes Moment, Ich habe Parteimitglieder gekannt, die seinerzeit aus reiner Opportunität in Schutzzöllnerei machten. Die Partei hat sich von ihnen nicht zur Schutzzollpolitik bekehren lassen, aber sie hat ihnen auch nicht die sozialdemokratische Gesinnung abgesprochen. Warum soll man es jemand schlimmer machen, der nicht aus Opportunismus sondern auf Grund einer umfassenden Betrachtung der Wirtschaftstendenzen der kapitalistischen Welt zu der Überzeugung kommt, die Arbeiterschaft der Industriestaaten Europas habe an der Erhaltung der Bauernschaft ein Interesse und dürfe aus diesem Grund nicht jeden Agrarschutz verwerfen? Ich halte Hildebrands Voraussetzungen für ungenügend fundiert und verschiedene seiner Folgerungen für bekämpfenswert. Aber selbst für diese Folgerungen kann ich nicht zugeben, daß sie eine unsozialdemokratische Gesinnung involvieren.

Worin dokumentiert sich die sozialdemokratische Gesinnung? Aus den Protokollen über die Schiedsgerichts- usw. Verhandlungen in Sachen Hildebrands geht hervor, daß verschiedenen Genossen, die seinen Ausschluß betrieben, seine Auffassung als unsozialdemokratisch erschien, wonach die neuzeitlichen Verschiebungen in der Weltwirtschaft zu einer Einschränkung der Vorstellung von der Übernahme der gesamten Produktion durch die Gesellschaft nötigten, die absehbare Zukunft vielmehr verschiedene Formen von Eigentum: gesellschaftliches, genossenschaftliches, privates, neben einander bestehen und funktionieren sehen werde. In dieser Auffassung aber den Beweis einer nichtsozialdemokratischen Gesinnung erblicken heißt den Sozialismus von einem fixierten Zukunftsbild abhängig machen, was in Widerspruch zur ökonomischevolutionistischen Gesellschaftstheorie steht, wie sie von Marx und Engels begründet und gegen alle utopistische Ableitung des Sozialismus energisch verfochten worden ist. Um so interessanter ist es, daß diese ganz unmarxistische Deduktion gerade in — K. Kautsky ihren lebhaften Verteidiger gefunden hat.

In seinem Artikel gegen die von Leo Arons, Wolfgang Heine und einer großen Zahl anderer Genossen unterzeichnete Erklärung, der Ausschluß Hildebrands stehe im Widerspruch zu dem alten sozialdemokratischen Grundsatz, daß die praktische Politik auf der wissenschaftlichen Erkenntnis der Tatsachen zu be-

ruhen habe, spielt K. Kautsky als Trumpf die Behauptung aus, dieser Grundgedanke besage »nur. daß wir unsere Ziele und die Mittel zu ihrer Durchführung ... nicht von Fall zu Fall festsetzen durfen sondern in ein einheitliches, widerspruchsfreies System bringen sollen, das auf der Erkenntnis des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhanges beruht«.3) Was bedeutet aber dieser Einwand? Soweit er überhaupt auf den vorliegenden Fall paßt, liegt sein Schwerpunkt selbstverständlich auf den Worten einheitliches, widerspruchsfreies System. Denn wenn man Hildebrand alles mögliche vorwerfen kann, so jedenfalls das eine nicht, daß er seinen Forderungen nicht Studium und Analyse des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs zugrunde legt. Was K. Kautsky, wenn er im wissenschaftlichen Geist urteilen wollte, gerade vor allem anzuerkennen hätte, ist, daß Hildebrand wie nur wenige vor ihm sich bemüht hat die großen Zusammenhänge der Weltwirtschaft, in der wir leben, zu bestimmen und auf die so gefundenen Resultate seine Forderungen zu begründen. Und wenn einige dieser Forderungen mit seinerzeit von Marx und Engels aufgestellten Sätzen in Widerspruch stehen, so darf dieser Umstand sie dem Anhänger der Marxschen Theorie durchaus noch nicht verwerflich erscheinen lassen. Denn Marx und Engels haben die Möglichkeit, daß die Weiterentwickelung der Gesellschaft Abänderung von Einzelheiten ihres Programms nötig machen könne, durchaus vorausgesehen und gerade darum es stets abgelehnt ihre Forderungen in ein einheitliches, widerspruchsfreies System zu bringen. Ihnen hat als Fanal für das praktische Wirken der Klassenkampf der Arbeiter in der modernen Gesellschaft und die Organisation der Arbeiter als Klasse zur selbständigen Verfechtung ihrer Interessen und Durchführung der gesellschaftlichen Umwälzung genügt. Das Wie haben sie durchaus der gesellschaftlichen Entwickelung überlassen und dabei betont, daß bestimmte Maßnahmen unter verschiedenartigen Verhältnissen sehr verschiedene Bedeutung und Berechtigung haben können. Unzählige Stellen aus ihren Schriften lassen sich dafür anführen. Und da kommt der Großsiegelbewahrer der marxistischen Wissenschaft, wirft das alles um und spricht von einem sakrosankt zu erhaltenden seinheitlichen System«, das, wenn der Ausdruck in der hier in Betracht kommenden Verbindung (das heißt in Beziehung auf Wirtschaftsformen) überhaupt einen Sinn haben soll, seine Heimat nirgend anderswo haben könnte als in - Utopia.

Und das ist der selbe K. Kautsky, der, als ich seinerzeit in meinem Vortrag im Sozialwissenschaftlichen Studentenverein den sehr viel mildern Gedanken ausführte, daß der Sozialismus als Lehre einer kämpfenden und vorwärtsdrängenden Partei notwendigerweise und berechtigterweise, was die erstrebte Zukunftsgesellschaft anlangt, ein Stück Utopismus in Gestalt von Idealbegriffen umschließe, nicht genug über Rückkehr von der Wissenschaft zur Utopie höhnen konnte. Damals konnte mich diese seine Art zu diskutieren noch reizen. Seither habe ich aber längst einschen gelernt, daß er nach seiner geistigen Anlage einfach nicht anders kann. Er wird immer in dieser Weise polemisieren. Er dreht sich links, er dreht sich rechts, der Zopf hängt immer hinten. Die Theorie, die er zu verfechten glaubt, verbietet nach ihrer philosophischen Grundlage gegnerische Auffassungen moral isch abzuurteilen. Im Gegensatz zu ihr ist aber K. Kautsky stets merkwürdig schnell dabei Gegnern seiner theoretischen Anschauungen moralisch eins anzuhängen. Für Hildebrands

³⁾ Siehe Kautsky Ein Pronunziamento in der Neuen Zeit, 1912-1913, 1. Band, pag. 58.

Wunsch bei der Partei zu bleiben unterstellt er die niedrigsten Motive. Den Gegnern des Ausschlusses imputiert er, um ihre Haltung zu verdächtigen, sie seien zwar für den gemäßigten Hildebrand Feuer und Flamme, hätten aber, als der radikale Friedeberg ausgestoßen werden sollte, keine Haud gerührt. Heine hat schon nachgewiesen, wie wenig das gerade für seine Person zutrifft1), und von anderen Unterzeichnern gilt das gleiche. Läßt sich aber das Eintreten für Hildebrands Parteizugehörigkeit nicht schlechthin auf Gesinnungsidentität zurückführen, so hat K. Kautsky schnell eine zweite moralische Anklage zur Hand. Die Unterzeichner der erwähnten Erklärung erneuern nach ihm eine alte Agitation den Intellektuellen in der Partei Sonderrechte zu erringen. Und unbekümmert um die Tatsache, daß die übergroße Mehrheit der Unterzeichner Parteigenossen sind, die nicht bloß hinter dem Schreibtisch sondern in direkter Agitation Parteiarbeit leisten, bekommt er es fertig jenes angebliche Bestreben so zu charakterisieren: »Die Intellektuellen sollen alle Rechte eines Parteigenossen haben, aber nicht alle Pflichten. Die überlassen die Männer der wissenschaftlichen Forschung ruhig den Proletariern.« Diese seine in jeder Hinsicht ganz unangebrachte Verdächtigung hat ihre unmittelbare Wirkung vielleicht auch nicht verfehlt, Aber niemand wird ihn um Erfolge beneiden, die mit solchen Mitteln erzielt wurden. Man kann von Arbeitern, die keine Gelegenheit haben sich mit Fragen der Wissenschaft näher zu befassen, von vornherein auch nicht erwarten, daß sie ohne weiteres das Schiefe jener Gegenüberstellung heraus-Rechte haben immer nur für denjenigen unmittelbare Bedeutung, der sie für seine spezielle Betätigung braucht. Aber sie sind darum keineswegs nur um seinetwillen da. Der Schriftsteller braucht, um seinem Beruf Genüge zu leisten, andere Rechte als der Handwerker. Es hat nicht an Leuten gefehlt, die auf diese Tatsache hin die Pressfreiheit als ein Sonderrecht der Schriftsteller verdächtigten. In geistiger Enge sahen die einen nicht, und um ihrer Sonderinteressen willen wollten die anderen nicht sehen, daß die Preßfreiheit nur formell ein Recht derer ist, die da schreiben, der Sache nach aber mindestens eben so sehr das Recht derer, für die geschrieben wird, das heißt der großen Allgemeinheit. Und man muß sich jenen geistig Engen schon sehr genähert haben, um als selbst Wissenschaft Treibender nicht zu begreifen, daß mit der Freiheit wissenschaftlicher Diskussion und Kritik es genau ebenso steht. Was K. Kautsky mit kühler Handbewegung als eine Anmaßung von Intellektuellen unter anderen allen denjenigen denunziert, von denen das Dichterwort zutrifft »und wer nicht denkt, dem wird sie geschenkt, er hat sie ohne Sorgen«, ist ein Recht, das für diese letzteren mindestens so wichtig ist wie für die Denunzierten. So oft er in der Praxis sich dagegen versündigt hat und noch versündigt, so hat der preußische Staat wenigstens prinzipiell als Grundrecht in seiner Verfassung den Satz aufgenommen: »Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.« Welches Gelächter hätte sich jedoch erhoben, wenn der Staat in seine Verfassung hätte schreiben wollen: Die Wissenschaft ist frei, aber ihre Lehre bestimmt das Kultusministerium. Und doch läuft, was K. Kautsky verficht, auf diesen schönen Satz hinaus. Großmütig erlaubt er Hildebrand wissenschaftlich zu arbeiten und die von der geltenden Theorie abweichenden Ergebnisse zu veröffentlichen, nur soll er es nicht

⁶⁾ Siehe Heine Die Bedeutung der Ausschließung Hildebrands in diesem Band der Sozialistischen Monatsheste, pag. 1295-1296.

als Parteigenosse tun dürfen. Er sieht nicht, daß er sich damit auf den Standpunkt jener Universitätsfakultäten stellt, die Anhängern der marxistischen Theorie die facultas docendi verweigerten. Seine beliebte Unterscheidung von Partei und Staat, die ja auch sonst, wie Wolfgang Heine so glänzend nachgewiesen hat, auf beiden Füßen hinkt, trifft hier nicht einmal in seiner eigenen Anwendung zu.

Die Wissenschaft ist nicht frei, wenn sie irgendwelchen Rücksichten unterworsen wird, die nicht aus ihren eigenen Gesetzen sich ergeben. Eine Partei, die ihre großen sozialen Ziele auf wissenschaftlicher Erkenntnis der in der Gesellschaft sich entwickelnden Kräfte und Tendenzen aufbauen will, muß in der dafür in Frage kommenden Wissenschaft, das heißt ihren sich mit ihr befassenden Angehörigen das unbedingte Recht des Bekenntnisses einräumen. Nur wo diese Freiheit herrscht, ist die größte Wahrscheinlichkeit für die Ermittelung des Richtigen gewährleistet. Es ist daher im letzten Grunde gar nicht eine Frage der Toleranz sondern eine Frage des Interesses der Partei, ob diese Freiheit gesichert ist oder nicht. Die Partei ist daran interessiert auf der Höhe der Erkenntnis der Wirtschaftstendenzen zu stehen.

Niemand bestreitet der Partei das Recht bestimmte Normen für die Zugehörigkeit zu ihr festzulegen und auf Einhaltung bestimmter Regeln parteigenössischer Disziplin zu bestehen. Der Partei, was der Partei gebührt. Aber gerade darum gilt es für sie an dem Satz festzuhalten: Der Wissenschaft, was der Wissenschaft ist,

KARL LEUTHNER · DAS BALKANPROBLEM UND ÖSTERREICH-UNGARN



OCH ist die Zeit nicht gekommen die Größe des sich auf dem Balkan vollziehenden Ereignisses abzuwerten. Noch stehen uns die Folgen, die sich in ihm bergen, die Gefahren, die sich in ihm zusammenballen und über Europa niederzugehen drohen, im Vordergrund. diese Gefahren tragen einen Namen: sie heißen Osterreich-Ungarn.

Was will die Monarchie, an deren Willen jetzt Krieg und Friede in unserm Weltteil hängt? Vielleicht ist der Ausdruck Willen nicht einmal recht passend, handelt es sich doch um Reaktionen, die aus einem um seine Existenz bangenden Wesen hervorgehen.

Der Balkankrieg bildet das letzte Kapitel der Orientpolitik. Was seit 236 Jahrhunderten mit dem beginnenden Niedergang des osmanischen Reichs zum großen Teil die Beziehungen der europäischen Mächte unter einander und ihren Kampf um die Vorherrschaft bestimmt hat, das schwindet jetzt als mitgestaltende Kraft aus unserm Leben. Der Sieg der Balkanstaaten hat, sofern den Siegern der volle Ertrag ihres Erfolgs zufällt, die orientalische Frage beseitigt. Er hat ihr die einzig mögliche Lösung gegeben, die sich der in ihrer Kompliziertheit unlösbaren Frage darbot. Das Außerordentliche des Geschehens liegt nicht nur in den militärischen Ereignissen. Ihre Würdigung kann uns heute nicht befassen; welcher Art von Ursachen sie zuzuschreiben sind, darüber wird sich erst reden lassen, wenn an die Stelle verworrener, widersprechender, dürstiger Meldungen eine sachlich eingehende Darlegung des Kriegsverlaufs tritt. Allein was der kriegerischen Handlung als Voraussetzung diente, der Bund der Balkanyölker, sowenig wir seine Entstehung, seine Pläne, sein Programm kennen, läßt sich der allgemeinen Bedeutung nach wohl abschätzen. Er enthält eine zwiefache Idee in sich: politisch die Ausscheidung der europäischen Mächte aus der Ordnung der Dinge auf dem Balkan, militärisch die Ausnutzung der Gunst der geographischen Lage, die es ermöglicht die volle Kraft der 4 Kleinstaaten auf dem Gebiet der europäischen Türkei zur Wirkung zu bringen. So einfach das klingt Ausscheidung der europäischen Mächte aus der Ordnung der Dinge auf dem Balkan, so erheischte es, daß zwischen 4 Staaten, die seit Jahrzehnten im heftigsten Streit der Eifersucht und des Hasses lagen, alle Gegensätze ausgeglichen wurden, und sogar solche Gegensätze, die einen Ausgleich ihrer Natur nach nicht zulassen. Denn ist der Gedanke des Bundes zweifellos die Vollendung der nationalen Staatlichkeit der Serben, Bulgaren und Griechen, also die nationale Aufteilung des Balkans, so legt einer solchen Sonderung nach Sprachgebieten die Besiedelungsform eine unbesiegliche Schwierigkeit in den Weg, da in den Gebieten, die man gewohnt ist unter den Namen Mazedonien und Thrazien zusammenzufassen, die 3 Völker, untermischt noch mit verschiedenartigen anderen Volksteilen und nach Religionen zerschnitten und zerteilt, bis zur Unentwirrbarkeit durcheinandergewürfelt wohnen. Man muß daran denken, daß auf mazedonischem Boden keine Stadt steht, kein Distrikt sich ausbreitet, um den nicht Bulgaren, Serben und Griechen ein Jahrzehnt mit Mord und Brand gestritten hätten, in einem Rassenkrieg, der an grausamer Tücke nichts Vergleichbares hat. Nun erwäge man aber, welche Höhe und Kraft des Entschlusses, welche überschauende Klugheit des politischen Denkens erforderlich war am grünen Tisch der Verhandlungen vertraglich diesen Streit auszutragen und die Teilung des Unteilbaren vorzunehmen. Wir wissen noch nicht die genauen Linien der neuen Länderkarte auf dem Balkan, wie sie in den Köpfen der Herren Geschow, Veniselos und Paschitsch entstanden ist. Aber man kann mit völliger Sicherheit annehmen, daß die Streitfragen so gut wie ausgeschieden sind. Denn sowenig wir ein Bild der kriegerischen Vorgänge haben, so tritt doch eins mit völliger Deutlichkeit hervor: Nie noch hat ein Bündnis kriegführender Staaten in deren strategischen Handlungen eine solche Einheit und Geschlossenheit, ein solches klagloses Aufgehen im gemeinsam entworfenen Plan kundgetan wie dieses. Selbst der aus der Völkernot geborene Bund der Staaten, der vor 100 Jahren Napoléon niederwarf, kämpste bei seinen kriegerischen Operationen immerfort mit Unstimmigkeiten, Widersprüchen, persönlichen und politischen Eifersüchteleien. Die Armeen der 4 verbündeten Staaten auf dem Balkan aber greifen vollkommener und reibungsloser in einander und lassen geringere Widerstände, wie sie aus persönlichen Eigenschaften der Führer entspringen, zutage treten als irgendeiner der letzten Kriege, in der eine einzelne Macht einen ähnlich siegreichen Fortgang hatte. Ein so außerordentliches Vorkommnis gestattet nicht nur, es zwingt zu Rückschlüssen. Ist der Balkanbund imstande unter den erregenden Eindrücken des Krieges, wo so viel Leidenschaften, so viel Wettstreit des Ruhms und Anschens zum Vorschein kommen müssen, die ungebrochene Einheit des Handelns und den ungetrübten Einklang der Entschlüsse zu sichern, dann liegt in dem Willen der verbündeten Staaten das Schicksal des Balkans in sicheren Umrissen beschrieben. Und auch gegenüber Europa wird der Balkanbund die Gunst der geographischen Lage als seine stärkste Kraft zur Geltung bringen. Er ist am Ort, er ist im Besitz aller entscheidenden Stellungen. Er weiß, was er will, und er will nur das eine. Er hat eine Lösung für die unlösbare Frage, der die europäische Diplomatie stets und noch vor wenigen Tagen hilflos gegenüberstand. Und was das wichtigste ist: Bot sich für die großen Mächte die Möglichkeit dar die Dinge auf dem Balkan zu lenken, indem sie einen Teil der Balkanvölker gegen den andern ausspielten, so ist jetzt die Verknüpfung, die die Balkanstaaten bindet, so lückenlos, daß sich nirgends ein Spalt öffnet die Hand der Zwietracht dazwischen zu schieben.

Europa ist ausgeschaltet und wird nur versuchen dem Ereignis dort seine Grenzen zu bestimmen, wo die außerbalkanischen Interessen unmittelbar getroffen werden. Doch auch hier scheinen die Balkanstaaten vorgebaut zu haben, indem sie das, was das große Interesse der Weltmächte ist, die Stadt Konstantinopel, ausgeschieden haben. Europa ist ausgeschaltet, und soviel man sieht, fügt es sich schließlich drein. Aber ein Staat will das Ergebnis des geschichtlichen Verlaufs der letzten Wochen nicht anerkennen, kann diesen Umsturz aller Dinge in wenigen Tagen seinem Verständnis nicht vermählen. Das ist Österreich-Ungarn. Es wäre sehr oberflächlich zu sagen, daß Österreich-Ungarn nur darum am stärksten berührt wird, weil es unmittelbar an die Balkanstaaten in langgestreckter Grenze stößt, weil es durch den Besitz von Bosnien und Dalmatien selbst ein Balkanstaat ist. Das ist noch nicht die ganze Sache und noch nicht die Tiefe des Verhängnisses. Rein mittelbar schon würde das Haus Habsburg den Zusammenbruch der Türkei wie einen Schlag gegen sich selbst geführt empfinden. Das Prinzip, das gegen die Türkei Sieg gelangt ist, das schon innerlich ihre Ordnungen hat: das Nationalitätsprinzip, ist ja zugleich der große gefürchtete Feind der international gestalteten, über ein Völkergemenge gebietenden habsburgischen Hausmacht. Das Hohnwort die Türkei an der Donau enthält doch mehr als Spott. Die Träger der habsburgischen Hausmacht fühlen die Erschütterungen, die den Boden des türkischen Reichs gehoben haben, in schweren Schwankungen mit; es sind doch nicht bloß ähuliche Fragen, es ist zum Teil die selbe Frage, die da und dort verhandelt wird. Namentlich der unerwartete Erfolg der serbischen Waffen weckt das böse Gewissen der Wiener Gewalthaber auf, das von der Annexion Bosnieus redet und von der über Kroatien und Slawonien ausgeübten Gewaltherrschaft.

Man muß hier von vornherein einem Irrtum entgegentreten, der namentlich das Verstehen der reichsdeutschen Publizisten überschattet. Die Leute, die von Wien aus in österreichischen und in Orientdingen die öffentliche Meinung in Deutschland bilden, sprechen von Interessen, die real, vital und womöglich wirtschaftlich sein sollen. In Wirklichkeit haben aber die wirtschaftlichen Interessen der Völker Österreichs und Ungarns, wie groß oder wie gering sie seien, in der Balkanpolitik oder irgendeiner andern Politik die Sachwalter des Hauses Habsburg nie zu Handlungen oder Unterlassungen irgendwelcher Art bewogen. Das Wirtschaftliche ist in Wien immer nur Redensart, ist Bluff für Da genügt doch eine kurze Erwägung. Alle reichsdeutschen Vertreter der öffentlichen Meinung glauben, daß Österreich-Ungarn im Westbalkan Handelswege, Verbindungen sich offen halten wolle, und daß ihm vor allem die Straße nach Saloniki am Herzen liege. Und doch hat sich dieses selbe Österreich-Ungarn die Straße nach Saloniki selbst vorsätzlich verlegt, indem es das ganze Bahnnetz von Bosnien schmalspurig ausbaute, Bosnien so zu einer verkehrspolitischen Insel machte und von internationalen Bahnver-

bindungen künstlich und absichtlich abschnürte. Aber Österreich-Ungarn hat des weitern auch nie etwas Ernstliches unternommen, um die Bahnlücke von Uwatsch bis Mitrowitza zu überwinden. Und als es im Jahr 1907 dann doch einen den Bau dieser Bahn betreffenden Vertrag schloß, was für Rußland zum Anlaß wurde das Mürzsteger Übereinkommen für gebrochen zu erklären, da ließ es dieses mit solchen politischen Opfern erkaufte Bahnprojekt doch kühl zu Boden gleiten, sobald es dem Wiener Hof zur Erhöhung seines Glanzes und zur Vorbeugung gewisser, vielleicht ehrkränkender Kundgebungen wichtiger erschien Europa nahezu in Brand zu stecken, zum Zweck der Titeländerung von Okkupation in Annexion. Dieser Verkehrspolitik vergleiche man die Handelspolitik. Sie war im Verhältnis zu Rumänien und besonders zu Serbien, sofern sie überhaupt von wirtschaftlichen Beweggründen ausging, allerdings durch die Rücksicht auf die parlamentarische Macht der österreichischen und der ungarischen Agrarier gestaltet. Als 1905 der serbische Handelsvertrag von Wien aus gekündigt wurde, war die Ausschließung der Einfuhr von Lebendvieh und die Beschränkung der Einfuhr von Fleisch, endlich die Beseitigung aller Begünstigungen des Grenzverkehrs das, was als Bedingung eines neuen Vertrags aufgestellt wurde. Im Sinn dieser Bedingungen sind denn auch die Handelsverträge von 1908 und 1911 bei sich immer mehr verschärfender Abschließungstendenz zustande gekommen. So weit bestimmte also die Rücksicht auf die Landwirtschaft die Beziehungen zwischen Serbien und Osterreich-Aber auch diese waren andrerseits für das Wiener Kabinett ein Mittel gegen Serbien reine Prestigepolitik zu treiben. Als die Agrarier es 1909 durchsetzten, daß der wenige Monate vorher geschlossene Vertrag seine Wirksamkeit verlor, da handelten sie nach den Wünschen des Grafen Aehrenthal, der durch Marktentziehung und Schädigung der serbischen Landwirtschaft das kleine Serbien für sein aufsässiges Benehmen während der bosnischen Krise züchtigen wollte. Wiederum wäre es sehr verfehlt zu glauben, daß, als Osterreich-Ungarn 1906 durch sein drohendes Einschreiten das Zustandekommen der serbisch-bulgarischen Union verhinderte und 2 Jahre später den serbischen Plan eine Donau-Adria-Bahn zu bauen im Keim zertrat, daß hierbei vornehmlich wirtschaftliche Motive gesprochen hätten. Sondern das Programm war Serbien bei der geographischen Umklammerung im Westen und im Norden durch habsburgisches Gebiet, die ihm jeden freien Zugang zu Europa und zum Meer verwehrt, wirtschaftlich deshalb gefangen zu halten und einzukerkern, um es politisch auf die Knie niederzuzwingen. Wenn die Sache dann anders ausging, wenn diese wirtschaftliche Einkreisung oder vielmehr Strangulierung Serbiens gerade den eigentlichen Grund bildete, warum die Serben in ihrer Verzweiflung die Erinnerungen an die Feindschaft mit Bulgarien abstreiften, sich der Führung der Sofioter Politik unterwarfen und so die eigentliche Voraussetzung des Balkanbundes schufen, so gehört das auf ein anderes Blatt. Die Dinge gingen eben in einer den Wünschen des Wiener Kabinetts entgegengesetzten Richtung, und man kann dem Wiener Kabinett gewiß den Ruhm nicht schmälern, daß es der eigentliche Urheber des Balkanbundes ist.

All dies ändert nichts an der Tatsache, die aus der Geschichte aller Beziehungen Österreich-Ungarns mit den Balkanstaaten unverkennbar hervortritt, daß die angeblichen wirtschaftlichen Interessen Österreichs (die wirklich vorhanden sind: nur kümmert sich das Wiener Kabinett nicht um sie) im Sinn der habsburgischen Hausmacht Vorwand und Deckmantel für Machenschaften der

Prestigepolitik waren. Im Geist dieser seit 30 Jahren gegenüber den Balkanstaaten festgehaltenen Politik ist auch alles aufzufassen, was Osterreich-Ungarn jetzt vornimmt, um seine Stellung gegenüber den auf dem Balkan sich vorbereitenden Veränderungen zu behaupten. Man muß sich klarmachen: Die Niederlage der Türkei greift nicht bloß mit ihren Nachwirkungen in das lose Gewebe des habsburgischen Nationalitätenstaates ein, sie trifft auch unmittelbar seine europäische Geltung. Aus Deutschland, aus Italien in blutigen Kriegen herausgewiesen und damit um ihren sogenannten deutschen und italienischen Beruf gebracht, hat sich die Wiener Hofburg zum Teil mit Hilfe Bismarcks durch die vielberufene Verlegung des Schwerpunkts nach dem Osten einen neuen Beruf im Orient zurechtgelegt. Und diesen Beruf erfüllt sie mit dem selben Maß von Weisheit und Liebenswürdigkeit, das namentlich ihrer italienischen Vergangenheit nachzurühmen ist. Das Nächste, was die Hofburg tat, war bekanntlich den Verlust der Lombardei und Venedigs durch eine serbische Lombardei und ein serbisches Venedig zu ersetzen; natürlich mit allen den Folgewirkungen, die ein solcher Besitz nach sich zieht. Man hat in Deutschland gemeint diese Erwerbung als eine Art von Koloniegründung ansehen zu sollen. Man weiß eben in Deutschland erstaunlich wenig von der Wesensart der Slawen und glaubt mit treuem Gemüt alles, was die Wiener Offiziösen der Man hat also auch alle Kalayschen Märchen über die Welt vorsetzen. Kulturwunder der österreichischen Verwaltung als Tatsachen hingenommen und nimmt sie möglicherweise sogar heute noch als Tatsachen hin, wiewohl Bosnien das einzige unter christlicher Herrschaft stehende Gebiet des Balkans ist, das die Hörigkeit der Bauern noch nicht abgeschafft hat und zugleich auch dasjenige ist, das am wenigsten für die Schulbildung tut, so daß selbst jetzt noch 86 % aller Kinder des Schulbesuchs entbehren müssen. Aber in Österreich-Ungarn konnte man sich doch auf die Dauer der Erkenntnis nicht verschließen, daß Bosnien und die Herzegowina mit einem Kolonialland schlechthin gar nichts zu tun haben, daß dort ein Teil, und zwar ein sehr bemerkenswerter Teil, der drittstärksten slawischen Nation lebt, und daß daher dieses Land sich niemals dem Entwickelungsgang des 'serbischen Volkes wird entziehen können. In Osterreich-Ungarn weiß heute jeder, der überhaupt über politische Dinge mitdenkt, daß Bosnien einfach einen Abschnitt der serbischen Fragen bedeutet; was so viel heißt wie daß hier schwere und tiefverwickelte Probleme nach Gestaltung ringen würden, selbst dann, wenn die Verwaltung, die dort 30 Jahre hindurch tätig war, nicht die kulturfeindlichste, freiheitswidrigste und in allen wesentlichen Dingen unfähigste gewesen wäre. jedoch zugleich außerhalb Bosniens 31/2 Millionen der serbokroatischen Nation in habsburgischen Ländergebieten wohnen, so kann sich niemand einbilden. Österreich sei mit dem Erwerb von Bosnien als Kulturträger auf den Balkanboden getreten, sondern es hat vielmehr durch diesen Erwerb die schon vorhandene südslawische Frage in ihrer Bedeutung noch gesteigert und das fast ungeheuerliche Problem geschaffen, daß neben den in Freiheit und Unabhängigkeit lebenden zwei Fünfteln der Serben nahezu drei Fünftel unter österreichischungarischer Gewalt stehen.

Diese bedeutungsvollste Nachwirkung der Okkupation vom Jahr 1878 wurde vom Wiener Kabinett, als es sich zur Okkupation entschloß, sicher nicht nach seiner Schwere abgewogen. Aus den Gesichtspunkten einer reinen Territorialund Landesherrenpolitik im Stil des 18. Jahrhunderts hat man festen Fuß auf

dem Balkan gefaßt, ein Hinterland für Dalmatien erworben und das auf dem Hinterland zufällig anwesende Volk mit gekauft, wie man das Vieh mit ersteht beim Erwerb eines Meierhofs. Man hatte vorweg an eine militärische Position gedacht, hatte die Macht- und Teilungspolitik, die Österreich-Ungarn zu Ende des 18. Jahrhunderts bald im Verein bald im Gegensatz zu Rußland verfolgt hatte, wieder aufgenommen. Und wenn man von dem Weg nach Saloniki sprach, so meinte man keinen Hafen und keine Handelsstraße, wenigstens dieses nicht in erster Linie, sondern man gedachte des kommenden Tages, wo man über das Völkerchaos des Balkans das Banner Habsburgs erheben würde. Diese weitzielenden Pläne sind allerdings längst aufgegeben. Wenn nichts anderes, so hätte die Gegenwirkung der italienischen Politik in Albanien sie in die Luft gesprengt. Dann aber war es österreichische Politik die Dinge auf dem . Balkan möglichst in ihrem alten Bestand zu erhalten, das nationale Prinzip in seiner Auswirkung zu hemmen und sich mit oder ohne Rußland eine Art von Vormundschaft zu sichern. Hierbei galt der Schein mindestens ebenso viel wie die Tatsache. Es war eben zu einer Prärogative des Hauses Habsburg, zu einem neuen Anhang seines langen und hochtönenden Kaisertitels geworden, daß der Staats- und Hausminister Seiner Majestät, bei der alljährigen Sitzung der Delegationen, wie ein bestellter Schulmeister des Orients den Kleinstaaten dort unten gute und schlechte Zensuren austeilte, mahnte und belobte, strafte und auszeichnete. Darin lebte sich mit einer letzten Außerung der Grundtrieb dieser Familie aus, die so viele Völker beherrscht, so viele Völker verloren und ausgetauscht hat wie keine andere der Geschichte. ist sonach für das Haus Habsburg (und das Haus Habsburg, seine Interessen, seine geistigen Gewöhnungen, seine Überlieferungen bilden die gestaltende Kraft der österreichisch-ungarischen Politik) an den sich jetzt abspielenden Ereignissen das Entscheidende, daß es fürchtet in seinem Ansehen, in seiner Autorität, in seiner europäischen Stellung beirrt zu werden, verringert und herabgesetzt zu werden, wenn diese Kleinen, die bisher immer in demütiger Rolle dastanden oder bei gelegentlichen Ungezogenheiten durch Zucht und Strafe zum Gehorsam wieder zurückgeführt wurden, diese Kleinen, denen man noch in den achtziger und neunziger Jahren den höchsten Ehrgeiz erfüllte, wenn man sie gnädig in Wien an der Hoftafel einlud, nun plötzlich im Glanz von Siegen auftreten, wie sie die österreichische Geschichte seit glatt einem Jahrhundert nicht verzeichnet, und in einem engen Bund vereint eine Kriegsmacht darstellen, die der eines halben Großstaats mehr als entspricht, der Gebärde der Gleichberechtigung, das weiß man in Wien wohl, werden die Eroberer des Amselfelds, die Sieger von Kumanowo nach Belgrad zurückkehren. Das weiß man, und das gerade kann man nicht ertragen. Darum ist jetzt alles Hin- und Herschieben der Wiener Diplomatie lediglich darauf gerichtet wenigstens Serbien wieder auf die bescheidene Stufe des Kleinen zurückzudrängen. Lächerlich zu sagen, Österreich-Ungarn würde gefährdet sein, wenn Serbien einen Hafen am Adriatischen Meer hätte. Noch lächerlicher, es sei eine Gefahr für Osterreich-Ungarn, wenn sein Gebiet im Süden von Serbien umfangen wäre. Auch jetzt bleibt noch das Zahlenverhältnis von 50 Millionen gegen höchstens 5 oder 6 Millionen ausschlaggebend. Aber das Wiener Kabinett, wenn es schon im allgemeinen die Eroberungen der Balkanstaaten anerkennen, die Veränderungen der Landkarte, die sie vornehmen, mit den übrigen Staaten Europas mit unterschreiben muß, will einen Einspruch erheben, hauptsächlich des Einspruchs wegen, um als die Macht zu erscheinen,

die doch auch nach der Schlacht bei Kumanowo noch ihre Hand waltend über den Geschicken Serbiens hält. Man weiß im Augenblick nicht, was der letzte Plan des Wiener Kabinetts sein wird; denn wie im Kaleidoskop rütteln Zorn, Hochmut und Angst die Bilder und Pläne der Wiener Politik durch einander. Sollte es aber das letzte Wort Osterreich-Ungarns sein, dall es bestrebt ist Serbien zwangsweise eine Militärkonvention und ein dauerndes, unveränderliches, als Staatsakt eingetragenes Handelsabkommen aufzunötigen: so darf man sich durch den Schein des Realen und Wirtschaftlichen nicht darüber täuschen lassen, daß Gedanken der äußern Machtgeltung diese Pläne gestaltet haben. Auch in der Wiener Hotburg bildet man sich nicht ein, daß Serbien gewillt und fähig sei den Habsburgern den Besitz über die serbokroatischen Gebiete für ewige Zeiten in Form einer Militärkonvention zu verbürgen. Und was das Handelsabkommen anlangt, so ist nichts merkwürdiger, als daß heute dem siegreichen Serbien zu seiner Demütigung auferlegt werden soll, was ihm bisher im Interesse der Landwirtschaft stets verweigert wurde. wie kann iemand, wie kann selbst das Wiener Kabinett die Vorstellung fassen, Serbien würde sich, noch dazu nach solchen Waffenerfolgen, Bedingungen unterwerfen, die nichts mehr und nichts weniger besagen als das Aufgeben der staatlichen Selbständigkeit? Denn ein Fünfmillionenstaat, der mit einem Fünfzigmillionenstaat eine Militärkonvention und ein unveränderbares Handelsabkommen trifft, der also die Verwendung seiner Streitmacht und die Ausformung seiner Handelspolitik dem Willen des Großstaats anheim gibt, der ist schlichtweg ein Gefolgstaat, ein Vasall. Um sich aber in ein Lehensverhältnis zu begeben, haben die Serben wahrlich nicht den Krieg gegen die Türkei unternommen. Gegen diese Zumutung würden sie, wenn sie mit unverrückbarem Ernst ihnen gestellt wird, mit den Waffen antworten müssen, und nur mit Waffen könnte sie ihnen aufgedrängt werden. Ich möchte nicht ohne weiteres den Wiener Gewalthabern zutrauen, daß sie um eines leeren Erfolgs der Prestigepolitik willen Europa in Brand stecken wollen, Indes, schon die Tatsache, daß derart unsinnige, walnuvitzig gefährliche und verbitternde Pläne gehegt, in die Welt gesetzt, publizistisch vertreten und verbreitet werden, weist darauf hin, wie sehr die Politik des Wiener Kabinetts im Orient heute nur noch eine Politik des Argers, des Zorns, der verletzten Eitelkeit, eine Politik ist, die aller Grundlagen der Vernunft und des wirklichen Interesses entbehrt. Die Wiener Politik, der die orientalische Frage entschwindet, und mit ihr das einzige, was sie aus ihrem Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu gewinnen wußte: die Möglichkeit zur großen Pose, will in irgendeiner Form diese orientalische Frage doch wieder offen halten und dabei zugleich verhüllen, daß das, was von der orientalischen Frage als wirklicher Rest zurückgeblieben jetzt leider eine österreichisch-ungarische Frage ist, die serbische Frage heißt. Und sie will dem Wiener Hof retten, was jedesmal Kern und Wesen seines staatspolitischen Handelns war: eben die Möglichkeit zur großen Denn die Großmacht ist im österreichisch-ungarischen Sinn nicht ein schlichtes Ergebnis der Machtsumme, die sich aus Volkskräften, aus militärischen und wirtschaftlichen Kräften des Staatsganzen ergibt, sondern sie ist ein Titel, ein Beruf, ja ein geheiligter Kultus.

Wenn jedoch Habsburg den Faltenwurf seiner Toga vor Verschiebungen und Verzerrungen durch die Balkauereignisse behüten will, was um Himmels willen will das deutsche Volk, will das Deutsche Reich, daß es mit geradezu be-

wunderungswürdiger Selbstverleugnung, Verleugnung des eigenen Urteils und Verleugnung der eigenen Interessen, die Politik der Wiener Hofburg mitmacht? Nie war mir das Gebaren der deutschen Öffentlichkeit unbegreiflicher, nie das Fehlen eines Widerspruchs innerhalb der bürgerlichen Publizisten unverständlicher als heute. Versteht denn niemand, welche Rolle das Reich als Gefolgsmann des Grafen Berchtold spielt? Man wird von Treue reden und von Bündnispflicht. Aber gerade diesen Herren von der germanischen Floskel ist da leicht das Schweigen zu gebieten. Man verweist sie auf den Satz, den Bismarck über das Verhältnis zwischen Haltbarkeit und Wert eines Bündnisses und den Lebensinteressen der verbündeten Staaten geschrieben hat. Es begreift sich, daß die deutsche Publizistik, daß die deutschen Parteien, ja selbst die deutsche Regierung mit schmerzlichem Erstaunen den Niederbruch der Türkei mitansehen müssen. Wohl war dieser ja zu erwarten. Die Ergebnisse des albanischen Aufstands machten jedem, der sehen wollte, den innern Verfall der militärischen und staatlichen Organisation des osmanischen Reiches kund. Und ich habe hier schon vor 21/2 Monaten dargelegt, daß nichts übrig bleibe als die deutsche Orientpolitik zu liquidieren, weil man mit einem Leichnam der Türkei keine Gemeinschaft pflegen könne.1) So sichtbar war bereits monatelang vor dem Ausbruch dieses Krieges der türkische Machtverfall. In Deutschland wollte man freilich nicht sehen, was in die Augen sprang; zum Beispiel werden in dem Buch Jaeckhs über den albanischen Aufstand als Beweis für die Kraft und Entschiedenheit jungtürkischer Politik Vorgänge angeführt, die die unmittelbare Ursache für den Untergang der Jungtürken geboten haben.

Man kann wohl sagen, daß nie eine Politik kläglicher in die Irre ging als die deutsche Orientpolitik, nie aber auch eine Politik vollständiger und widerspruchsloser von der öffentlichen Meinung gebilligt wurde. Als Heilung von einem solchen Irrtum könnten die Deutschen beinahe den Eintritt des an sieh unabwendbaren Ereignisses begrüßen. Denn ohne die Beseitigung der orientalischen Träumereien, ohne Streichung dieses Kapitels aus Tausend und einer Nacht, kann die Auslandspolitik des deutschen Volks nie in die Bahnen klarer und deutlicher Interessenberechnung gerichtet werden. Die Deutschen im Reich müßten heute erkennen, daß alles, was sie vom Anfang der neunziger Jahre an in der mohammedanischen Welt gehofft, erstrebt, gesucht, gegründet haben, nichts war als eine einzige böse Selbsttäuschung. Niemals handelte es sich dabei um wirkliche Werte, niemals um die Möglichkeit echte Werte zu gewinnen, sondern lediglich um die Ausstrahlung eines innerlichen psychischen Vorgangs der deutschen Volksseele, wenn dieses Wort gestattet ist. Nach der Bismärckischen Zeit vollen Handelns und voller Erfolge und mitten in einem sinneberaubenden Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens sah sich das Deutsche Reich durch seine geographische Lage sowie durch die politische Konstellation zur völligen Bewegungslosigkeit genötigt. Auf dem Kontinent wie in seiner überseeischen Politik abhängig von außerhalb wirkenden Kräften, die es nicht zu meistern vermochte, ausgeschlossen von jeder ernsthaften Betätigung der Weltpolitik, erträumte, erdichtete es sich eine Möglichkeit, indem es im Türkenreich den Schauplatz großer, von den panislamitischen Ideen getragener Interessen und Kräfte sah, die es sich dienstbar zu machen gedachte. Bei nüchternem Erwägen wäre diese ganze Traumwelt der deutschen

¹⁾ Siehe meinen Artikel Die Entente und das Ende der deutsenen Orientpolitik in den Sozialistischen Monatsheften, 1912, 2. Band, pag. 1033 ff.

Orientpolitik zusammengebrochen, bei der bloßen Besinnung auf die geographische Tatsache, daß zu den in Betracht kommenden Gebieten weder zu Land noch zur See ein unmittelbarer Weg führte, daß also Deutschland in der mohammedanischen Welt niemals, und selbst unter den günstigsten Bedingungen nicht, eine Machtpolitik ausüben könne. Die höchst bescheidene Tatsache, daß es der deutschen Industrie ab und zu gelang in der Türkei den fremden Wettbewerb zu überholen, und zwar sowohl im privaten Verkehr wie bei staatlichen Konzessionen (gelegentlich, keineswegs im großen und ganzen), das bauschte sich nicht nur der Deutschland nachstellenden Verleumdung, das bauschte sich den Deutschen selber zu einer machtpolitischen Erwerbung auf, und die Bagdadbahn, die hoffentlich im Reich des Verkehrs dereinst eine ebenso große Rolle spielen wird wie sie sie bisher im Reich des unfreiwilligen Humors gespielt hat, wurde aus einem mehr oder weniger Erfolg versprechenden Geschäft der Deutschen Bank zu einem Fußfassen deutscher Macht auf asiatischem Boden, als ob man über Länder und Strecken und Meere weg Fuß fassen könnte, wo man weder mit seinen Soldaten noch mit seinen Kriegsschiffen irgendeinen Nachdruck auszuüben vermag, wo man weder etwas mit Gewalt zu gewinnen noch etwas zu behaupten imstande ist. Diese Bagdadbahn hat aber englischen und russischen Staatsmännern trefflich dazu gedient ihr Publikum durch das Schreckgespenst der deutschen Gefahr für das persische Teilungsgeschäft zu kirren. Jetzt, wo die Glocken der Geschichte so laut wecken, wäre es an der Zeit, daß die Deutschen jenen Traum aus den Augen schüttelten. Es war ein 20jähriger Irrtum, von dem nichts übrig geblieben ist, und von dem man sich doch wenigstens eines retten sollte: die Sicherung der Geschäftsaufträge, die die einzigen ernsthaft in Betracht kommenden Vertreter des deutschen Volks im Orient, seine Handelsreisenden, etwa erworben haben,

Es muß einer andern Geiegenheit überlassen bleiben in letzter Auflösung darzutun, welche Gedanken und Vorstellungen, Vorurteile und Wünsche mit wirksam waren das große Fabelgewebe der deutschen Orientpolitik den intelligentesten und besten Köpfen der Nation um Sinne und Verstand zu legen. Heute indes kann niemand mehr sich in der Täuschung bewegen. Heute böte sich wirklich Gelegenheit neue Wege einzuschlagen und eine völlig neue Orientierung der Politik, die 20 Jahre hindurch eine Politik falscher Werte und falscher Wertungen war, zu versuchen. Niemand wird mir, dem als deutschnational Verschrienen, befangene Vorliebe für die Slawen nachsagen; und von der komisch wirkenden Bewunderung der Serben und Bulgaren, wie wir sie an reichsdeutschen Journalisten jetzt vielfach bemerken, weil ein reichsdeutscher Journalist den slawischen Dingen mit südseeinsulanischer Kindernaivetät gegenübersteht und häufig überdies aus Mangel an Selbstgefühl widerstandslos zum Nationalisten jeder Nation wird, zu der ihn zufällig die Chefredaktion als Kriegsberichterstatter schickt: von dieser Bewunderung der Serben und Bulgaren bewahrt mich schon die Praxis des Lebens, die mir den faulen Zauber ihrer Kulturwunder in Wien nahe vor alle Sinne hält. Trotz dieser Einschränkungen jedoch, die der nüchterne Verstand machen muß, wird keiner, der etwas von militärischen Dingen versteht, seine Anerkennung den Leistungen dieser Balkanvölker versagen, wird keiner verkennen, daß in ihnen der glühende, rasende, alles niedertretende slawische Nationalismus, der die Macht hat die Seelen eines ganzen Volks in steiler Flamme emporlohen zu lassen, in den Serben und Bulgaren militärisch und politisch zur staatenbildenden Kraft ge-

worden ist, die die kleinen Völker des Balkans weit hinaus über die Grenzen ihres natürlichen Vermögens treibt und sie eine geschichtliche Rolle spielen läßt, wie sie Nationen von so geringer Kopfzahl nur selten zugewiesen wird. sind Tatsachen, an denen Sympathie und Antipathie nichts ändern, und die auch die glühendste Türkenverehrung nicht aus der Welt schafft. Das sind Tatsachen, die die neue Ordnung des Balkans gemeinsam mit der großgriechischen Idee gestalten werden, das sind also diejenigen Tatsachen, die eine vernünftige deutsche Handelspolitik im Orient (und anderes als Handelspolitik kommt für die Deutschen im Orient nicht in Betracht) ihren Plänen und Absichten zugrunde legen muß. Wohl habe ich es selbst wiederholt gesagt, und ich scheue mich nicht immer von neuem es zu wiederholen, daß alle Slawen (also auch solche, die niemals eine Berührung mit Deutschen und dem Deutschen Reich hatten) gegen deutsches Wesen in allen seinen Ausformungen und namentlich gegen den deutschen Staat eine tiefe Abneigung in sich tragen. Abneigung, die geschichtlich gegeben ist, werden wir nicht ändern. als ein Allgemeingefühl kann sie uns politisch und handelspolitisch nur gefährlich werden, wenn sie unmittelbare Anlässe zu konkreten Außerungen gewinnt. Es wird sicher nie die Möglichkeit für die Deutschen im Reich bestehen das Herz der Slawen zu gewinnen, und es wäre das auch ein seltsames Ziel ihrer Politik. Allein sie haben nicht den geringsten Grund der gegen sie in Sofia, in Belgrad, in Cetinje und in Athen arbeitenden Verleumdung den Vorwand zu leihen, daß das Deutsche Reich das Gewicht seiner Macht gegen die Selbständigkeitsbestrebungen der Balkanvölker in die Wagschale geworfen habe. Der Balkan den Balkanvölkern!, das müßte als Losung nirgends so laut, so deutlich, so uneingeschränkt ausgesprochen werden wie gerade im Deutschen Reich, wo man damit nicht nur die Grundlage für spätere handelspolitische Beziehungen schaffen würde sondern auch die Möglichkeit gewänne jenen wahnwitzigen Entstellungen entgegenzutreten, die überall hinter den Finten und Kniffen der Wiener Orientpolitik den deutschen Einfluß suchen. War dieser Verdacht schon heute dem Deutschen Reich und dem Frieden des Deutschen Reichs sehr gefährlich, so wird er jetzt um so unerträglicher, weil als Gegenwert nicht einmal die Illusion der türkischen Freundschaft angeführt werden kann.

Gleichwohl scheint der größte Teil der deutschen Blätter es für das Gebot der Stunde zu halten mit den Sachwaltern der habsburgischen Monarchie durch dick und dunn zu gehen. Man wird dabei gewahr, daß die führenden deutschen Publizisten das Verhältnis Deutschlands zu Österreich ebenso wahnhaft und illusionistisch auffassen wie dereinst die Orientpolitik. Muß man denn wirklich den deutschen Schriftstellern im Reich erst noch sagen, was sonst alle Welt weiß, daß es ein Osterreich und Osterreicher gar nicht gibt, daß Osterreich ein bloßer Name für eine Verwaltungseinheit ist, und Osterreich-Ungarn nicht einmal dies? Daß von österreichischem Gefühl, von österreichischen Empfindungen, von österreichischen Gedanken reden so viel heißt wie von Osterreich weniger wissen als von den Marsbewohnern? Was für österreichische Empfindungen denn? Sind die 61/2 Millionen Tschechen, sind die in Österreich und Ungarn, in Bosnien lebenden 61/2 Millionen Südslawen keine Osterreicher und Osterreich-Ungarn? Und haben sie, die mit dem Gewicht von nahezu 14 Millionen Menschen wirken, etwa auch den Wunsch des Wiener Kabinetts Serbien einzukreisen und auf die Knie niederzuzwingen? Oder brennt nicht vielmehr

namentlich die ganze südslawische Welt vor Begeisterung für die Siege der Serben und Bulgaren? Von österreichischen Wünschen reden: welche Tollheit, welcher Wahnwitz! Bilden doch nicht einmal die Slawen Österreichs eine Willenseinheit, und während unter den Polen heiß die Sehnsucht sich regt, die gegenwärtige politische Lage möchte bei der Abrechnung mit Rußland zur Wiederaufrichtung des polnischen Reichs die Gelegenheit geben, und während die Ruthenen mindestens scharf russenfeindlich sind, sehen die Tschechen und die österreichischen Südslawen in den Russen nicht minder als die Balkanslawen die führende slawische Nation. Doch wofern selbst der Ausdruck die Österreicher, den die reichsdeutschen Publizisten kindischerweise immer verwenden, als gäbe es so etwas wie einen brauchbaren politischen Wert, wofern diese Österreicher nur die Deutschen Osterreichs vorstellen sollen, also statt der 50 Millionen 12 Millionen, dann ist zu sagen, daß die überlieferte Politik der nationalen deutschen Parteien immer dahin ging jede Vermehrung des Machtbesitzes auf dem Balkan zu bekämpfen, als eine Verstärkung des slawischen Gewichts und damit als eine Verringerung des deutschen Einflusses. Und wenn heute berechnende Loyalität solche Äußerungen zurückhält oder dämpit, wenn namentlich die Christlichsozialen, die ihre große Machtrechnung der Zukunft auf den Ehrgeiz des Thronfolgers stellen, in einem Teil ihrer Presse kriegerische Töne anschlagen, so ist doch, ganz abgesehen von den deutschen Sozialdemokraten, selbst der ungeheuren Mehrzahl der bürgerlichen Deutschen Osterreichs, was denn auch die Provinzpresse ziemlich deutlich verrät, die ganze Balkangeschichte einfach widerwärtig. Wie wenig aber die Magvaren, die einmal in der Orientpolitik Österreich-Ungarns die leitende Rolle hatten, nach den Erfahrungen, die sie bei den Unterdrückungsversuchen in Kroatien gemacht haben, noch Lust verspüren an dem Machtstreit im Orient teilzunehmen, beweist der Umstand, daß selbst die heranschleichende Kriegsgefahr den Lärm des innern Parteikampfs in Budapest nicht stillt.

Und da schreibt man in Deutschland von Österreich. Was bleibt von diesem Österreich denn noch übrig? Weiß man im Deutschen Reich wirklich nicht mehr von dem zum vierten Teil deutschen Nachbarland als was 4 oder 5 Wiener und Budapester Blätter als Sprachrohre des Grafen Berchtold verkünden, oder was Graf Berchtold, dem ja die Korrespondenten der reichsdeutschen Blätter in Wien gleichfalls als publizistische Organe zur Verfügung stehen, in die reichsdeutsche Presse verpflanzen läßt? Es ist ein Anblick kläglich zum Weinen. Hat das deutsche Volk sich deshalb 1866 aus den Umarmungen der Hofburg losgerungen, um heute von ihr als gehorsamer Landsknecht verwendet zu werden? Aber mögen sich's diejenigen, die glauben ihre Haltung aus den Pflichten der Bundestreue herzuleiten, wohl sagen lassen, daß das Wiener Kabinett selbst dieses Bündnis sehr, sehr nüchtern ansieht, und daß selbst ein Sieg der von Österreich diktierten deutsch-österreichischen Politik damit enden müßte in Konkurrenz mit den Serben die Richtung der Wiener Staatskunst immer mehr ins Slawische abzulenken. Das deutsche Volk, das selbst seine Freiheit und Selbständigkeit im Kampf gegen Wien errungen hat, sollte auch die Selbständigkeitsbestrebungen, die Bestrebungen nach staatlicher Ausgestaltung der Völker auf dem Balkan verstehen, und es würde durch eine lovale Politik gegen die Slawen sich auch nach dem Osten besser sichern als es durch falsche Einschätzung eines Bündnisses heute tut.

HANS FEHLINGER DIE EINWANDERUNG IN DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

U den wichtigsten Problemen unserer Zeit gehört die Massenwanderung nach Amerika und besonders nach den Vereinigten Staaten. Wie groß die Zahl der Europamüden alljährlich ist, wissen wir nicht, da von allen Ländern Amerikas nur die Vereinigten Staaten und Kanada Einwanderungsstatistiken führen. Die Vereinigten Staaten

nehmen zweifellos weitaus die meisten Einwanderer auf, und ihre Einwanderungsstatistik reicht bis zum Oktober 1819 zurück. Von jener Zeit bis zum Schluß des Verwaltungsjahres 1911 kamen insgesamt 28 773 000 als Einwanderer geltende Personen im Land der Zukunft an. Aber bis in die jüngste Zeit hinein war die Statistik nicht vollständig, denn es wurden nur die Zwischendeckpassagiere verzeichnet. Seit 1907 wird der Gesamtumfang der Einwanderung angegeben, und seit 1908 auch der Umfang der Rückwanderung, nämlich die Zahl der Personen, die nicht amerikanische Bürger sind, und die die Vereinigten Staaten verließen. Über die Ein- und Auswanderung amerikanischer Bürger liegen Angaben nur für 1910 und 1911 vor.

Die amtliche amerikanische Statistik teilt die ankommenden Staatsfremden in Einwanderer und andere Zureisende ein. Ebenso werden bei den abreisenden Staatsfremden Auswanderer und andere Reisende unterschieden. Als Nichteinwanderer gelten jene Zureisenden, die angeben, daß sie ihren dauernden Wohnsitz in den Vereinigten Staaten haben und nur vorübergehend abwesend waren, ferner Durchreisende, Vergnügungsreisende usw. Als Nichtauswanderer gelten jene, die sagen, daß sie die Vereinigten Staaten nur zeitweise verlassen, oder daß sie sich dort nur vorübergehend aufhielten. Die Augaben der Reisenden sind nicht immer zutreffend, und es soll deshalb hier von der Unterscheidung von Einwanderern und Nichteinwanderern sowie von Auswanderern und Nichtauswanderern abgesehen werden. In der folgenden Tabelle sind die Gesamtzahlen der Personen angegeben, die nicht amerikanische Bürger waren und von 1907 bis 1911 zureisten respektive abreisten:

Jahr	Zureisende	Abreisende
1907 1908 1909 1910	1 166 353 924 695 944 235 1 198 037 1 030 300	? 714 828 400 392 380 518 518 215

Der Überschuß der Ein- über die Auswanderung betrug in den 4 Jahren 1908 bis 1911 2083 414 Personen, und zwar 1908 209 867, 1909 543 843, 1910 817 619 und 1911 512 085. Die Rückwanderung war 1908 am umfangreichsten, weil damals die Vereinigten Staaten von einer schweren Wirtschaftskrise heimgesucht wurden. Die vorstehenden Zahlen zeigen aber, daß auch in günstigen Wirtschaftsperioden eine starke Rückwanderung stattfindet. Dazu kommt noch, daß mehr amerikanische Staatsbürger ihr Heimatland verlassen als dahin zurückkehren. Die Zahl der abreisenden amerikanischen Staatsbürger betrug 1910 342 600 und 1911 349 472, die Zahl der Zurückkehrenden aber 1910 243 191 und 1911 269 128. Die Mehrzahl der auswandernden Bürger der Vereinigten Staaten läßt sich in Kanada nieder.

Die Einwanderung aus Deutschland weist große Schwankungen auf. Sie stieg zuerst langsam und dann in den Sturmesjahren um die Mitte des 19. Jahrhunderts rasch, bis 1854 ein Maximum von 215 009 Personen erreicht wurde. Hierauf sank die Zahl der Einwanderer aus Deutschland bis auf 23 811 in 1862, aber sie nahm bald wieder zu, und 1873 ergab sich ein zweites Maximum von 149 671. Nach vorübergehender Abnahme wurde ein drittes Maximum von 250 630 deutschen Einwanderern im Jahr 1882 erreicht. Seit der Mitte der neunziger Jahre ist die Auswanderung vom Deutschen Reich nach den Vereinigten Staaten von verhältnismäßig geringem Umfang. Von der selben Zeit an datiert hingegen die starke Einwanderung aus Ost- und Südeuropa, die einzuschränken sich die Amerikaner vergeblich bemühen. Nach ihrem letzten dauernden Wohnsitz verteilten sich die in den Jahren 1908 bis 1911 zugereisten Angehörigen fremder Staaten wie folgt:

Herkunftsländer	1908	1909	1910	1911
Deutschland Großbritannien-Irland Frankreich Österreich-Ungarn Italien Rußland Andere europäische Länder Außereuropäische Länder	33 782 103 686 10 637 171 798 134 246 158 836 107 857 203 853	27 275 80 756 8 365 171 841 189 287 121 581 80 437 264 693	33 972 110 809 9 658 261 751 222 616 189 377 133 109 236 745	35 017 118 896 10 268 161 283 190 021 160 970 126 656 227 189
zusammen	924 695	944 235	1198 037	1030 300

In Großbritannien-Irland waren die wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren sehr schlecht, sie bewirkten eine Steigerung der Auswanderung, die übrigens durch die Sprachgemeinschaft mit den Vereinigten Staaten begünstigt wird. In Ost- und Südeuropa werden größere Massen zur Auswanderung gedrängt als in Westeuropa, weil sowohl im Osten wie im Süden der Alten Welt der Geburtenüberschuß hoch ist, während die industrielle Entwickelung nur langsam vorwärts schreitet, so daß sich der wachsenden Bevölkerung nicht genügend Erwerbsgelegenheiten darbieten. In Rußland sind auch die trostlosen politischen Zustände ein Antrieb zur Auswanderung.

Eine bemerkenswerte Tatsache, die die amerikanische Einwanderungsstatistik enthüllt, ist die, daß die überwiegende Mehrheit der Einwanderer ungelernte Personen sind. Im Jahr 1911 waren von den 1 030 000 Personen, die ankamen, 22 007 Angehörige der freien Berufe und des Beamtenstands, 177 676 gelernte Personen, 203 845 Bauern und landwirtschaftliche Arbeiter, 178 177 andere ungelernte Arbeiter, 121 928 Dienstboten, 26 456 Kausleute, Fabrikanten und dergleichen, 13 122 Angehörige anderer Berufe und 287 089 Berufslose (meist Kinder und Frauen). In den Jahren vorher war die Berufsgliederung ähnlich.

Anfang der neunziger Jahre begann in den Vereinigten Staaten eine mächtige Bewegung zugunsten von Einwanderungsbeschränkungen. Aber die Zahl der Personen, die an der Landung verhindert oder nach bewerkstelligter Landung ausgewiesen wurden, überschritt erst 1898 3000; von 1905 bis 1909 waren es jährlich rund 12 000 bis 15 000, 1910 26 965 und 1911 25 137. Durch die Zurückweisung oder Deportation wird nun alljährlich vielen Tausenden von

Menschen ihre Existenz vernichtet. denn die zwangsweise Zurückgeschickten haben gewiß mit wenigen Ausnahmen in der Heimat all ihre Habe veräußert, um die Kosten der Überfahrt aufzubringen und das nötige Bargeld vorweisen zu können. Das jetzt gültige Einwanderungsgesetz verbietet die Zulassung folgender Klassen von Personen: Schwachsinnige, Epileptiker und Geisteskranke; Personen, die in ihrem Leben 2 mal oder öfter geistesgestört waren, oder die in den 5 Jahren, die der beabsichtigten Einwanderung vorausgingen, an einer Geisteskrankheit litten: Mittellose und solche Personen, die wahrscheinlich der Öffentlichkeit zur Last fallen würden; tuberkulöse und mit abschreckenden oder ansteckenden Krankheiten behaftete Personen; brecher; Personen, die sittliche Vergehen begingen; unmoralische weibliche Personen und Personen, die Mädchenhandel betreiben oder von der Prostitution leben; Anarchisten und Personen, die den Umsturz der amerikanischen oder einer andern Regierung erstreben; Arbeiter, die vor ihrer Ankunft in den Vereinigten Staaten mit einem dortigen Unternehmen oder seinem Vertreter einen Arbeitsvertrag eingingen; Kinder unter 16 Jahren, die nicht von den Eltern begleitet werden; Personen, denen die Überfahrt von anderen bezahlt wurde; chinesische Arbeiter. Fast alle Zurückgewiesenen sind Mittellose, Kontraktarbeiter und körperlich kranke Personen.

Die eifrigsten Befürworter der Einwanderungsbeschränkungen sind die amerikanischen Gewerkschaftsführer, die von der Einwanderung wirtschaftliche Nachteile befürchten: trotz des unleugbar großen Vorteils, den sie bisher der amerikanischen Volkswirtschaft insgesamt gebracht hat; ohne die Masseneinwanderung wäre deren staunenswert rasche Entwickelung nie und nimmer möglich gewesen. In der jüngsten Zeit traten auch die Rassenhygieniker mit der Forderung weitgehender Einwanderungsverbote hervor. vision des Einwanderungsgesetzes im Jahr 1907 wurde jedoch ihren Wünschen nur wenig entgegengekommen. Den Einwandererstrom wesentlich einzudämmen vermochten die bisher erlassenen Einwanderungsgesetze nicht. Weit mehr Einwanderer als bisher würden aber zurückgewiesen werden, wenn die im April dieses Jahres vom Senat angenommene Gesetzesnovelle betreffend die Ausschließung der Analphabeten usw. auch die Zustimmung des Repräsentantenhauses findet und tatsächlich Gesetz wird. Der Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses strich aus dem Entwurf alle Bestimmungen mit Ausnahme iener, daß die Einwanderer vor der Zulassung in das gelobte Land eine Bildungsprüfung zu bestehen haben; aber der Entwurf wurde in der letzten Legislaturperiode nicht mehr erledigt. In der demokratischen Partei, die sehon in der letzten Session im Repräsentantenhaus die Mehrheit hatte, ist eine starke Minderheit gegen die weitere Beschränkung der Einwanderung, und es ist deshalb noch keineswegs gewiß, ob die Bildungsprüfung in nächster Zeit wirklich eingeführt wird. Die Führer der American Federation of Labor betrachten allerdings diese Bildungsprüfung schon als sichern Erfolg, den sie errungen haben. Wie sich die demokratische Partei, in deren Hände jetzt, nach der Wahl Wilsons zum Präsidenten, für die nächste Zeit das Schicksal der Union gelegt ist, mit der Einwanderungsfrage überhaupt abfinden wird, bleibt abzuwarten. Man wird die Entwickelung der Dinge in diesem überaus wichtigen Punkt jedenfalls mit größtem Interesse zu verfolgen haben.

HEINZ SAAR · ZUM TODE JAROSLAV VRCH-LICKYS

LS man ihm zu der Erstaufführung seiner Hippodamia ins tschechische Nationaltheater schleppte (das Werk hatte kurz zuvor seine Uraufführung an der Wiener Burg erlebt), als er ein müder, gebrochener Mann für den Beifall dankte, den ihm das tschechische Publikum zwar würdig und achtungsvoll, aber keineswegs begeistet

darbrachte, da wußte man, was man während des Stückes instinktiv gefühlt, geahnt, gefürchtet hatte: Das hat ein Großer geschrieben, dem der Tod sein unlöschbares Merkmal auf die gelbe, runzelige Stirn gedrückt. Es war das letzte Mal, daß er der Öffentlichkeit sein freundlich-lächelndes, ausdrucksvolles Gesicht zeigte, daß er seinen wirren Graukopf dankend vor der Menge neigte, daß sein trübes Auge, das noch immer so tief geistvoll, ja faszinierend zu blicken wußte, auf den Huldigenden ruhte. Einige Wochen später hatte er ausgelitten; im Städtehen Taus, malerisch nahe am Böhmerwald gelegen, schloß er am 9. September die Augen im Tode.

Ein Sprachgewaltiger ist mit ihm gestorben, der mit seiner intensiven Schaffenskraft, seiner genialen Vorstellungswelt, seiner nie erlebten Rezeptivität den Tschechen nicht nur eine neue Welt der Empfindung und Gestaltung gab sondern auch der Schöpfer des klassischen Tschechisch wurde. Und das ist seine dichterische Tat.

Ein feinfühliger Lyriker und ein tiefdenkender Philosoph, ein gemütvoller Phantast und ein grübelnder Vernunftmensch, der in kunstvoll geschlungenen Versen Menschheitsproblemen nachsann; es ist nicht möglich auch nur die Gebiete aufzuzählen, auf denen sich seine nie rastende Arbeitskraft mit einer Hast bewegte, als gälte es die kurzen Tage zu nützen, die ihr vom Schicksal zur Erfüllung ihrer Riesenaufgabe gegönnt waren. Schon im Gymnasium, in Schlan, Prag und Klattau, legte sich der junge Emil Fryda den Namen Jaroslav Vrchlicky bei, weil Osterreichs Schulordnung den Zöglingen der höheren Schulen geistige Arbeit verbietet. Vom Jahr 1875 an erschienen alljährlich seine Gedichtsammlungen, oft auch 3, 4 und mehr in einem Jahr; heute füllen sie allein 16 stattliche Bände. »Die Sammlungen durchmessen das ganze Gebiet der Empfindung von dem Erhabenen, Hinreißenden bis zum Weichen und Lieblichen, enthalten die Seufzer und Jubellaute der Liebe und das Ringen des menschlichen Geistes und Herzens, bilden die kunstvollste Form, wie sie der Süden gebildet hat und die schlichte Weise, die das tschechische Volkslied kennzeichnet. Die Neigung zur Reflexion überwiegt oft, aber wer nicht nach banausischen Grundsätzen urteilt, wird anerkennen müssen, daß die Reflexion so sehr in Stimmung getaucht ist, daß kein Widerstreben des Stoffes gefunden wird.« So hat ihn sein deutscher Übersetzer, Friedrich Adler, charakterisiert, den Dichter nachempfindend. Eine wahre, lyrische Stimmung liegt über allem, was er geschrieben, man kann sich beim Lesen seiner zahllosen Gedichte ihr nicht entziehen. Eine suggestive Kraft strömt von ihnen aus, von den lyrischen nicht nur sondern auch von den erzählenden, den Genrebildern, Pastellen, Romanzen, Balladen und Legenden, eine Kraft, die nur das Echte hat, und der ein wohliger Zauber entströmt. Ebenso sind seine Novellen, von denen die Ironischen und sentimentalen Geschichten und zwei Sammlungen

Farbige Scherben auch dem deutschen Publikum bekannt wurden, durch die selbe Stimmung seiner Lyrik ausgezeichnet. Das Glück der Bretter war ihm freilich versagt; nur sein tändelndes Lustspiel Noc na Karlsteyne dürfte vom Spielplan der Prager tschechischen Bühne nicht mehr verschwinden.

Er war aber nicht nur Dichter, er war Tscheche, ein treuer Sohn seines Volks, der aus der Liebe zu seinem zur Achtung des andern Volks sich durchgerungen hatte. Und wie er mit scharfem Selbsturteil erkannte, daß das Tschechenvolk noch viel zu jung sei, um an seiner eigenen Gestaltungs- und Empfindungswelt zu erstarken und zu wachsen, so griff er mit überfeinem Blick und Ohr alle Perlen auf, die die alten Klassiker aller Völker hervorgebracht. Die Meisterwerke aller Sprachen durchdrang er so, sie seinem geliebten Volk zu geben, und alle versah er mit dem so tief geheimen, träumerisch-grübelnden, melancholischen Mollton, der das Charakteristikon dieses slawischen Volkes vor allem in seinen stets traurig-getragenen Weisen ist. Ein tiefes Sinnen nach Ewigkeitswerten und Ewigkeitsrätseln, eine ungestillte Sehnsucht, etwas einer dumpfen Resignation Gleiches ist in diesem Volk, dem erst Vrchlicky die Erkenntnis brachte, welch ein Born an Intelligenz, an unverbrauchter, jugendlicher Schöpferkraft in seinem Innern im tiefen Schlaf lag. Und das ist Vrchlickys nationale Tat.

Bei der unglaublichen Fülle seiner Übersetzungen, kann es nicht wundernehmen, daß einzelne, wie die aus den romanischen Sprachen, oft die Spuren flüchtiger Arbeit tragen; der Schätze waren ja so viele, die er seinen Tschechen zu bringen hatte. Im Flug beinahe erschienen die Göttliche Komödie, das Befreite Jerusalem, der Rasende Roland, Gedichte von Michelangelo Leopardi und Carducci, eine Auswahl der Gedichte von Victor Hugo und Leconte de Lisle, einzelne Werke aus dem Spanischen, Katalanischen, Provençalischen, Englischen und eine reichhaltige Anthologie der neueren französischen und italienischen Lyrik. Nie aber stand vielleicht ein Tscheche den Deutschen so nahe wie er, der wie keiner empfand, daß die Tschechen vielleicht den Deutschen an Kraft und Intelligenz gleichkommen, geistig aber noch weit hinter ihnen zurückstehen. Er mußte es empfinden, weil er ihren Großen verwandt war und sein Volk auf der Stufenleiter ideeller Geistigkeit in das Morgenrot eines tschechischen Klassizismus emporzuheben hatte. Schillers Tell, Freiligrath, Schack, Hamerling, Mörike, C. F. Meyer waren die Kinder seiner Muse. Seine Meistertat aber war sein inniges Sichversenken in Goethe, seinen Meister, den er empfunden und auch gedacht hat:

»Wo Byron klagte, grollend wild und mächtig, Da standst du ruhig, zeichnetest bedächtig, Der Zukunft Ahnherr, der Antike Sohn.

Und sollte deiner Zeit Vernichtung drohn, Hoch über Weltsturz und der Wellen Jagen, Groß wie die Ewigkeit wird Faust noch ragen.«

Allerdings, Vrchlicky sah auch Goethe durch sein nationales Temperament: Goethes harte Anschaulichkeit wird bei ihm fast weich, Goethes deutsche Sonne in Hermann und Dorothea ist in slawischem Grau verdunkelt. Und nun sein Faust; ja, sein Faust; denn, soweit das möglich ist, hat er den Tschechen einen eigenen Faust, ihren Faust gegeben. Jedes Wort, jede Goethesche Sprachfeinheit hat er nicht übersetzt, sondern tschechischem Empfinden ver-

dolmetscht, mit einer Virtuosität, die den deutschen Denker den slawischen Träumern nahe gebracht. Mit Versen voll kindlichster Rührung und tiefster Gedankenschwere hat er seinem Genius den Dank abgestattet, nachdem er das Riesenwerk zu siegreichem Ende geführt:

»Nur danken kann ich. Was bleibt noch zu sagen? Es schweigt mein Wort, es stockt des Atems Wehn. Der Gottheit Auge sah ich aufgeschlagen, Und lebte, was mein Traum bisher gesehn. Nun mag der Abend kommen meinen Tagen: Was soll der Rest? Mein Tagwerk ist geschehn. Was ich noch jetzt im Leben kann erlosen, Sind nur des Lebens mattbetaute Rosen.

Nur danken. Ward mir etwas, was auf Schwingen Mich übern Alltag hebt zum Licht empor, So innig, wie der Nachtigallen Singen, So leise, wie der Flüsterlaut im Rohr: Nun ich geendet, naht's mit scheuem Dringen Und klopft rings an der harten Herzen Tor Damit es in des Tages ödem Schwalle Nicht sterbend ohne Widerklang verhalle.

Nur danken. O wie viele sind entglommen, Und Bessere als ich, ihr Ziel blieb weit, Wieviel geweiht dem Schönen, Guten, Frommen Versanken klanglos in der Dunkelheit. Ein Wunder ist es an das Ziel zu kommen, Da unser Weg durch Fährnis geht und Leid, Da Gnade jeder Morgen, der erschienen, Und unser Wolsen muß dem Können dienen.

Nur danken. Hier, wo auf der Stirn, der blassen, Uns küßt so selten der Gewährung Gunst, In diesem Wirrwarr, drin nur Sturm und Hassen, Und die Begeisterung ein Licht im Dunst, War mir vergönnt das Weltall zu erfassen Und wenigstens in einer Furche Kunst Und mit dem schwachen Widerhall der Saiten Dem Höchsten doch von ferne nachzuschreiten.

Das war der Schlußstein, mit dem er sein Werk und seinen Meister krönte, das ist aber auch Vrchlicky, wie er uns in seiner biedern Schlichtheit lebte, der Mensch, der ganze Mann, nicht mehr der Dichter und Tscheche. Nichts Menschliches war ihm fremd, und das war seine edelste, seine menschliche Tat. Einen tiefen Sinn für alle sozialen Fragen des Lebens hatte er sich bewahrt, ein allumfassendes Herz, bereit das Leid einer Welt mitfühlend und empfindend in sich aufzunehmen. Er kannte sie ja, die vom Leben Ausgespieenen und Verratenen, hatte er sich doch selbst aus ärmlich-kleinlichen Verhältnissen emporringen müssen. So war er Sozialist im edelsten Sinn des Wortes, wenn er auch den Weg zur Arbeiterbewegung nicht fand, nicht finden

konnte, in einer national zu überempfindlichen Zeit, als Richter eines national überempfindlichen Volkes. Und seinem Gefühlssozialismus entsprach auch seine politische Betätigung im Herrenhaus, in das er im Jahr 1901 auf Lebenszeit berufen ward. Unvergessen bleibt die Rede, mit der er sogar die hohen adligen Herren zur Annahme der Wahlreformvorlage entflammte, nachdem die Redeschlacht im Unterhaus siegreich für das allgemeine Wahlrecht erledigt war: Der demokratische Sinn der Tschechen, die ganze ruhmreiche Vergangenheit des Volkes verlange gebieterisch, daß kein bewußter Tscheche dem allgemeinen Wahlrecht sich entgegenstemme. Unter dem frischen Eindruck seiner gewaltigen Worte brach das letzte Bollwerk, der Widerstand des Adels in sich zusammen; wenige Tage später war das Gesetz sanktioniert.

Die tschechische Öffentlichkeit ist an seinem Tod fast teilnahmlos vorübergegangen, Tschechischböhmen hüllte sich nicht in Trauer, wie man es hätte erwarten dürfen. Warum wohl? Ist der tschechische Dichter von seinem Volk nicht verstanden worden? Desto mehr wollen wir den Ruf seines Namens und die Größe seiner Seele der Nachwelt künden.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Rudolf Wissell

Balkankrieg So böse Tage wie im Oktober haben die Börsen Europas seit langer, langer Zeit nicht gesehen. Die Gewißheit, daß es auf dem Balkan zum Krieg kommen und dann die Tatsache des Kriogsausbruchs selber, hatte eine geradezu wilde Panik des an der Börse spekulierenden Publikums zur Folge. Das hochgetürmte Spekulationsgebäude stürzte in sich zusammen und riß auch festfundierte Werte mit sich hinab. Ganz wahllos wurden nach den ersten Anzeichen einer Börsenderoute die Aufträge zum Verkauf gegeben. Der 1. und 2. und der 11. und 12. Oktober haben manche wirtschaftliche Existenz vernichtet. Die Großbanken ließen der wilden Flut zuerst ruhig freien Lauf, und erst als die Preise erheblich gefallen waren, nahmen sie einen Teil der angebotenen Werte ab. Das ging unter dem Namen einer planvollen Stützungsaktion, war aber in Wirklichkeit nichts anderes als die Wahrnehmung einer reichen Gewinn versprechenden Geschäftssituation. Nach den ersten schwarzen Tagen schien eine Beruhigung des Publikums wieder einzutreten. Man hoffte zu den selben niedrigen Preisen auch die abgestoßenen Werte wieder aufnehmen zu können. Diese Annahme war irrig, denn natürlich sticgen bei Nachfrage sofort wieder die

Preise, um dann aber nach einer Woche die selben wilden Sprünge nach unten wieder anzutreten. Das geschah in Berlin wie in Wien, Brüssel und Paris. Die 3prozentige französische Staatsrente ging auf einen in den letzten 20 Jahren selbst in den Marokkotagen von 1911 nicht erreichten Satz zurück. Auch London blieb nicht verschont, wenngleich die englische Börse gegenüber den großen europäischen noch die meiste Festigkeit zeigte. Nach der ersten Erregung hat eine gewisse Erholung wieder Platz gegriffen. Doch ist die Tendenz an der Börse noch ausgesprochen matt.

Auch in den Diskonterhöhungen zeigt sich die Wirkung des Krieges. Denn mehr noch als die sicher nicht unbedeutenden Ansprüche an die Goldbestände der Staatsbanken haben wohl politische Befürchtungen zu Schutzmaßnahmen der Metallbestände geführt. Am 17. Oktober erhöhte die Bank von England ihren Diskontsatz von 4 auf 5 %, die Bank von Frankreich den ihrigen am gleichen Tag von 3 auf 31/2 % und am 31. Öktober auf 4 %. Am 24. Oktober kam die Reichsbank mit einer Erhöhung von 41/2 auf 5 % nach. Die politischen Besorgnisse waren um so größer, als die ganz über-raschende Gestaltung der Dinge auf dem Kriegsschauplatz die Gefahr des Hinausgreifens des Balkanbrandes auf noch nicht direkt beteiligte Staaten besonders groß erscheinen ließ. Die Sorge um die Liquidität der Mittel erscheint darum

auch durchaus begründet. Deshalb ist auch auf eine baldige Herabsetzung der Diskontsätze nicht zu rechnen.

Die direkte Beeinflussung des Wirtschaftslebens durch den Balkankrieg ist noch nicht besonders fühlbar geworden. Das Darniederliegen jedes Gewerbslebens auf dem Balkan wird aber bei dem regen Verkehr Österreichs mit den dortigen Ländern und den nahen Beziehungen zu Deutschland Österreichs vielleicht bald auch seine Wirkung in Deutschland zeigen.

Kohlenprelse Die Zechenbesitzerversamm-

lung des Kohlensyndikats hat gerade zur Zeit der er-Kursschwankungen heblichsten Börsenwerte die Preise für Kohlen und Koks durchgehend erheblich erhöht. Eine sachliche Berechtigung hat diese Erhöhung nicht. Denn die Abschlüsse der Bergwerke und die Absatzmöglichkeit der Kohlenproduktion zeigen eine geradezu glänzende Gestaltung. Es zeigt sich jetzt. daß die an das Abkommen des preußischen Fiskus mit dem Kohlensyndikat geknüpften Wirkungen für die Preisgestaltung nicht eingetreten sind. Beim Abschluß des Abkommens des Fiskus mit dem Syndikat zu gemeinschaftlichem Ar-beiten ging die Erwartung ganz allgemein dahin, daß eine sachlich ungerechtfertigte Preisgestaltung dadurch verhindert werden würde. In diesem Sinn hat es auch der Minister des Innern im preu-Bischen Abgeordnetenhaus erläutert. Er hielt das den fiskalischen Zechen vorbehaltene Rücktrittsrecht für so schwerwiegend, daß dadurch den allgemeinen Interessen gedient werde. Nun hat dieses Rücktrittsrecht die Erhöhung Preise doch nicht verhindern können, und auch die wirkliche Ausübung dieses Rechts hat absolut keine Anderung zu bringen vermocht. Die Wirtschaftslage ist eben zurzeit derart, daß das Syndikat seine wirtschaftliche Macht ausnutzen kann.

X Getrelde

Wenn auch die hochgespannten Hoffnungen, die man auf die deutsche Ernte gesetzt hatte, sich nicht im vollen Umfang erfüllt haben, so steht sie doch über Durchschnitt. Haben auch Erntearbeiten unter nasser Witterung gelitten, die Ende Juli einsetzte, so läßt sich doch jetzt sagen, daß sie ein günstiges Ergebnis für die Scheuern gehabt haben. Am besten ist die Ernte in Roggen ausgefallen, die sowohl in der Qualität wie

in der Quantität vorzüglich ist. Einbringen ist zum wesentlichsten Teil noch bei guter Witterung erfolgt, und wo es im Nassen geschah, hat doch diese Nässe nicht so sehr geschadet. Anders steht es mit Gerste, Weizen und Hafer. Diese Getreidearten haben durch das Lagern und das durch die feuchte Witterung bedingte lange Stehen auf dem Feld teilweise gelitten. Die Futtermittel sind im Durchschnitt recht befriedigend ausgefallen. Klee, Luzerne und die Wiesen hatten sich günstig für den zweiten Schnitt entwickelt.

Die Welternte des Getreides ist sehr Die Verschiffungsziffern des für Europa bestimmten Quantums zeigen eine Höhe, die die des Vorjahrs weit übersteigt. Trotzdem haben die Preise in letzter Zeit als Folge des Balkankriegs eine Befestigung erfahren. Teilweise ist sogar eine erhebliche Beunruhigung des Marktes und ein sprunghaftes schnellen der Preise zu verzeichnen gewesen. Der Roggen steht ziemlich hoch. Die Zufuhren aus Rußland haben ganz erheblich nachgelassen; auch ist der Bezug von Mais aus den Balkanländern unterbunden. Die amerikanischen Forderungen sind infolgedessen sogleich in die Höhe gegangen. Mit dem nahe bevorstehenden Ende der Erntearbeiten wird nun auch das Angebot des Inlands wieder größer werden und damit ein Druck auf die Preise zu hoffen sein. Mit dem Ablauf des Erntejahres am 1. August läßt sich ein abschließendes Urteil über den deutschen Außenhandel in Getreide gewinnen. In den letzten 3 Jahren gestaltete sich die Ein- und Aus-

Gesamteinfuhr (in Doppelzentner)	1911-1912	1910-1911	1909-1910
Roggen Weizen Malzgerste Andere Gerste Hafer Mais Roggenmehl Weizenmehl	3 767 741 23 665 507 2 057 857 31 346 467 6 443 173 9 672 465 13 280 184 629	7 067 492 27 320 611 2 561 925 32 367 784 8 087 385 8 610 832 14 671 196 872	3 244 969 26 734 449 2 263 177 25 414 575 5 257 727 6 531 623 10 423 166 872
Gesamtausfuhr (in Doppelzentner)		1910-1911	1909-1910
Roggen Weizen Gerate Hafer Mais Roggenmehl Weizenmehl	8 535 850 5 654 299 339 991 4 419 980 486 830 1 438 094 1 568 640	7 545 588 5 413 404 270 063 4 392 359 553 713 1 636 525 1 967 318	6 791 417 3 599 483 458 277 5 703 602 457 167 2 352 761 t 683 411
×	•	•	×

fuhr wie folgt:

Aktiengesell- Die Übersicht des statistischen Amts über die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften in 1910-1911 läßt folgendes ersehen: Es gab am 30. Juni 1911 5302 tätige Aktiengesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital 15 846 680 000 Mark. Außer diesen standen 501 Gesellschaften mit 350 830 000 Mark Kapital in Liquidation und 76 Gesellschaften mit 69 795 000 Mark Kapital in Konkurs. Von den 5302 Aktiengesellschaften waren 4580 reine Erwerbsgesellschaften, das heißt solche, deren wirtschaftlicher Zweck in erster Linie auf Erzielung eines Geschäftsgewinns für die Gesellschaft gerichtet ist. Sie hatten ein Aktienkapital von 14227 Millionen Mark und mit den Reserven ein reines Unternchmungskapital von 17255 Millionen. Der Überschuß der Aktiven über die Passiven stellte sich in den letzten 4 Jahren auf 1472, 1351, 1194, 1346 Milli-onen Mark. Die Krisis des Jahres 1908 hatte also eine Verschlechterung des Vermögens um 152 Millionen Mark herbeigeführt. Die Rentabilität der Aktiengesellschaften (Jahresgewinne nach Abzug der Jahresverluste) stellte sich im gleichen Zeitraum auf 1393, 1287, 1114, 1279 Millionen Mark. An Dividenden wurden 1133, 1043, 959, 1022 Millionen Mark verteilt.

KurzeChronikAndauernd kommen aus den Industriegebieten wie dem rheinisch-westfälischen oberschlesischen Kohlengebiet und dem Kaligebiet Klagen über Waggonmangel. Die fehlenden Wagen stellen teilweise ein Viertel der angeforderten dar. In diesem Jahr werden die Klagen in ganz besonders großem Umfang laut. X Der Handelsvertragsverein hat in einer dem auswärtigen Amt eingereichten Denkschrift die Vermehrung der deutschen Handelssachverständigen angeregt. X Die Schiffsfrachten haben seit Monaten eine immer mehr steigende Tendenz eingeschlagen. X Nach einer Zusammen-stellung der Frankfurter Zeitung hatten die größeren deutschen Reedereien in diesem Jahr Schiffe von folgender Tonnenzahl in Bau: Hamburg-Amerika-Linie 270 000, Norddeutscher Lloyd 108 000, Hansa 54 000, Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft 56 000, Deutsch-Australische Dampfschiffahrtsgesellschaft 145 500, und Rolandlinie 42 500. Diese Aufträge

illustrieren einmal die überaus günstige Lage, in der sich zurzeit die Schiffahrt befindet, und die Aussichten, die sie in der nahen Zukunft bietet, zum andern auch den guten Geschäftsgang des deutschen Schiffbaugewerbes, das zurzeit nicht Helgen genug hat, um die Kiele für die bestellten Schiffe zu stecken. X Die den Rüben so überaus günstige Witterung der letzten Monate hat die Aussichten für die Rübenernte ganz Europas recht gut gestaltet. Die Internationale Vereinigung für Zuckerstatistik schätzt auf Grund ihrer Informationen die deutsche Rübenernte auf 16 328 700 die Zuckerproduktion aus dieser Ernte auf 2606 000 Tonnen. Die europäische Rübenernte wird auf 57 277 370 Tonnen und die Zuckererzeugung daraus auf 8 424 100 Tonnen angenommen, gegen 41 947 406, respektive 6 275 679 im Vorjahr. Demgemäß stehen die Zuckerpreise zurzeit auch nicht hoch. X Die Branntweinproduktion hat in dem am 30. September beendeten Berichtsjahr 1911-1912 im Vergleich mit den beiden Vorjahren folgendes Ergebnis gezeitigt:

1911-1912 1910-1911 1990-1910 Produktion 3 437 393 3 473 707 3 650 177 Trinkverbrauch 1 934 468 1 963 129 1 802 745 Gewerblicher Verbrauch 1 580 971 1 405 972 1 888 260 Export 11833 11 753 10 232 Bestand am 30. September 485 285 378 498 509 180 ×

Literatur Die Studie Der Organisationszwang von Dr. Fritz Kestner Berlin, Heymann/ ist ebenso instruktiv wie gut ge-Nach der Darlegung des schrieben. Verfassers haben manche Kartelle die geltende Rechtsordnung auf wichtigen Gebieten der Volkswirtschaft geradezu in ihr Gegenteil verkehrt. Durch die Ausschaltung der freien Konkurrenz haben sie die Beseitigung oder doch Untergrabung der Vertragsfreiheit ermöglicht. Dr. Kestner wünscht dagegen ein Eingreifen des Staates, der die großen Privatmonopole unter den Gesamtwillen zu zwingen hätte. Gegenüber solchen mächentwickelten Wirtschaftsorganisationen von heute bedürfe es einer Anteilnahme der Gesamtheit, einer stärkern und geschlossenern Betonung und Entwickelung des allgemeinen Staatsgefühls bei der gesamten Bevölkerung. X Die Wirtschaftsgeographie bekannte Gruber-Reinlein /Leipzig, Teubner/ ist in 3. Auflage erschienen. Die meisterhafte Bearbeitung der behandelten

Materie bedarf keiner weitern Hervorhebung. Nur kurz sei an dieser Stelle der reiche Inhalt angegeben. Im 1. Teil werden die natürlichen Voraussetzungen die Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland im allgemeinen dargelegt, dann die natürlichen Wirtschaftsgebiete Deutschlands, seine Produktions-, Handels- und Verkehrsverhältnisse und das deutsche Kolonialreich. Der 2. Teil behandelt Österreich-Ungarn, die Schweiz, Frankreich und seine Kolonieen, die Niederlande und Belgien, das britische Weltreich, Dänemark und seine Nebenländer, Skandinavien und das russische Weltreich, wirft einen vergleichenden Überblick über die wirtschaftsgeographische Bedeutung der südeuropäischen Halbinseln und ihrer Kolonialgebiete. schildert kurz die selbständigen Staaten Asiens und Afrikas, die selbständigen Länder Amerikas, besonders die Ver-einigten Staaten, und erörtert zum Schlub die wirtschaftliche Bedeutung der Oze-Was die Verfasser sich zum Ziel gesetzt haben, ist ihnen in vollem Umfang gelungen: sie haben das, was sonst meist ausschließlich als Wesen und Zweck geographischen Wissens gilt, nur zum äußern Rahmen genommen, aus dem ein Bild des Schaffens und Wirkens der Nationen, der mühe- und erfolgreichen Ardes frisch pulsierenden, schaffenden Lebens herausleuchtet, ein Bild, das geeignet ist das tätige Interesse aller zu wecken und totes Buchwissen durch die Freude am Wirklichen. durch die Lust zu eigenem Schaffen zu ersetzen. Den selben Gegenstand behandeln die selben Verfasser populär einem der Bändchen der Teubnerschen Sammling Aus Natur und Geisteswelt unter dem Titel Deutsches Wirtschafts-Es ist gleichfalls lobend zu erlcben. wähnen.

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

Bömelburg † Der 1. Vorsitzende des deutschen Bauarbeiterverbandes
Theodor Bömelburg ist am
7. Oktober im Barmbecker Krankenhaus
in Hamburg gestorben. Er war seit mehr
als einem Jahr nervenleidend, und obgleich er in verschiedenen Anstalten
Heilung suchte, verschlimmerte sich die
Krankheit immer mehr, so daß die ihn
behandelnden Arzte wie auch seine
Freunde wußten, daß keine Gesundung
mehr möglich war.

Bömelburg war am 27. September 1862 in dem kleinen Dorf Westönnen im Kreis

Soest als Sohn eines Maurers geboren und erlernte dort das Handwerk seines Vaters. Bis zu seiner Militärzeit war er gläubiger Katholik und Kirchengänger, und erst, als er im März 1887 nach Hamburg kam, fand er Anschluß an die Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie stand damals noch unter dem Ausnahmegesetz, während die Gewerkschaftshewegung anfing sich wieder von der Hem-mung zu erholen. Im Fachverein der Maurer wurde Bömelburg im Jahr 1888 Bezirksführer. 1893 war er bereits Vorsitzender des Zentralverbands der Maurer. Dieser jungen Zentralorganisation wurde der Verstorbene dann ein tüchtiger Agitator und Organisator, der er seine ganze Kraft mit vollem Eifer widmete. Durch die Gewalt seiner Rede, die dem Hörer zu Herzen ging, gewann er Macht über die Gemüter. Dazu kam ein großes taktisches Geschick, das ihm in seiner Organisation großen Einfluß sicherte. Mit dem Erstarken des Arbeiterverbandes entstand aber auch mit der Zeit eine starke Organisation der Arbeitgeber im Baugewerbe, wie die Kämpfe der letzten Jahre beweisen. Die große Bewegung von 1910 scheint Börnelburg stark mitgenommen zu haben; denn seit dem Herbst dieses Jahres mehrten sich die Anzeichen eines ernsten Nervenleidens. Aber er wollte sich damals noch keine Ruhe gönnen, weil das Zentral-schiedsgericht für das Baugewerbe noch nicht in Ordnung war. Als er dann in Wiesbaden, im Schwarzwald und in Thüringen Heilung suchte, war es leider zu spät und keine Rettung mehr möglich. Bömelburg war auch einige Jahre Vorsitzender des Hamburger Gewerkschaftskartells, und zwar zur Zeit des Streiks der Hafenarbeiter und Seeleute, an dem er durch Rat und Tat regen Anteil nahm. Da ich damals ebenfalls der Kartellkommission angehörte, hatte ich hinreichend Gelegenheit ihn näher kennen und achten zu lernen. Aber nicht nur in Hamburg und nicht nur unter den Bauanbeitern winkte Theodor Bömelburg. Als Vorsitzender mehrerer Gewerkschaftskongresse war er jedem Gewerkschafter bekannt. Auch war er von 1903 bis 1911 Reichstagsabgeordneter für Dortmund und von 1904 bis 1907 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Sein Ausspruch »Partei und Gewerkschaft sind einse ist viel bejubelt, aber auch umstritten, um-gedeutet und ausgebeutet worden; im Kern entsprach er jedenfalls seiner ehrlichen Überzeugung. Genau das selbe gilt auch für seine Stellung gegenüber der Maifeier und dem Massenstreik.

Das Leben Theodor Bömelburgs war reich an Arbeit, aber auch an Erfolgen. Welch ein Verlust für die Sache der Arbeiterklasse, daß es so kurz gewesen ist.

Lohnbewe-gungen 1911 Nach der von der Generalkommission im Korrespondenzblatt veröffentlichten Statistik fanden 1911 insgesamt 9670 Lohnbewegungen statt, woran 1011669 Personen beteiligt waren. Die Durchführung dieser Kämpfe erforderte eine Ausgabe von 16272313 Mark. entfallen auf die Angriffsstreiks 8 608 440 Mark, Abwehrstreiks die 1 255 706 Mark und die Aussperrungen 5 821 641 Mark. Als Resultat ist zu verzeichnen: eine Arbeitszeitverkürzung für 293 316 Personen um 760 594 Stunden pro Woche und für 592 066 Personen eine Lohnerhöhung von 1 058 594 Mark pro Woche; dazu kommt die Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung von 19 127 Stunden und die Zurückweisung einer Lohnkürzung von 26344 Mark pro Woche. Von den Bewegungen verliefen 6756 oder 69,9 % ohne Arbeitseinstellung, während 2914 zu einer Arbeitseinstellung oder Aussperrung führten. An den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung nahmen 686 416 (67,9 % aller) Personen teil, an den Streiks und Aussperrungen 325 253. Diese verteilen sich auf 1705 Angriffsstreiks (169 657 Personen), 1002 Abwehrstreiks (42 239) und 207 Aussperrungen (113 357). An den Streiks und Aussperrungen waren die Metallindustrie mit 128 609, die Bekleidungs- und Lederindustrie mit 46 806, das Baugewerbe mit 32 625, die Holzindustrie mit 30 000, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 28 298, Handels-Transportgewerbe und 16 559, das graphische Gewerbe und die Papierindustrie mit 8259 Personen beteiligt; 34 097 gehörten den übrigen Berusen an. Von der Gesamtzahl der Kämpfe waren 2253 oder 77,3 % erfolgreich oder teilweise erfolgreich, während 240 673 oder 74 % der an den Streiks und Ausspernungen Beteiligten oder partiellen Erfolg zu verzeichnen hatten. Die Zahl der Abwehrstreiks ist von 839 in 1910 auf 1002 in 1911, die Zahl der Angriffsstreiks von 1385 auf 1705 gestiegen; dagegen ist die Zahl der Aussperrungen von 970 auf 267 zurückgegangen. 840 Angriffsstreiks (mit 78 129 Streikenden) wurden um Lohnerhöhung, 644 (71 555) wurden um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung geführt. An den Kämpfen waren 44 Ver-

bände beteiligt. Mehr als 50 Kämpfe hatten folgende Verbände durchzuführen: Metallarbeiter 519, Bauarbeiter 486, Holzarbeiter 433, Transportarbeiter 258, Fabrikarbeiter | 183, Zimmerer 152, und Mühlenarbeiter 103, Brauerei-Schmiede 96, Steinarbeiter 72, Maler 67, Tapezierer 63, Schuhmacher 61, Lithographen 60, Maschiniston 58, Schneider 55, Textilarbeiter 53, das sind 84,36 % der Gesamtzahl. Mehr als 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampf hatten: Metallarbeiter 123 805, Holzarbeiter 27 491, Schneider 21 256, Bauarbeiter 19 327, Fabrikarbeiter 18 208, Transportanbeiter 16 405, arbeiter 16 405, Textilarbeiter 15 117, Bergarbeiter 11 932, Bäcker und Konditoren 11718, Tabakarbeiter Schuhmacher 5239. Von diesen 11 Verbänden nahmen zusammen 282 050 Personen = 86,72 % der Gesamtzahl an den Kämpfen teil. Von den 325 253 Streikenden und Ausgesperrten waren 51 080 Arbeiterinnen, Als Ergebnis der Kämpse im Jahr 1911 ist auch noch der Abschluß von 3499 Tarifverträgen für 304 481 Personen zu verzeichnen, 1910 waren es 4398 Verträge für 607 023 Personen und 1909 wurden 1913 Verträge für 159 628 Personen abgeschlossen. Seit 1890 haben 27 919 Kämpfe stattgefunden, an denen 2 960 065 Personen beteiligt waren. Gesamtausgabe betrug während dieser Zeit 111 252 310 Mark.

InternationaleDer 23. internationale Berg-Organisation arbeiterkongreß fand vom 8. bis zum 12. August Amsterdam statt. Er war von 67 britischen Delegierten beschickt (die 588 000 Mitglieder vertraten), 6 Dele-gierten aus Doutschland (und zwar 3 vom Bergarbeiterverband für 120 000. 2 Polen für 40 000, 1 Hirsch-Dunckerscher für 40 000 Mitglieder), 3 aus Amerika (für 350 000 Mitglieder), 8 aus Frankreich (40 000), 7 aus Belgien (35 000) und 2 aus Holland (1000). Die Österreicher waren dem Kongreß ferngeblieben, weil ihre Organisation nur alle 2 Jahre den Kongreß zu beschicken beschlossen hatte. Die Verhandlungen des Kongresses standen unter dem starken Eindruck der großen Grubenarbeiterbewegungen dieses Frühjahrs in Großbritannien, Amerika, Deutschland, Belgien und Österreich. Der Kongreß beschäftigte sich unter anderm mit der Grubeninspektion, der Grubenverstaatlichung, der Einführung einer stägigen Arbeitswoche, dem gesetzlichen Minimal-

lohn, der gesetzlichen Normierung der Bergarbeiterschicht respektive des Achtstundentags. Der nächste Kongreß soll 1913 stattfinden; und dann regelmäßig alle 2 Jahre ein weiterer. Der 6. internationale Buchdruckerkongreß wurde vom 12. bis zum 15. August in Stuttgart abgehalten. Dem internationalen Sekretariat sind 18 Verbände mit 125 313 Mitgliedern angeschlossen. Das gesamte Vermögen dieser Organisationen beträgt 20 307 306.93 Francs. Der deutsche Verband zählt allein 59 027 Mitglieder und hat ein Vermögen von 13 057 961,71 Francs. Als Gäste waren Vertreter der englischen und amerikanischen Organisationen anwesend, mit denen Gegenseitigkeitsverträge bisher noch nicht abgeschlossen werden konnten. Die englischen Gäste erklärten, daß sie sich auf dem Kongreß von der Notwendigkeit des Anschlusses Organisationen an die festländischen Verbände zwecks gemeinsamer Förderung der Buchdruckerinteressen überzeugt hätten. Sie versprachen die-sen Gedanken mit allen Kräften zu propagieren. Der Tagesordnungspunkt Erörterung der wirtschaftlichen und technischen Entwickelung im Buchdruck-gewerbe, besonders in Hinsicht auf die Tarifbewegungen, in Verbindung mit dem Bericht über die Lage ihrer Organisation bot reiche Gelegenheit zu umfassendem Meinungsaustausch, Resultat in einer gemeinschaftlichen Resolution niedergelegt wurde. Die übrigen Punkte betrafen vorwiegend die Hand-habung der Gegenseitigkeit in Unterstützungsfällen. Stuttgart wurde des internationalen Buchdruckersekretariats bestätigt. Die 5. internationale Kürschner-

konferenz tagte vom 30. Juli bis zum 1. August in Wien. Deutschland war durch 3 Delegierte vertreten, Österreich durch 3, Ungarn durch 2, Belgien, Frankreich und das internationale Sekretariat durch je 1. Der Bericht des Sekretariats weist eine Einnalme von 42 693,99 Mark und eine Ausgabe von 36 873,24 auf. Die internationale Organisation hat um 2257 Mitglieder oder 54,4 % zugenommen; doch erwachsen ihrer Ausbreitung in verschiedenen Ländern große Schwierigkeiten. Es wurden Referate über den Stand der Organisation, die Haltung und Unterhaltung des internationalen Organs und über die einheitliche Regelung der gegenseitigen Unterstützungsbedingungen gehalten. Die Re-

gelung der Beiträge männlicher und weiblicher Mitglieder an den Solidaritätsfonds soll jedem Land überlassen Ein belgischer Entwurf über die Einführung einer internationalen Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wurde dem Sekretariat überwiesen. Nach einem Vortrag über Kollektivverträge in der Kürschner-, Kappen- und Zurichterbranche wurde in einer Resolution empsohlen besonderes Augenmerk auf die Lehrlingszüchterei zu richten; das Lehr-lingswesen sei bei Abschluß von Tarifverträgen möglichst zu regeln. Von weiteren Beschlüssen der Konferenz ist zu erwähnen, daß die Abstimmungen künftig nach der Zahl der vertretenen Mitglieder und mit Zweidrittelmehrheit erfolgen soll. Die nächste internationale Konferenz soll in Hamburg stattfinden. Als internationaler Sekretär Regge-Berlin gewählt.

Kongresse Die 11. Generalversammlung und Verbands-des Fabrikarbeiterverbands fand vom 4. bis zum 10. August in Dresden statt. In den beiden Berichtsiahren 1910 und 1911 ist die Mitgliederzahl von 141 024 auf 189 443 gestiegen; gegenwärtig hat sie hereits die Zahl 200 000 überschritten. Vor 20 Jahren zählte der Verband nur 2460, vor 10 Jahren 31 974 Mitglieder. Die Einnahmen des Verbands haben sich die beiden Vorjahre 2 224 809,58 Mark erhöht und betrugen 8 514 379,41 Mark, die Ausgaben 6 364 356,14 Mark, so daß die Kasse 2 150 023,27 Mark auswies. Es wurde die Ernichtung einer Unterstützungskasse für die Funktionäre des Verbands beschlossen, die eine Unfallsversicherung bilden soll. Auch ihre Gehälter und sonstigen Anstellungsbedingungen einschließlich der Ferien wurden neu geregelt. Bei der Behandlung der Grenzstreitigkeiten wurde eine Resolution angenommen, die sich für die Betriebsorganisation ausspricht. Die bisherigen Vorstandsmitglieder, der Redakteur und der Ausschußvorsitzende wurden wiedergewählt. Der 12. Verbandstag der Schneider wurde vom 12, bis zum 18. August in Köln abgehalten. Die Mitgliederzahl ist während der 2jährigen Berichtszeit von 40 773 auf 50 390 gestiegen. Die Gesamteinnahme betrug 2 250 880, die Ge-samtausgabe 1 724 537 Mark. Am Schluß des 2. Quartals 1912 war ein Kassenbestand von 669 558 Mark vorhanden. Für Lohnbewegungen und Streikunter-

stützung betrugen die Ausgaben 737 378,63 Mark, für Gemaßregeltenunterstützung 18 944,59, für Reiseunterstützung 55 673 und für Krankenunter-stützung 232 572 Mark. Der Geschäftsbericht über Lohnbewegungen, Tarifvertragswesen und Schiedsgerichtsverfahren wurde in geschlossener Sitzung behandelt, weil es sich nicht nur um die Besprechung früherer Kämpfe handelte sondern auch um die Stellungnahme zur fernern Entwickelung des Abschlusses von Tarifverträgen. Den von den Unparteiischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern gemachten schlägen wurde vom Verbandstag zugestimmt. Der Verbandstag beschloß ferner die Einführung einer Sterbeunterstützung und beschäftigte sich mit dem Hausarbeitsgesetz, dem Reichsgesetz über die Privatbeamtenversicherung, sowie dem Verhältnis der Gewerkschaften zu den Genossenschaften.

Die Gärtner tagten vom 9. bis zum 13. September in Berlin. Der Geschäftsbericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli 1909 bis zum 30. Juni 1912. Die Mitgliederzahl ist in dieser Zeit von 5033 auf 7218 gestiegen. Der Kassenbericht weist für die 3 Jahre eine Ein-nahme von 302 705,56 Mark, eine Ausgabe von 257 673,81 und einen Vermögensbestand von 45 031,71 Mark auf. Die Lohnbewegungen und Streiks verursachten eine Ausgabe von 44 349,23 Mark, Arbeitslosenunterstützung wurden 30 553,88 Mark ausgegeben, für Reiseunterstützung 2349,70, für Kranken-unterstützung 6236,55, für Rechtsschutz 3207,86, für Gemaßregeltenunterstützung 1260,81, für andere Unterstützungen in besonderen Notfällen 4284 Mark. Außer mit dem Ausbau der Unterstützungseinrichtungen beschäftigte sich der Verbandstag mit der Arbeitsvermittlung, der Lehrlingszüchterei, den Gesundheitsgefahren und dem Gesundheitsschutz im Gärtnerberuf. Die übrigen Beratungsgegenstände betrafen Organisationsfragen, Regelung der Gehälter der Angestellten und interne Verbandsangelegenheiten.

Die Lagerhalter hatten vom 8. bis zum 11. September in Köln einen außerordentlichen Verbandstag, um zu der Verschmelzung mit dem Verband der Handlungsgehilfen Stellung zu nehmen. Der Lagerhalterverband ist im Jahr 1893 gegründet worden und seit dieser Zeit von 77 auf 2013 Mitglieder gestiegen. Sein Kassenvermögen betrug am

Schluß des 1. Quartals 81 493,70 Mark. Die Tarifbewegung umfaßte im Jahr 1911 108 Orte mit 110 Betrieben und 785 Personen. Nach eingehender Aussprache erfolgte mit 65 gegen 18 Stimmen die Annahme der Verschmelzung, die am 31. Dezember 1912 erfolgen soll. Den Mitgliedern des Lagerhalterver-bands wird nach dem Übertnitt in den Handlungsgehilfenverband ihre Mitgliedschaft im Lagerhaltenverband angerechnet. Auch wird ihnen zugesichert, daß sie in jedem 2. Jahr zur Erledigung ihrer besonderen Angelegen-Reichskonferenzen stattfinden lassen können, deren Kosten von der Hauptkasse bestritten werden. Die Lagerhalterzeitung wird dauernd als Beilage der Handlungsgehilfenzeitung weiterge-führt. Der Redakteur wird von der Reichskonferenz bestimmt. Mindestens ein Lagerhalter muß in den Verbandsvorstand als besoldetes Mitglied gewählt werden. Außerdem beschäftigte sich der Verbandstag mit der Privatbeamtenversicherung und der Unterstützungskasse des Zentralverbands deutscher Konsumvereine.

X Skandina-An dem skandinavischen vischer Kon-greß 1912 Arbeiterkongreß, der vom 2. bis zum 5. September in Stockholm stattfand, nahmen 110 Vertreter aus Dänemark, 6 aus Finnland, 72 aus Norwegen und 106 aus Schweden teil. Die deutschen Gewerkschaften waren durch 2 Delegierte und das internationale sozialistische Bureau durch seinen Vorsitzenden vertreten. Die Verhandlungen über die Organisationsformen und Taktik der Arbeiterbewegung bildeten den Höhepunkt des Kongresses, weil sich in den skandinavischen Ländern in den letzten Jahren eine syndikalistische Strömung bemerkbar gemacht Angenommen wurde eine Resolution, die die bisherige Organisationsform und Taktik der Gewerkschaften akzeptiert, das Festhalten an der Zentralisation empfiehlt und deren Aufbau auf starken Zentralverbänden mit genügendem Kampffonds für notwendig erklärt. Die Resolution vertritt weiter die planmäßige gegenseitige Streikunterstützung der Gewerkschaften, die zunächst auf nationaler Basis und schließlich durch skandinavische respektive internationale Verträge ausgebaut werden soll. Gegen diese Resolution stimmten 28 Vertreter: ein syndikalistischer Gegenantrag erhielt aber nur 8 Stimmen. Ferner wurden

noch Resolutionen über die Arbeitslosenversicherung, den Import ausländischer Arbeiter sowie für die Abschaffung der Heimarbeit angenommen. Auch soll eine kräftige Agitation für die Organisation und Aufklärung der Industriearbeiterinnen entfaltet werden. Zur Begrenzung der Arbeitszeit wurden die Arbeitervertreter in den Parlamenten aufgefordert den Achtstundentag einzutreten. Außerdem wurde noch über die Militärfrage und über das Zusammenwirken der skandinavischen Nationen auf politischem Gebiet verhandelt, sowie Referate über die Bedeutung der skandinavischen Arbeiterkongresse, über Trustwesen und Teuerung entgegengenommen.

KurzeChronikDer doutsche Buchbind e r verband veranstaltete Anregung des internationalen Sekretariats im September eine Erhebung über die Frauenarbeit im Beruf. X Zwischen den Verbänden der Bauarbeiter und Bildhauer ist ein Kartellvertrag abgeschlossen worden. X Der Zimmerer erreichte mit seiner Nummer eine Auflage von 75 000; die Mitgliederzahl des Verbands ist im 2. Quartal von 60 966 auf 64 227 gestiegen. X Die Abrechnung Transportarbeiterverbands für das 1. Quartal ergibt eine Mitgliederzahl von 205 449. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen 815 044 Mark, die Ausgaben 783 556 und der Kassenbestand 155 735 Mark. X Die Arbeitslosenzählung des Bauarbeiterverbands vom 27. Juli erstreckte sich auf 976 Zweigvereine mit 334 745 Mitgliedern, von denen 302939 befragt werden konnten. Von den Befragten waren 93,4 % in Arbeit und 6,6 % arbeitslos. X Die Arbeitslosenzählung des Holzarbeiter-verbands im August erstreckte sich auf 819 Zahlstellen mit 189 678 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 13 557; davon waren 3146 am letzten Monatstag arbeitslos. 55 Zahlstellen hatten nicht berichtet. X Der Landarbeiterverband beruft seine r. Generalversammlung zum 27. Dezember nach Berlin ein.

X Literatur Gerade jetzt, die WO Schmiede sich dem Metallarbeiterverband anschließen, wohl die C\$ günstigste Zeit zur Herausgabe oiner Geschichte der deutschen Schmiedebewegung, Bearbeitet ist sie von einem der äl-

testen Verbandsmitglieder, Emil Basner, der auch viel Selbsterlebtes wiedergibt. Wie in der Geschichte anderer Gewerkschaften wird auch hier zunächst die Zunftzeit mit ihren Gebräuchen behandelt. Dann kommen die ersten Anfänge der modernen Arbeiterbewegung, die für die Schmiede in das Jahr 1869 fallen. Nach Auflösung der Zentralisation durch das Sozialistengesetz folgt die Gründung lokaler Vereine, und im Jahr 1885 die der Ver-einigung der deutschen Schmiede. Mit dem Jahr 1890 schließt der 1. Band, der bisher allein zur Ausgabe gelangt ist. Der Schmiedeverband, der das Buch herausgegeben hat, kann sicher sein, daß man auch dem 2. Band mit Interesse entgegensieht. X Das Jahrbuch des Holzarbeiterverbands 1911 bringt eine gute Übersicht über die Bewegung und die Tätigkeit dieses Verbandes im vorigen Jahr. Es enthält auch Arbeitslosenstatistik, Unfallstatistik und Erhebungen über die Arbeitsvermittelung in der Holzindustrie. Die Wiedergabe der im Jahr 1911 abgeschlossenen Ta-rifverträge umfaßt allein 294 Seiten. X Das Jahrbuch des Bauarbeiterverbands für 1911 berichtet über die Tätigkeit des Verbands in diesem ersten Jahr seines Bestehens. Von Interesse ist eine Statistik über Zahl und Beruf der Mitglieder nach der Dauer der Mitgliedschaft in den Zentralverbänden der Maurer und Bauhilfsarbeiter. Ein besonderes Kapitel ist dem Bauarbeiterschutz gewidmet, ein anderes den gegnerischen baugewerblichen Organisationen und den Unternehmerverbänden.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Lebensmittel- Die gewaltige Steigerung versorgung der Fleischpreise hat das Problem der kommunalen Lebensmittelversorgung erneut und verstärkt in den Vordergrund gerückt. Wohl oder ühel werden die Stadtverwaltungen genötigt in ein Gebiet einzugreifen, auf dem sie bisher nur als die Träger der Lebensmittelpolizei (durch die Errichtung von Nahrungsmitteluntersuchungsanstalten, Kontrolle des Marktwesens) oder durch die Schaffung von Arbeitsstätten für die Betriebe der Lebensmittelgewerbe (zum Beispiel durch die Bereitstelking der Vieh- und Schlachthöfe und ihrer Einrichtungen) tätig gewesen sind. Nur selten und nur wenige Stadtverwaltungen haben Eingniffe darüber hinaus vorgenommen, teils um eine

mangelnde Versorgung ihrer Einwohner mit bestimmten Lebensmitteln zeitweilig zu verbessern teils um zu hohe Preise vorübergehend zu bekämpfen. Das Vorjahr hat zum erstenmal eine große Zahl von Stadtverwaltungen gezwungen tätig zu werden. Überblickt man den damals erreichten Umfang der städtischen Tätigkeit auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung (es kommen namentlich der Bezug von Kartoffeln und der Verkauf von Seefischen in Betracht), so ist man von seiner Größe überrascht. Not kennt kein Gebot, und vor ihren Forderungen sind die manchesterlichen Grundsätze wirkungslos geworden, in denen die Mehrzahl unserer Stadtverwaltungen allgemein, vor allem aber soweit es sich das Gebiet der Lebensmittelversorgung handelt, befangen ist. Dazu kommt. daß auch von den Regierungen nicht allein durch ihre Erlasse sondern auch durch die Art ihrer Maßregeln die Kommunen direkt zum Eingreifen gezwungen worden sind. Sowohl die preußischen wie die bayrischen Minister haben wiederholt die Gemeinden darauf hingewiesen, daß es nicht die Aufgabe des Staats sondern der Kommunen sei Maßregeln zur Verbilligung der Lebensmittel, insbesondere aber der Fleischversorgung zu treffen. In dem Erlaß des preußischen Ministers vom 20. September 1911 wurde im Fall des Mißlingens einer Preisherabsetzung durch Verhandlungen zwischen Gemeinden und Fleischern den Gemeinden dringend empfohlen die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch durch von den Städten einzurichtende Verkaufsstellen in Angriff zu neh-Dabei wurde besonders auf die Einrichtung von Seefischmärkten hinge-wiesen und angeregt auch den regelmä-Bigen Bezug von anderen Nahrungsmitteln des Massenverbrauchs wie Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Kohlarten usw. zur Verbilligung der Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung zu organisieren. Und um die Gemeinden zu einer Tätigkeit in dieser Richtung leichter zu bewegen, wurde eine Reihe von Ausnahmetarisen für die bereits genannten Lebensmittel eingeführt, die aber nur für Sendungen an Gemeindebehörden, gemeinnützige Organisationen usw. gewährt wurden. Wollten also die Gemeinden ihrer Einwohnerschaft den Vorteil der billigen Ausnahmetarife zuwenden, so mußten sie wohl oder übel ihren Bezug unternehmen und insbesondere auch eine Kontrolle über die Preise einrichten. An

diese Vorgänge haben die Regierungen auch in diesem Jahr angeknüpft, als es sich um die Bekämpfung der Fleischteuerung handelte. In den Erleichte-rungen der Vieh- und Fleischeinfuhr, die die preußische Staatsregierung beschloß. und der sich die anderen Bundesstaaten dann anschlossen, tritt diese Tendenz die Kommunen zur Mitarbeit beranzuziehen und ihnen namentlich eine Kontrolle über die Preise zuzuweisen rechtdeutlich hervor. So wird die Einfuhr von Vieh und Fleisch in die großen Städte zugelassen, wenn das Fleisch zu einem behördlicher unter kung festgesetzten, möglichst niednigen Preis an die Verbraucher verkauft wird. Ebenso wird bei den Eisenbahntarifen der weitere Frachtnachlaß von 20 % an dem zeitlich verlängerten Ausnahmetarif für frisches Fleisch zugunsten von Gemeinden und Organisationen gewährt, die die Sendungen in Ausübung gemeinnütziger Tätigkeit an Verbraucher oder an Fleischer zum Verkauf zu Preisen abgeben, die unter behördlicher Mitwirkung festgesetzt sind. Unter den gleichen Bedingungen wird ein Nachlaß von den Frachtsätzen für gefrorenes Fleisch, von 30 % für lebendes Vieh, von 20 % für Seefische gewährt. Auch in dem vom Bundesrat vorgelegten Gesetzentwurf wird die Herabsetzung des Eingangszolls auf Fleisch und Vieh nur an Gemeinden gewährt, die frisches, auch gefrorenes Fleisch und Vieh aus dem Ausland für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der vom Bundesrat vorzuschreibenden Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen lassen. Hier wird also über eine Kontrolle der Preise hinaus, wie bei den Tarifermäßigungen, der Bezug auf eigene Rechnung der Gemeinden als Vorbedingung festgesetzt.

Gegen dieses planmäßige Streben der Regierungen den Gemeinden in gewissem Umfang Aufgaben auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung zuzuweisen haben die Verbände der Städte eine Stellung eingenommen, die man nur als kurzsichtig bezeichnen kann. Der Vorstand des deutschen Städtetags hat am 7. Oktober in einem Beschluß ausgesprochen, daß er es nicht als Aufgabe der deutschen Städte betrachten könne dauernd in die Preisgestaltung der Nahrungsmittel einzugreifen und Mängel der Wirtschaftspolitik durch kommunale Maßregeln auszugleichen. Der Vorstand nahm aber an, wie es in dem Beschluß

weiter heißt, daß die deutschen Städte unter Wahrung des vorstehend ausgedrückten grundsätzlichen Standpunktes und in Würdigung der vielerorts herrschenden Notlage geneigt sein werden auf dem Boden der inzwischen von der preußischen Staatsregierung beschlossenen und von den anderen Bundesregierungen voraussichtlich gleichartig zu treffenden Maßnahmen eine Abschwächung der zurzeit herrschenden Fleischteuerung zu versuchen. Dieser Erklärung haben sich dann auch später der preußische Städtetag und der Reichsverband deutscher Städte angeschlossen, in dem die kleineren, nicht kreisfreien Städte vertreten sind. Die Stadtver-Stadtverwaltungen wollen also ihr Eingreifen in das Gebiet der Lebensmittelversorgung auf die Zeiten der Not beschränken, in normalen Zeiten aber diese der privaten Unternehmung wie bisher überlassen, Gerade die Vorgänge der letzten Jahre aber auf dem Gebiet der Milchversorgung, der Fleischversorgung usw. haben gezeigt, daß, wenn die Stadtverwaltungen ihre Bevölkerung nicht der Ausbeutung durch Ringe ausliefern wollen, sie ihre finanziellen Machtmittel zur Anwendung bringen und durch organisatorische Eingriffe in diese Produktionsgebiete die Ernährung ihrer Bevölkerung angemessenen Preisen sicher-Ganz stellen müssen. mit Recht hat auch der Bürgermeister von Straßburg, Dr. Schwander, in einer Sitzung seines Gemeinderats vom 9. Oktober hervorgehoben, daß sich die Städte immer mehr des Gebiets der Lebensmittelversorgung bemächtigen müssen, um überflüssige Zwischenunkosten zu eliminieren. Man habe früher bestritten, daß es Aufgabe der Städte sei sich um den Gesundheitszustand der Einwohner zu kümmern, heute sei das ebenso selbstverständlich wie es früher fraglich gewesen sei. Die Ernährung der Bevölkerung liege den Kommunen sogar als die allererste hygienische Pflicht ob. Selbst ein bürgerliches Blatt wie die Franksurter Zeitung mußte den Beschluß des Vorstands des deutschen Städtetags als einen solchen von »wirklich schmerzlicher Kurzsichtigkeit« und seine Erklärung als »längst veraltetes, angesichts der chronischen Not einfach unbegreifliches Manchestertum« bezeichnen. Dauernde Hilfe, so hob sie henvor, könne eur durch dauernde wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung auf der einen und durch dauernde organisatorische Maßregeln der Kommunen auf der andern

Seite erreicht werden. Es ist dies der Standpunkt, den der Verfasser dieser Rundschau, soweit es sich um die Tätigkeit der Gemeinden handelt, seit mehr als einem Jahrzehnt vertreten hat. Diese organisatorischen Maßregeln der Gemeinden müssen aber in engster Verbindung mit den Organisationen der landwirtschaftlichen Produzenten getroffen werden. Der Kapitalreichtum der Städte muß in die landwirtschaftliche Produktion geleitet werden. Mit dieser finan-ziellen Beteiligung, zu der dann die Organisation des Absatzes als das eigentliche Tätigkeitsgebiet der Städte hinzukäme, und mit einer eigenen landwirtschaftlichen Produktionstätigkeit geringern Umfangs würden die Gemeinden auf die Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte, soweit es sich um Milch. Fleisch, Gemüse usw. handelt, ausrei-chenden Einfluß ausüben können. Es ist im engen Rahmen dieser Rundschau nicht möglich auch nur den Versuch einer einigermaßen vollständigen Übersicht über die von den Städten in den letzten Monaten getroffenen Maß-regeln zu geben und Beispiele anzuführen. Sie muß sich darauf beschränken die allgemeinen Gesichtspunkte hier kurz herauszuheben. Der Weg der direkten Beeinflussung des Fleischgewerbes durch Verhandlungen ist auch in den letzten Wochen von den Stadtverwaltungen betreten worden, zum Teil mit Ersolg. Angesichts der hohen Viehpreise ließ sich aber von ihm wenig erwarten. Die Fleischpreiskommissionen, die neuerdings wieder in mehreren Städten eingesetzt wurden, zum Beispiel in Stuttgart und Wiesbaden, haben eben die höheren Preise festsetzen müssen, die sich aus der allgemeinen Preislage ergaben, und den Metzgern mehr als Schild gegen den Unwillen des Publikums gedient als daß sie eine preiskontrollierende und ermäßi-gende Wirkung hätten ausüben können. Mit Verhandlungen konnte nichts erreicht werden. Die Städte mußten schon weitergehen und den Bezug von Vieh und Fleisch selbst in die Hand nehmen. Das ist von den einzelnen auch in mehr oder weniger großem Umfang geschehen. Sie haben, teils in Verbindung mit den Fleischern, Ankäufer nach Dänemark, Holland usw. geschickt und Vieh und Fleisch angekauft. Dafür sind zum Teil recht bedeutende Kredite, in Berlin zum Beispiel 600 000 Mark, zur Verfügung gestellt worden. Der Verkauf hat teils durch die Städte selbst durch eigene Angestellte stattge-

funden, oder er wurde von den Fleischern übernommen und unter städtischer Kontrolle, namentlich der Preise, ausgeführt. Die Haltung der Metzgerinnungen war dabei recht verschieden. An zahlreichen Orten haben sich die Fleischer direkt geweigert den Vertrieb des durch die Stadtverwaltungen angekauften Fleisches zu übernehmen. In Aachen, Crefeld, Dortmund usw. haben die Innungen den Verkauf dänischen Fleisches anfänglich abgelehnt. Als aber die städtischen Verwaltungen sich dadurch nicht beeinilussen ließen sondern den Verkauf dann in eigene Regie nahmen and mit Erfolg durchführten, haben die Metzger ihre Haltung geändert. In anderen Orten haben sie es nicht einmal so weit kommen lassen sondern ihre anfängliche Weigerung durch eine baldige Zusage ersetzt. In der Mehrzahl der Gemeinden haben aber wohl die Metzger sich auf den klügern Standpunkt gestellt und das Zusammenarbeiten mit der Stadtverwaltung vorgezogen, um die gänzliche Ausschaltung bei dem Vertrieb des auslän-dischen Fleisches zu vermeiden. Die Vorgänge in Berlin liefern ein typisches Beispiel für die Haltung der Metzger. Nachdem anfänglich 128 Metzger sich bereit erklärt hatten den Verkauf des von der Stadt bezogenen russischen Fleisches vorzunehmen, erfüllten am ersten Verkaufstag nur 22 von ihnen ihre Zusage, während die anderen versagten. In einer Reihe von Markthallen, in denen von der Stadt Stände zum Verkauf des ausländischen Fleisches zur Verfügung gestellt waren, konnte infolgedessen kein Verkauf stattfinden. Darüber kam es an einigen Stellen zu Unruhen unter dem Publikum, das durch Beschimpfungen von den Metzgern stark gereizt worden war. In der folgenden Zeit haben die Metzger ihre Stellung geändert und das städtische Fleisch zum Verkauf abgenommen. den Berliner Vororten, die mit Berlin den Bezug organisiert hatten, haben die Metzger teils den Verkauf anstandslos durchgeführt teils ähnliche Manöver wie in Berlin gemacht.

Neben dem Ankauf von Vieh und Fleisch durch die Gemeinden sind in zweiter Linie die Seefischmärkte zu nennen, deren weiterm Ausbau oder deren Neueinrichtung die Stadtgemeinden ihre Aufmerksamkeit zuwendeten. Die Fleischverteuerung des Vorjahrs hatte eine größere Zahl von Gemeinden veranlaßt, sei es durch An- und Verkauf der Seefische durch die Gemeinde selbst sei es durch kommunalen Einkauf, aber Verkauf durch

Kleinhändler unter gleichzeitiger Bestimmung des Verkaufspreises durch die Gemeinde, sei es durch Verträge mit Fischereigesellschaften, Groß- oder Kleinhändlern der Bevölkerung den Bezug gu-Scefische zu billigen Preisen zu Eine Rundfrage des Kommusichern. nalen Jahrbuchs hat ergeben, daß von 590 antwortenden Gemeinden rund 170 im vorigen Jahr in der einen oder der andern Form tätig gewesen sind. Durch die Einrichtung von Seefischkochkursen. durch die Verteilung von Rezepten, durch Mitteilungen in der Presse usw. suchten die Stadtverwaltungen gleichzeitig die Bevölkerung auf die Bedeutung der Fischnahrung aufmerksam zu machen und sie zur Benutzung der Einrichtungen zu veranlassen. Die im allgemeinen recht guten Erfolge haben dann ohne weiteres dazu geführt, daß bei der diesiährigen Verschärfung der Fleischteuerung von dem bewährten Mittel der Seefischmärkte in noch größerm Umfang Gebrauch gemacht wurde.

Schließlich sei hier noch als besonders bemerkenswert auf die Beschlüsse in einer ganzen Reihe von Gemeinden aufmerksam gemacht, die, veranlaßt durch das Vorgehen der Stadt Ulm, die dauernde Fleischversorgung der Gemeinden teils durch Eigenproduktion in städtischen Schweinemästereien teils durch Abschluß von Verträgen mit landwirtschaftlichen Mästereigenossenschaften zum Gegenstand haben. Bekanntlich hat die Stadt Ulm mit einer Genossenschaft für rationelle Schweinezucht einen Vertrag abgeschlossen, wonach sich diese verpflichtet im Jahr 1912 der Stadt bis zu 1000 Mastschweine zu liefern, und zwar zu dem Preis von 63 Mark pro Zentner Schlachtgewicht oder 50 Mark pro Zent-ner Lebendgewicht. Sinkt der allgemeine Marktpreis wenigstens ein Vierteljahr lang dauernd unter diesen Preis, so ist auch der Übernahmepreis herabzusetzen. Dagegen stellt die Stadt der Genossenschaft eine Reihe von Grundstücken zur Errichtung der Maststationen zur Verfügung, übernimmt die 4prozentige Verzinsung der Baukosten für die Mästereianlage im Betrag von 15 000 Mark und räumt der Genossenschaft zur Bestreitung der Futterkosten für jedes eingestellte Schwein einen unverzinslichen Kredit von 60 Mark ein. Über die Wirkungen des Vertrags konnte der Ober-bürgermeister von Wagner nur Günstiges berichten. Der Bevölkerung Stadt ist wenigstens an einem Tag in der Woche nunmehr die Gelegenheit gegeben Schweinesleisch um den Preis von 85 Pfennig (allgemeiner Verkaufspreis 1 Mark) zu kaufen und sich wenigstens auf einige Tage mit billigem Fleisch zu versorgen. Die Genossenschaft hat sich ferner bereit erklärt die Zahl der zur Ablieserung kommenden Schweine schon vom 1. Januar 1913 ab auf 250 Stück pro Monat zu steigern, womit es dann möglich wird den Preis des Fleisches auf 78 Psennig herabzusetzen.

X Wanderar-Beitsstätten

Vor kurzem ist der Jahresbericht über das 2. Betriebsjahr der württember-

Wanderarbeitsstätten gischen öffentlicht worden, der interessante Mitteilungen über die Entwickelung dieser Einrichtungen macht und auch Ergebnisse von allgemeinerer Bedeutung mitzuteilen Im 2. Betriebsiahr kamen 10 neue Wanderarbeitsstätten, davon 8 allein in Oberschwaben, in Betrieb. Bekanntlich hatte sich dieser Landesteil, der durch das Vorherrschen der Einzelgehöfte charakterisiert ist, besonders lebhaft gegen die Einrichtung von Wanderarbeitsstätten gewehrt, da er eine noch stärkere Belästigung der Einzelgehöfte durch Wandernde, Landstreicher und Bettler befürchtete. Diese Befürchtung hat aber die Praxis des ersten Jahres als grundlos erwiesen. Es gelang vielmehr auch in Oberschwaben den Strom der Wanderer auf bestimmte Straßen durch die Bezirke zu leiten.

Die 27 Wanderarbeitsstätten des alten Netzes haben in dem Betriebsjahr vom 1. Oktober 1910 bis zum 30. September 1911 80 913 Gäste mit einem Verpflegungsaufwand von 81 639,45 Mark beherbergt. Bei den 10 neuen Wanderarbeitsstätten sind die Zahlen 24 142 Wanderer und 24 556,10 Mark Aufwand. Im ganzen wurden 6749 Wanderscheine ausgestellt. Zu dem Verpflegungsaufwand kommen noch Eisenbahnfahrkosten im Betrag von 3104 Mark, so daß also der Verpflegungsaufwand für einen Wanderer einschließlich Eisenbahnbeförderung auf 1,04 Mark kommt.

Im Berichtsjahr mußte in 1482 Fällen der Wanderschein entzogen werden. In 600 Fällen war Nichtannahme der vermittelten Arbeitsstelle, in 267 Fällen grundloses Verlassen der vermittelten Stelle, in 135 Fällen Betrunkenheit usw. der Grund. Die Zahl der zweifelhaften Elemente unter den Wanderern, die den Leitern der Wanderarbeitsstätten große Schwierigkeiten machen, ist also im Ver-

hältnis zur Gesamtzahl der Besucher doch nur gering. Nur 1,4 % der Gäste der Wanderarbeitsstätten gehören zu dieser Klasse.

Klasse. Die Beschäftigung in den Wanderarbeitsstätten ist nunmehr überall gut eingerichtet. Hauptsächlich werden Holzzerkleinerungsarbeiten vorgenommen. Der Absatz des zerkleinerten Holzes macht keine Schwierigkeiten mehr. Für die Gäste der Wanderarbeitsstätten stehen fast überall Arbeitskleider zur Verfügung, so daß ihre eigenen Kleider bei der Arbeit geschont werden können. Die Arbeitsleistungen der Wanderer sind, wie der Bericht hervorhebt, überall da gut, wo die Aufsicht gut ist, oder der Leiter der Wanderarbeitsstätte selbst mitarbeitet. Mit den Wanderarbeitsstätten sind überall da Arbeitsnachweise verbunden, wo keine städtischen Arbeitsnachweise bestehen. Bei diesen 20 Arbeitsnachweisen wurden 5047 Arbeitsstellen als offen angemeldet. Davon konnten 2853 oder 56,5 % besetzt werden. Von den bei den Arbeitsnachweisen als arbeitsuchend ein-Wanderern wurden getragenen 8449 36,4 % in Arbeit gebracht. Um die Arbeitsvermittlung zu verbessern, ist eine besondere Liste der offenen Stellen, ähnlich wie bei den Arbeitsämtern, eingeführt worden, die 2 mal in der Woche von der Landeszentrale aufgestellt und an die Arbeitsämter und Arbeitsnachweise versandt wird.

Diese Einwirkung der Wanderarbeitsstätten auf die Strafrechtspflege ist auch im 2. Betriebsjahr sehr erheblich gewesen. In den neuen Bezirken sind die Strafanzeigen wegen Bettelns und Landstreicherei um 79,6 %, die Haftvoll-streckungskosten um 66,9 %, die Gefangenentransportkosten um 76,8 % gesunken. In den 27 Bezirken des alten Netzes hat die Abnahme auch im Berichtsjahr stattgefunden. Die Zahl der Strafanzeigen ist nunmehr um 81.6%. der Betrag der Hastvollstreckungskosten um 67,2 %, der der Gefangenentransportkosten um 71 % des frühern Bestandes zurückgegangen. Im ganzen haben sich bei den 152 Oberämtern des Wanderarbeitsstättengebiets die Haftvollstrekkungs- und Gefangenentransportkosten um 168 402 Mark das gegen Jahr 1908-1909 verringert. Der richt sieht in diesen Zahlen den deutlichsten Beweis dafür, daß die Wanderarbeitsstätten für die Behörden, die Staatskasse und die Bevölkerung große Entlastung gebracht haben, und daß diese Entlastung weiter angedauert Bei der Beurteilung dieser Zahlen darf aber nicht vergessen werden, daß das Jahr 1908-1909 wirtschaftlich recht ungünstig war, und daß seitdem ein starker wirtschaftlicher Aufschwung begonnen hat, der namentlich in dem 2. Betriebsjahr recht groß war. Die tatsächliche Wirkung der Wanderarbeitsstätten das Gebiet der Strafrechtspflege wird sich erst nach Ablauf eines längern Zeitraums übersehen lassen, namentlich nach Ablauf auch einer wirtschaftlichen Krise. Ohne Zweifel wird sich das Redann etwas weniger günstig stellen als die Zahlen der beiden ersten Betriebsjahre es jetzt erscheinen lassen. So viel kann aber den Wanderarbeitsstätten, wenigstens in der Form, die sie in Württemberg haben, zugestanden werden, daß sie für die große Zahl der wandernden Arbeitslosen eine segensreiche Einrichtung sind, deren Anziehungskraft durch einen weitsichtigen, humanen Betrieb zu verstärken im Interesse der Arheiterklasse liegt.

Arbeitslosen- Den wenigen deutschen unterstützung Städten, die eine Arbeitslosenunterstützung führt haben, hat sich durch Beschluß der bürgerlichen Kollegien vom 1. August 1912 nunmehr auch die Stadt Stuttgart angeschlossen. Die Einrichtung ist nach dem System der Zuschußleistung getroffen, und zwar werden die Zuschüsse, wie üblich, an Berufsvereine und an Sparer gewährt. Doch sind gerade bei der 2. Kategorie der Zuschußbegünstigten Besonderheiten zu verzeichnen, die nachher eingehender besprochen werden sol-len. Die Zuschüsse werden zunächst auf jährlich 10 000 Mark festgesetzt. Erübrigungen aus diesem Betrag sind zu einem Arbeitslosenfonds von höchstens 40 000 Mark anzusammeln, der zur Deckung etwaiger Überschreitungen in anderen Jahren bestimmt ist. Streitigkeiten über die Anwendung der

Streitigkeiten über die Anwendung der Satzung und Beschwerden gegen das Arbeitsamt, das zunächst mit der Ausführung der Satzung betraut ist, werden unter Ausschluß des Rechtswegs durch ein Schiedsgericht entschieden, das aus dem jeweiligen Referenten für die Arbeitslosenunterstützung als Vorsitzendem und je einem vom Gemeinderat aus der Kommission für das Arbeitsamt auf 3 Jahre zu wählenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht. Gegen diese Vorschrift war von dem einzigen Vertreter des Zentrums auf dem Stuttgarter Rat-

haus Einspruch erhoben worden. Die Arbeitnehmer der Kommission für das Arbeitsamt rekrutieren sich nämlich durchweg aus den freien Gewerkschaften, was bei der Bedeutungslosigkeit der christlichen Organisationen und der Hirsch - Dunckerschen Gewerkvereine selbstverständlich ist. Der Zentrumsvertreter behauptete nun, daß die Besetzung des Schiedsgerichts mit einem den freien Gewerkschaften entnommenen Arbeiter für die christlich Organisierten nicht die genügende Garantie unparteilichen Urteils gewähre, und verlangte daher eine besondere Vertretung dieser verschwindenden Minderheit in dem Schiedsgericht. Der städtische Ausschuß, der sich mit der Vorberatung des Entwurfs beschäftigte, kan diesen gänzlich unbegründeten und daher geradezu eine Beleidigung der freien Gewerkschaften bedeutenden Behauptungen des Zentrumsvertreters insofern entgegen als er für die Verhandlungen des Schiedsgerichts die Öffentlichkeit einführte. Es wurden dabei ferner aus dem Gewerbegerichtsgesetz einige Bestimmungen herüber genommen. Die Offentlichkeit kann aus Rücksicht auf berechtigte Interessen einzelner ausgeschlossen werden. Die das Schiedsgericht anrufenden Personen können in Begleitung von Beiständen Rechtsanwälte und Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, werden als Beistände nicht zugelassen. Doch wurde ausdrücklich festgestellt, daß Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte von den Arbeitern als Beistände zugezogen werden können.

Die Vorschriften über die Zuschüsse an Berufsvereine sind in der üblichen Weise geregelt. Sie werden an Arbeiter oder Angestellte beiderlei Geschlechts gewährt, während bei den Zuschüssen an Sparer weibliche Personen nur in bestimmtem Umfang zugelassen werden. Voraussetzung der Zuschußgewährung ist un-verschuldete Arbeitslosigkeit und 1jähriges ununterbrochenes Wohnen in Stuttgart bei Eintritt der Arbeitslosigkeit. Die Frage, ob es nicht richtiger sei anstatt der Wohndauer die Arbeitsdauer in Stuttgart, ohne Rücksicht auf den Wohnsitz, zur Voraussetzung zu machen, wurde in dem bereits genannten städtischen Ausschuß besprochen. Man verzichtete aber darauf die Arbeitsdauer zugrunde zu legen, weil bei der Beschränkung der kommunalen Wohlfahrtspflege auf die Grenzen der Gemeinde ein Hinausgehen über sie ohne den Eintritt eines größern Verbandes nicht möglich erschien. Der

Zuschuß endigt, sobald dem Arbeitslosen solche Arbeit nachgewiesen wird, die das Arbeitsamt nach dessen Vorbiklung, Beruf und körperlichen Verhältnissen als angemessen ansieht. Als angemessen gilt für gelernte Arbeiter in der Regel nur Arbeit im Beruf. Nicht angemessen ist Arbeit unter dem ortsüblichen Lohn und solche Arbeit, die durch Ausstand oder Aussperrung frei geworden ist. Unter dem ortsüblichen Lohn ist der im Beruf übliche Lohn zu verstehen; wo also Tariflöhne anerkannt sind, gelten diese als ortsüblich.

Eine bemerkenswerte Neuerung bringt das Statut bei der Regelung der Zu-Im allgemeinen beträgt sie, ähnlich wie in anderen Städten, 50 % der Arbeitslosenunterstützung, höchstens jedoch i Mark pro Tag. Der Zuschuß erhöht sich aber für jedes Kind unter 15 Jahren um 5 % der Arbeitslosenunterstützung des Berufsvereins, höchstens jedoch um 25 %. Der Gesamtbetrag des täglichen Zuschusses darf in diesem Fall 1,50 Mark nicht übersteigen. Eine ähnliche Berücksichtigung der Arheitslosen mit Kindern hat auch die Satzung der Arbeitslosenfürsorgeanstalt Stadt der Gmünd vorgesehen. Sie stuft für die Teilnahme an der Versicherungskasse, die für Unorganisierte bestimmt ist, die von den Mitgliedern zu entrichtenden Beiträge nach dem Familienstand ab, und zwar unterscheidet sie Ledige auf der einen Seite und auf der andern Verheiratete. Verwitwete, dauernd getrennt Lebende und Ledige, sofern sie nachweislich Familienangehörige zu unterstützen haben. Dementsprechend ist auch die Zuschußleistung abgestuft. Doch wird hier noch eine weitere Teilung nach der Zahl der Kinder vorgenommen. Man hat in Stuttgart auf eine so weit gehende Differenzierung, namentlich aber auch auf die Berücksichtigung unterhaltungsberechtigter Angehöriger verzichtet, um nicht unnötige Komplikationen hineinzubringen und das Arbeiten der Unterstützungseinrichtung zu schwerfällig zu machen. Die Berücksichtigung der Kinderzahl erschien sozialpolitisch notwendig; sie bot auch keinerlei technische Schwierigkeiten. Bei den Zuschüssen an Sparer werden

Bei den Zuschüssen an Sparer werden 2 Gruppen unterschieden: Einzelsparer und Sparvereinigungen. Die Bestimmungen über die Einzelsparer bieten nichts Besonderes. Die Einlagen in das Sparbuch dürfen höchstens 100 Mark betragen. Der Zuschuß beträgt 50 % der täglichen Abhebung; dazu kommen noch die Zuschläge für Kinder. Mehr als 12 Mark

dürfen pro Woche nicht erhoben werden. Die Gewährung von Zuschüssen an Einzelsparer wurde mit der üblichen Begründung der notwendigen Parität zugunsten der Unorganisierten gegenüber den Organisierten eingeführt. Es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn man aus den praktischen Erfahrungen der übrigen Städte die Konsequenz gezogen und die Spareinrichtung für Einzelsparer gestrichen hätte, wie das Straßburg seinerzeit ganz richtig getan hat. Die Erfahrungen, die in Schöneberg, Freiburg und Gmund mit ihr gemacht worden sind, stimmen ganz mit denen der ausländischen Städte überein. Die Nichtorganisierten enthalten in großem Umfang alle die Elemente, die teils aus moralischen Gründen teils wegen zu geringen Einkommens nicht imstande sind eine Fürsorge für die Zukunft zu treffen. Ihnen wird also auch durch eine Spareinrichtung nicht geholfen. Es ist ganz interessant die Ergebnisse einiger Arbeitslosenunterstützungen hier anzuführen. In Schöneberg waren von 600 Personen, die sich im Jahr 1911 arbeitslos meldeten, 11 Sparer, die sämtlich organisiert waren, jedoch Verbänden angehörten, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlen. meldeten sich für den Speisemarkenempfang 53 Personen, die sämtlich nicht organisiert waren. Speisemarken werden nämlich an solche Personen ausgestellt, die weder als Verbandsangehörige noch als Sparer in Betracht kommen. Der Arbeitslose muß den Nachweis führen, daß er regelmäßig gearbeitet hat und ohne eigene Schuld arbeitslos geworden ist. Unterstützung erhielten 479 Verbands-angehörige, 8 Sparer und 5 Speisemarken-Von den 11 283 Unterstütempfänger. zungstagen entficlen 10 908 auf 1. Klasse, 192 auf die 2. und 183 auf die 3. Man kann also wohl sagen, daß die Versicherung fast ausschließlich von den organisierten Arbeitern in Anspruch genommen wird, neben denen die unorganisierten Arbeiter eine ganz unbedeutende Rolle spielen. Ganz ähnlich waren die Ergebnisse in Freiburg in Baden. Im ganzen erhielten 117 Arbeitslose mit 1858 Arbeitslosigkeitstagen städtischen schuß. Die Zahl der Sparer belief sich im ganzen nur auf 35. die mindestens eine Spareinlage von 10 Mark haben, Außerdem dürften sich noch etwa 15 bis 20 Mitglieder in den Organisationen an der Spareinrichtung beteiligen. 8 Sparer bezogen städtischen Zuschuß, für 100 Tage je so Pfennig. Der weitaus größte Teil der Einlagen wurde von den Spa-

rern wieder zurückerhoben, ohne daß sie den Anspruch städtischen Zuschusses im Fall der Arbeitslosigkeit abwarteten. Die Spareinrichtung hat also auch hier sehr wenig befriedigt, obschon sich verschiedene Korporationen in den Dienst dieser Sache gestellt haben. Darunter befanden sich 3 gewerkschaftliche Organisationen, die fast die ganze Teilnehmerzahl aufbrachten. Der katholische und der evangelische Arbeiterverein konnten nur wenige Mitglieder beibringen, der Arbeiterbildungsverein und der katholische Gesellenverein versagten ganz. Trotz intensiver Propaganda meldeten sich auch beim Arbeitsamt selbst nur wenige Teilnehmer. In Gmünd hat sich in den ersten 31/2 Monaten bei der sogenannten Versicherungskasse, die für Unorganisierte bestimmt ist, auch nicht ein einziger Versicherungslustiger angemeldet. Diese Versicherungskasse erhebt ein Eintrittsgeld von 50 Pfennig und außerdem Beiträge, die nach Beruf und Familienstand derart abgestuft sind, daß für Ledige in der 1. Klasse (Arbeiter in Dauerbetrieben) 20 Pfennig, für Verheiratete 30 Pfennig, in der 2. Klasse (Saisonarbeiter) 35 und 52 Pfennig pro Woche erhoben werden. Dafür wird Ledigen auf 6 Wochen innerhalb 52 Wochen pro Tag 50 Pfennig, Verheirateten 75 Pfennig gewährt, wozu noch die Zuschuß-leistung der Stadt von 40, 50 und 60 Pfennig, je nach dem Familienstand, hinzukommt. Die Zahlungen aus der Versicherungskasse wie die Zuschüsse können herabgesetzt werden, wenn die ver-fügbaren Mittel nicht ausreichen. Nun wird man allerdings aus den Erfahrungen der 31/2 Monate noch keinen end-gültigen Schluß auf das Versagen der Einrichtung ziehen können. Auch die Neuheit der Einrichtung und die gute wirtschaftliche Konjunktur mögen nicht ohne Einfluß sein. Immerhin wird man kaum eine starke Benutzung der Ver-sicherungskasse zu erwarten haben. Der Beitragssatz von 52 Pfennig pro Woche für die Saisonarbeiter ist zu hoch als daß die Leistungen der Kasse ihm gegenüber ihre Anziehungskraft ausüben könnten. Da man sich unter den sozialdemokratischen Rathausvertretern darüber klar war, daß die Einrichtung für Einzelsparer bedeutungslos sein würde, da man andrerseits aber auch den Organisationen städtische Zuschüsse zuwenden wollte, die Arbeitslosenunternoch keine stützung geschaffen haben und vielleicht auch wegen der Berufsart ihrer Mitglieder und der ganzen Arbeitsverhältnisse

im Gewerbe nicht so leicht dazu kommen können, wurde von ihnen angeregt ähnlich wie an Mitglieder von Gewerkschaftsorganisationen so an Mitglieder von Sparvereinigungen Zuschüsse zu reichen. Man ging dabei von dem Gedanken aus, daß gerade die Organisationen ohne Arbeitslosenunterstützung, wie die Bau-handwerker, solche Sparvereinigungen einrichten können, um für ihre Mitglieder die Zahlung des Zuschusses zu erreichen. Diese Spareinrichtung wäre also eine Art fakultativer Arbeitslosenunterstützung der Organisationen, nur mit dem Unterschied, daß die Mitglieder Spareinlagen statt Beiträge leisten. Die Vorschriften über die Sparvereinigungen sind den Vorschriften über die Zuschüsse an Berufsvereine nachgebildet. Die Sparvereinigungen führen die Verwaltung der Arbeitslosenunterstützung von ihrer übrigen Verwaltung getrennt, sie legen die Spareinlagen für ihre Mitglieder unter Nennung von Namen, Vornamen und Beruf bei der städtischen Sparkasse an. Das Verfügungsrecht über die Einlagen und Zinsen steht der Sparvereinigung zu. die eine entsprechende Abmachung mit ihren Mitgliedern zu treffen hat. Sparvereinigungen zahlen ihren Mitgliedern die abzuhebenden Spareinlagen und den städtischen Zuschuß vorschußweise

Man wird abzuwarten haben, wie sich diese Sparvereinigungen bewähren werden, und ob überhaupt von der Einrichtung Gebrauch gemacht wird. Bis jetzt hat der Bauarbeiterverband eine solche Spareinrichtung für seine Stuttgarter Mitglieder geschaffen.

Da Stuttgart das wirtschaftliche Zentrum einer bedeutenden Agglomeration ist, zu der eine Anzahl kleinerer und mittlerer Städte gehört, wird von den gewerkschaftlichen Organisationen die Einführung der städtischen Arbeitslosenunterstützung auch in den wichtigeren Ortschaften angestrebt. Sollte es gelingen das Stuttgarter Statut auch in einer Reihe Nachbargemeinden zur Annahme zu bringen, so wäre der nächste Schritt der Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrags, so daß die angeschlossenen Ort-schaften für die Zwecke der Versiche-rungen ein Gebiet bilden. Staatliche Zuschüsse würden dann wohl in Anspruch genommen und wohl auch bewilligt werden, da sich die Zweite Kammer bereits wiederholt für die Förderung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung durch staatliche Mittel ausgesprochen hat.

X

KurzeChronikDerpreußische nister der öffentlichen Arbeiten hat die Regierungspräsidenten angewiesen die Gemeinden zur Anwendung der gleichen Grundsätze des Arbeiterschutzes zu veranlassen, wie sie bei den Staatsbauten zur Anwendung kommen. X Der Reichsverband deutscher Städte hat seinen Vorstand beauftragt unverzüglich alle geeigneten Schritte zu tun, um die aus Anlaß der Verwaltungsreform angeregte Übertragung Staatsaufsicht über die kreisangehörigen Städte auf die Landräte zu verhindern und den Wunsch der kreisangehörigen Städte auf Gleichstellung mit den selbständigen Städten der Provinz Hannover zu verwirklichen. X In der bayrischen Abgeordnetenkammer wurde beschlossen zur Förderung der Wasserversorgung der zu Gruppen zusammengeschlossenen Gemeinden diesen erhöhte Staatszuschüsse zu gewähren. X Die städtischen Kollegien in Frei-burg haben zum Zweck der Heranziehung industrieller Werke die Aufschließung eines großen städtischen Ge-

X Literatur

ländes beschlossen.

Schlafstelle und Chambre garnie ist eine flott geschriebene Abhandlung in der bekannten Sammlung Kultur und Fortschritt /Leipzig, Dietrich/ betitelt, in der der Verfasser, Victor Noack, für die Errichtung von Ledigenheimen plädiert. X Die Frage der Untervermietung in Leipzig behandelt Otto Meißgeier /Leipzig, Veit/ im Anschluß an die stark veralteten Zahlen der Zählungen von 1900 und 1905. Er kommt auf Grund dieses Zahlenmaterials zu dem Ergebnis, daß außerordentliche Mißstände auf dem Gebiet des Untervermietungswesens in Leipzig nicht bestehen. Trotzdem spricht er sich für die Schaffung besonderer Wohnungsgelegenheiten für Ledige aus, damit nicht die Untervermietung in immer neue Haushaltungen eindringe, und damit ferner die ungunstige Beeinflussung der Preise auf dem Wohnungsmarkt durch die Untervermietung ein Ende nehme, X Dr. J. Feig und Dr. W. Mewes haben eine Schrift Unsere Wohnungsproduktion und ihre Regelung erscheinen lassen /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/. In dem 1., von Feig bearbeiteten Teil werden die Tatsachen der Wohnungsproduktion dargestellt. Nach einer kurzen geschichtlichen Übersicht werden der Reihe nach der Wohnungsbedarf, das Wohnungsan-

gebot, der Verkauf der Wohnungsproduktion und die Maßnahmen der Selbsthilfe abgehandelt. Der Verfasser bringt ein reiches statistisches Material bei, durch das er insbesondere die Zusammenhänge zwischen Bautätigkeit und allgemeiner Wirtschaftskonjunktur zu erläutern sucht. Dieser Aufgabe dient auch eine graphische Darstellung der Entwickelung von Bautätigkeit und Zinsfuß. Feig kommt zu dem Ergebnis, daß im großen und ganzen die Bautätigkeit der allgemeinen Konjunktur folgt, daß sie aber in einzelnen Jahren, insbesondere solchen der Hochkonjunktur, sich dieser entgegengesetzt bewegt. Wohnungsmangel und Wohnungsteuerung sind dann die Folgen dieser konträren Bewegung. Mewes widmet nach einer kurzen Besprechung der bodenpolitischen und allgemeinen baupolitischen Maßnahmen sowie der Bedeutung der Baugenossen-schaften, über die Feig im I. Teil das Zahlenmaterial beigebracht hatte, den größten Teil seiner Abhandlung Fortentwickelung der privaten Bautätigkeit, da bei ihr auch in Zukunft das Schwergewicht der gesamten Wohnungsproduktion liegen werde. Von einer schnellen und sorgfältigen Berichterstattung über die Lage des Wohnungsmarktes, einer bessern Organisation der Bauunternehmung, namentlich einer Entwickelung zum Großbetrieb, die ihrer-seits durch eine stärkere Entwickelung des leichter verkäuflichen Kleinhauses ihm bedingt erscheint, von einer billi-gern Beschaffung des Baukapitals erwartet er eine Besserung ihres heutigen Zustands. Seine Vorschläge wie Einführung öffentlicher Taxamter, von Tilgungshypotheken, die Schaffung öffentlicher Kreditinstitute usw., fassen in übersichtlicher Weise zusammen, was auch schon von anderer Seite ausge-Sprochen wurde

WISSENSCHAFT

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Japan

Eine ganze Bibliothek existiert bereits über Ostasien, aber diese führt uns durchweg nicht in die Seele dieses Erdstrichs ein. Erst Lascadio Hearn und Perci-val Lowell haben uns die Wunderwelt Japans erschlossen. Mit großer Kunst weiß uns gerade Lafcadio Hearn die ungeheure Differenz, die unser Empfinden und Denken von dem Ostasiens trennt, begreiflich zu machen. Und doch nat er, der 14 Jahre der Ergründung Ja-

pans gewidmet hat, sein letztes Buch über Japan noch bescheiden Japan, ein Deutungsversuch genannt /Frankfurt, Rütten & Loening/. Den ersten Ein. druck, den Japan auf den Europäer macht, charakterisiert Lafcadio Hearn als einen unbeschreiblichen Schauer, als ein geisternaftes Gefühl, von dem man wohl ergriffen wird, wenn man in eine ganz fremdartige Welt eintritt. In absonderlichen Gewändern huschen zwerghafte kleine Menschen in den engen Straßen dahin, der Arbeiter handhabt merkwürdig gestaltete Werkzeuge in ganz anderer Weise als der Europäer, und aus den Läden grinsen einem absonderliche Masken an. Im Hinblick auf diese unsere geistigen Antipoden bemerkt Percival Lowell zutreffend, daß die Japaner in umgekehrter Richtung sprechen, lesen, schreiben, und das ist »bloß das ABC ihrer Verkehrtheite. Verblüffend wirkt die Charakterzucht, die diese Gegenfüßler auszeichnet. Ein sanftes Lächeln erstirbt auf diesen japanischen Gesichtern nie, mögen sich die Unglücksfälle auch noch so katastrophal häufen.

Lafcadio Hearn greift in seinem Buch alle Seiten des japanischen Kulturlebens heraus. Mit großer Liebe entwickelt er die religiösen Ideen und Empfindungen der Japaner und charakterisiert die 3 Kultformen: den häuslichen Kult, den Gemeindekult und den Staatskult. Aus dem Geisterkultus ist der Kult der gro-Ben nationalen Götter erwachsen. Opfer werden den Toten dargebracht: sie leben ja fort, sättigen sich an den Gaben und sind im Besitz außergewöhnlicher Kräfte. Und alles, was nier auf Erden geschieht, ist ein Werk dieser zu Göttern erhobenen toten Ahnen. Den Geistern der Toten wurden noch bis in späte Jahrhunderte hinein Menschenopfer ge-bracht. Wenn ein Vornenmer gestorben war, wurden um seinen Erdhügel 'nerum im Kreis Menschen bis zum Hals in die Erde gegraben und einem grauenvollen Tod durch Raubvögel und reißende Tiere ausgeliefert. Dieses Menschenopfer wird Hitogaki oder Menschenhecke genannt und ist erst vor etwa 19 Jahrnunderten abgeschafft. Aber frei-Aber freiwillige Menschenopfer bestanden noch fort, gegen sie schritt noch im Jahr 646 der Kaiser Kötoki ein. Den noch in voller Blüte stehenden Ahnenkult in der Familie schildert uns Lafcadio Hearn packend und lebensvoll: In jeder japanischen Familie steht ein Hausaltar. In den Hausschrein legen die gläubigen Anhänger des Shintokults die

mit den Namen der Familientoten beschriebenen Täfelchen aus weißem Holz. Auch der japanische Buddhist bewahrt die Sterbetäfelchen im buddhistischen Hausschrein. Die patriarchalische Familie, deren Form sich so wunderbar in Japan erhalten hat, führt Lafcadio Hearn auf den Ahnenkultus zurück. Das ist nach meiner Ansicht eine falsche Ableitung, denn es verhält sich damit gerade umgekehrt. Die strengen Züge dieser Familienform reiht Lafcadio Hearn übersichtlich aneinander. »Wenn die Familienherrschaft auch despotisch war«, so bemerkte er, »so war es doch mehr die Herrschaft einer Körperschaft als die eines Hauptes, da der Patriarch seine Autorität tatsächlich nur im Namen der Gesamtneit ausübte. In diesem Sinn ist die Familie heute noch despotisch. Aber spätere Sitten haben die Macht ihres gesetzlichen Oberhaupts eingeschränkt.«

Über die grausame Härte der rechtlichen und zeremoniellen Klassengesecze Japans hat Hearn viele und charakteristische Details zusammengestellt. Alle äußeren Lebensformen der Klassen sind fast überkünstlich von oben bestimmt. Dem Landmann zum Beispiel wurde nicht nur die Kleidung, Nahrung und sein gesell. schaftliches Betragen sondern auch die genaue Größe, das Baumaterial und die Bauart seines Hauses vorgeschrieben. In der Zwangsjacke dieses Zeremoniells war nicht Raum für einen freien Atemzug. »Die hierarchische Gesellschaftsorganisation«, so führt Lafcadio Hearn aus, »spiegelt sich getreu in der konventionellen Organisation der Sprache, in der Anordnung der Pronomina, der Substantiva und der Verben, in den Graden, die man den Adjektiven durch Anhängung von Vor- und Nachsilben beilegte, wider. Mit der selben unerbittlichen Genauigkeit. die die Regeln für Kleidung, Diät und Lebensführung vorschrieb, waren auch alle anderen Lebensäußerungen negativ und positiv geregelt, aber mehr noch positiv als negativ.« Selbst das Lächeln war klassenmäßig reglementiert, und so galt es zum Beispiel als tödliche Beleidigung bei der Ansprache eines Höherstehenden so zu lächeln, daß die Backenzähne zum Vorschein kamen. Der Angenörige der Herrenklasse der Samurais war ermächtigt jede Person aus den 3 unteren Ständen zu töten, die sich irgendeiner Unhöflichkeit schuldig machte. Verstöße gegen das dem Kaiser gegenüber zu beobachtende Zeremoniell wurde unter Umständen mit dem Tod bestraft. Über

die sozialkulturelle Wirkung dieser atembeklemmenden Enge japanischer Zwangsvorschriften macht Lascadio Hearn die zutreffende Bemerkung: »Die Tendenz dieser Zwangsvorschriften ging dahin alle geistige und moralische Differenzierung zu unterdrücken, die Persönlichkeit lahmzulegen, einen uniformen starren Charaktertypus zu schaffen; und wirklich wurde dieses Resultat auch erzielt. Bis zum neutigen Tag zeigt jeder Japaner die Linien jener uralten Form. in die der nationale Geist seit altersher eingepreßt wurde.«

Die Einführung des Buddhismus in Japan behandelt Lafcadio Hearn in einem interessanten Kapitel. Der Buddhismus hat die Japaner, denen er Ehrfurcht vor dem Leben und Pflicht der Güte brachte, nicht nur ethisch-religös gehoben, sondern er weihte sie auch in die Künste und Industrieen Cninas, in Architektur, Malerei, Skulptur, Gravierkunst, Farben-druck, Holzschnitt und Hortikultur ein. Lafcadio Hearn unterscheidet genau den Buddhismus, die Volksreligion, von dem »höhern Buddhismus, der Philosophie«. Die eigenartige Klassengliederung in Japan offenbart noch strengere Züge als die Europas und verstümmelte den Menschen noch mehr zum sozialen Klassenmenschen.

Den scharsen Gegensatz zwischen dem römischen Katholizismus und dem Glauben des Ostens legt Lafcadio Hearn lichtvoll dar. Ein hohes Loblied singt er dann der japanischen Frau, diesem sich ständig fügenden, ewig liebenswürdigen Wesen, das so ganz ein »Kunstprodukt« zu sein scheint. Diese Frau, von der man weit mehr als von einer barm-herzigen Schwester verlangte, mußte Schwiegertochter, Gattin und Mutter zugleich sein und »den verschiedenartigsten Pflichten und Obliegenheiten dieser dreifachen Stellung tadellos nachkommen«. Aber dieser Typus der sich völlig solbstentäußernden Frau ist jetzt in Japan im Aussterben begriffen. In der künftigen Welt der wettbewerbenden Selbstsucht findet sie keinen Platz mehr.

Sehr interessant ist die Tatsache, daß in hervorragende Leistungen militärischen staatlichen. im Leben durchaus nicht mit besonderen Einkünften verknüpft sind. Die Entlohnung der Beamten steht in keinem Verhältnis zu ihrer Fähigkeit und Verantwortung. Die allgemeine Regel ist höchste Leistung für möglichst geringe Entlohnung,

Das alte Japan erlebte mit dem Eindringen des Industrialismus eine grundstürzende soziale Revolution. Neue Arbeitsmethoden drangen ein, und eine neue Geldoligarchenklasse kam auf. Altehrwürdige Glaubensvorstellungen gerieten ins Schwanken. »In 27 000 Volksschulen werden einer neuen Generation die Grundlagen des Wissens und die moderne Auffassung des Weltalls gelehrt.« Wird nun auch der Ahnenkultus erscnüttert werden, wird das Christentum in Japan eindringen, wird dieses Land »individualisiert« werden? Und Lafcadio Hearn glaubt im Hinblick auf diese Fragen antworten zu müssen: »Nie wird der Osten christlich werden, solange der Dogmatismus von dem Bekehrten verlangt seine altehrwürdigen Verpflichtungen gegen die Familie, die Gemeinde und die Regierung zu verleugnen, solange er ihm das Unerhörte zumutet seinen Eifer für den fremden Glauben dadurch zu beweisen, daß er die Täfelenen seiner Ahnen zerstört und das Andenken derer schändet, die ihm das Leben geschenkt haben.«

X Arbeiter.

Die sozialdemokratische Bebewegung wegung aller Industriezentren zeigt die gleichen Entwickelungsphasen; denn überall steigt die Sozialdemokratie von einer kleinen unbeachteten Sekte zu einer vielbewunderten aber auch viel gefürchteten Massenkulturpartei auf. Der soziale Charakter der einzelnen Groß- und Fabrikstädte differiert selbstverständlich 'in sehr wesentlichen Punkten: die Arbeiterschaft einer Schwerindustrie unterscheidet sich eben stark von dem Proletariat der Textilindustrie. Die soziale und politische Eigenart der Chemnitzer Arbeiterbewegung hat nun Ernst Heilmann in seiner Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnits und dem Ersgebirge /Chemnitz, Landgraf/ anschaulich und lebendig herausgearbeitet. Chemnitz ist sozial und ökonomisch im hohen Maß von dem Hinterland, von dem sächsischen Erzgebirge beeinflußt worden. Von dort zog mit den hungernden Erzgebirglern die verdammte Bedürfnislosigkeit nach Chemnitz und verlangsamte hier den organisatorischen Aufstieg des Chemnitzer Proletariats. Ferner war in Chemnitz der Großbetrieb, schon bevor die gewerkschaftliche Organisation ihre Werbearbeit begann, die typische Form der Produktion geworden, und gerade dieses Moment hielt den Fortschritt der Organisation gewaltsam auf. Jeder Organisationsversuch wurde brutal im Keim erstickt. Zu diesen Hindernissen gesellte

sich dann eine schikanöse Polizeiwirtschaft. Und so konnte sich in Chemnitz die organisatorische Arbeit lange Zeit kein breites und tragfähiges Fundament schaffen.

Aus Heilmanns Geschichte der Chemnitzer Arbeiterbewegung fällt übrigens ein aufhellendes Licht auf die noch ziemlich dunkle, ungeklärte soziale Geschichte des Jahres 1848. So erfahren wir, daß in Chemnitz als Organ des Vaterlandsvereins die Sozialrepublikanischen Blätter erschienen, deren politischsoziale Richtung sich in folgender Abonnementseinladung deutlich ausspricht: »Das Blatt hält entschieden die sozialdemokratische Färbung und wird daher auch namentlich die Zustände der arbeitenden Klassen beleuchten.« Sehr wertvoll scheint mir an der Heil-

mannschen Arbeit die treffende Schilderung des religiös-sektenhaften Charakters der jungen sozialdemokratischen Bewegung. Da haben wir in Chemnitz die 12 Lassalleschen Apostel, da wird dort das Lassallesche Glaubensbekenntnis verbreitet, das also beginnt: »Ich glaube an Ferdinand Lassalle, den Messias des 19. Jahrhunderts.« Da lebt in der biblischen Einfachheit und Schlichtheit des Teppichwebers Paulus der Reichstagsabgeordnete Försterling, der während der Session des Reichstags sein sozialistisches Evangelium predigt, bei einem befreundeten Kupferschmiedemeister arbeitet und abends bei einem Glas Bier einen billigen Käse verzehrt, der später in Chemnitz allgemein Försterling getauft wurde. Den partikularistisch-volksparteilichen Einschlag der jungen Liebknecht-Bebelschen Bewegung hat Heilmann ebenfalls zutreffend dargestellt. Historischen Wert hat das Heilmannsche Material zur Charakteristik sächsischer Justiz und sächsischer Polizei. Da wird zum Beispiel der Redakteur Bruno Loof in den siebziger Jahren mit einer Gefängnisstrafe von 16 Monaten bedacht, unter anderm deshalb, weil er in der Kritik eines Zeugniszwangver-fahrens bemerkt hatte, der Zeugniszwang laufe auf die Erpressung von Geständnissen hinaus. Wegen eines freireligiösen Himmelfahrtsartikels und wegen der Beschreibung einer Korsofahrt erhielt der Redakteur Säveke 3 Jahre Gefängnis wegen Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung aufgebrummt.

Mit erfreulicher Unparteilichkeit hat Heilmann den temperamentvollen Most gewürdigt. Er stellt diesem Stürmer wirksam den kühlen Realpolitiker Vahlteich gegenüber. Die Aushungerungspolitik der Fabrikanten nach den Attentaten Hödels und Nobilings belegt Heilmann durch kulturhistorisch erhebliche Dokumente. Und der Attentatsperiode läßt er in dramatisch wirksamer Darstellung die Heroenzeit des Ausnahmegesetzes folgen.

Nach dem Fall dieses Gesetzes strebt die Sozialdemokratie zu einer Massenkulturbewegung empor. Wirtschaftliche und politische Organisationen entstehen überall. Längst hatte das Argument der alten Chemnitzer Freien Presse jede Schlagkraft eingebüßt, daß es nämlich unwürdig sei zu wählen, wo der Taler und nicht der Mensch das Wahlrecht hätte. Vergeblich bemühte sich auch später der Genosse Grenz der kraftvoll einsetzenden Konsumvereinsbewegung mit dem Hinweis auf das Parteiprinzip entgegenzutreten, das mit kleinbürgerlichen Spartendenzen unvereinbar sei. Gigantisch wächst die Konsumvereinsbewegung in Chemnitz in die Breite und Tiefe, und erfreulich dehnt sich die gewerkschaft-liche und politische Organisation aus. Chemnitz verändert seine ökonomisch-soziale Struktur langsam. Der Hammer erlangte das Übergewicht über die Spindel. »Traf man«, so schreibt Heilmann, »vor einer größern Reihe von Jahren einen reichgewordenen Chemnitzer, so genügte, um den Quell seines Wohlstands zu er-fahren, in der Regel die Frage Trikot oder Strumpfel Für die weitere Umgebung von Chemnitz, insbesondere für den 15. und 17. Kreis, ist das im all-gemeinen auch heute noch richtig. Im 16. Kreis sind aber die Metallindustrie und der Maschinenbau gegenwärtig weit über die Textilindustrie hinausgewachsen. Dabei ist die Textilindustrie immer mehr ein Frauenerwerb geworden, während die Männer der Metallverarbeitung strömten.«

Wir hätten es wohl gern geschen, wenn Heilmann im Anschluß an diese Tatsache näher die sozialkulturelle Bedeutung dieser Umwälzung für die proletarische Lage, für die Struktur und das Leben der Familie dargetan hätte. Vielleicht ergänzt er später die treffenden sozial-psychologischen Skizzen Göhres über die Chemnitzer Arbeiterverhältnisse. Übrigens tritt uns das Werden der Chemnitzer Kulturmassenbewegung eindrucksvoll aus den Illustrationen des Buches entgegen. Man vergleiche zum Beispiel die baufällige, stallförmige Hütte der Druckerei der Burgstädter Parteizeitung mit dem Riesenetablissement der heutigen Volksstimme.

X

Bauernsitten Die derbe Sinnlichkeit der altbayerischen Rasse bringt Publikation Georg Queris Bauernerotik und Bauernfeme in Oberbayern /München, Piper/ packend zum Ausdruck. Bei der großen Verlogenheit, die noch bis jetzt die Volksschilderung in Poesie und Prosa kennzeichnet, muß endlich der Sittenschilderer zum Wort kommen, der uns wirklich sagt, wie das Volk denkt und spricht. Überdies bereichert der gewandte Schilderer Queri nicht unerheblich unsere Kenntnisse über die Volksjustiz auf sittlichem Gebiet. Gerade sein sorgfältig gesam-meltes Material über die Rügesitten und Rügegerichte in Altbayern beweist uns. wie ernst dem derben, kräftigen Volk die Reinerhaltung der Sitten war. Die Rügegerichte haben gleichsam eine Lücke im Rechtsleben geschlossen. Da vielfach die Verstöße gegen die Sittlichkeit des Geschlechtslebens nicht von der Justiz und der Kirche geahndet wurden, bemächtigte sich das Volksgericht dieser Fälle und strafte sie hart ab. So entstand zum Beispiel im Jahr 1480 in Mittenwald die Bubenbrüderschaft, die als Gerichtshof gegen »alle Unzucht und Büberei« energisch einschritt und die oft das Über-treten der »guten Sitten und Tugenden« mit Gold und mit »Einlegen in das Wasser des Baches« bestrafte. Nach den Statuten der Bubenbrüderschaft wurde der Bruder. der sich »mit einem Weibsbild verlor und selbe schwängerte«, mit dem Ausschluß aus der Brüderschaft bedacht. Da in der Sittengeschichte vielfach die Fälle von geschlechtlicher Liederlichkeit des Volkes so stark unterstrichen werden, daß man fast an eine Auflösung der sexuellen Sitte glauben kann, so ist gerade von besonderm Wert festzustellen, wie stark das Volk sexuelle Vergehen rügte. Da wurde zum Beispiel dem Bauern, der sich mit der Magd verging, der Mistwagen auf das Dach gestellt. Den sexueller Ausschweifungen Beschuldigten setzte man in Althayern eine aus Stroh geformte und mit alten Gewändern gekleidete menschliche Figur in das Haus. Man warf ihnen wohl auch ein Strohschwein, das in seinem Innern Zettel mit anklagenden Versen barg, in die Wohnung. Aus dieser Volksgepflogenheit sind die Rügegerichte hervorgegangen; namentlich die sogenannten Haberfeldtreiben.

Die Geschichte des Haberseldtreibens behandelt Queri sehr eingehend in dem 3. Abschnitt soiner Publikation Zur Geschichte des Haberseldtreibens. Der Historiker Joh. Nep. Sepp schreibt unter an-

derm über das Haberfeldtreiben: »Das Haberfeldtreiben hat uranfänglich eine rein moralische Grundlage. . . . Jemand ins Haberfeld jagen heißt eigentlich ihn aus dem Kreis ordentlicher Leute und zum Ort hinaustreiben. Um aber die Wegwerflichkeit bildlich auszudrücken, wur-den leere Haberhalme oder taubes Stroh auseinandergezupft und in den Wind oder zu Boden geworfen. Die Hauptsache ist der Schlußakt, wo dann die Teilhaber mit klappernden Windmühlen, Ketten, Kuh-schellen und Peitschen einen Höllenlärm vollführen oder Katzenmusik und Charivari veranstalten. Damit ist Name und Gedächtnis gebrandmarkt und der Argernisgeber von der ehrlichen Gesellschaft ausgeschlossen.« Die Haberer hegen das Rügegericht des Haberfeldtreibens immer im Namen Karls des Großen. Diese Berufung auf Karl den Großen hält Queri für nicht ganz willkürlich. Sie führt nach Queri auf »eine Gerichtsbarkeit zurück. die Karl der Große den baverischen Grafschaften gab, und es mag vielleicht der Fall sein, daß nach dem sanften Erlöschen dieser zäh am Leben gebliebenen Rechte der Volksbrauch sich den Titel anmaßte und in Unzufriedenheit mit der neuen Rechtspflege ais heimlicher Urteilssprecher nach dem alten System auftrat«. Queri hält es für möglich, daß sich in dem Haberfeldtreiben die älteste Form des sächsischen Volksgerichts fortgepflanzt hat. Dieses Gericht bestand als Rügegericht vielleicht noch fort; aber ein urkundlicher Nachweis läßt sich nicht über diesen Ursprung des Haberfeldtreibens erbringen. In dem ältesten Akt über das Haberfeldtreiben /1766/ wird sogar von diesem Treiben als von einem Novum berichtet. Die Haberer erscheinen ferner nicht in den Akten über das Haberfeldtreiben als bejahrte, ernst gerichtete Leute, sondern sie sind durchweg vor 150 Jahren schon junge Burschen gewesen. Im Jahr 1766 wurde die Tochter des Sterzlbauern zu Parsberg bei Miesbach ins Haberfeld getrieben, weil sie sich fleischlich vergangen und ein Kind zur Welt geboren«, Gegen die Gemeinden zu Kirchdorf und Götting, in denen im Jahr 1834 das Haberfeldtreiben große Dimensionen angenommen hatte, wurde Polizei und Militär mobil gemacht. Aus den Angaben dieser Gemeinden an den König wegen der militärischen Exekutionskosten haben folgende begründende Sätze einen kulturhistorischen Wert: »Das sogenannte Haberfeldtreiben war in den nunmehrigen Bezirken des Landgerichts Miesbach seit unvordenklichen Zeiten

Sitte. . . . Solches galt gewöhnlich reichen und stolzen Bauerntöchtern, welche geschwächt wurden, wie auch solchen Untertanstöchtern, respektive weiblichen Dienstboten, welche von einem Ehemann geschwängert wurden. An dem Haberfeldtreiben nehmen lediglich junge und Burschen Anteil. . . . Weil das sogenannte Haberseldtreiben gleichsam eine sittliche Predigt war, und weil hiebei nie ein Unglück sich ereignete, so trafen, wenigstens noch vor einigen Jahren, die Polizeibehörden dagegen keine Anstalten, und uns ist es nicht unbekannt, daß selbst einige Pfarreivorstände dem befraglichen Haberfeldtreiben weil dasselbe gleichsam eine sittliche Predigt enthält. das sprachen.« Das Haberfeldtreiben setzte sich bis zu unseren Tagen fort. Im Jahr 1893 und 1895 wurden größere Treiben noch in Miesbach und Peiß veranstaltet. Und 1893 erließ noch der Erzbischof Antonius einen Hirtenbrief gegen die Haberer. Unter den Haberern unserer Tage tauchen aber vielfach Schwerverbrecher wie der Daxer von Wall auf. Charakteristik der Tatsache, daß das Haberfeldtreiben sittlich völlig in Verfall geriet, dienen vorzüglich die hundsgemeinen Zotenverslein der Haberer, die der Sittenschilderer Queri aus dem Treiben der Jahre 1886 bis 1894 zum Abdruck bringt.

KurzeChronikIn der Geschichte des deutschen Juden-

tums ist das Jahr 1812 der Beginn einer neuen Zeit. Am 11. März 1812 erschien in Preußen das Judenedikt, nach dem die in Preußen wohnenden Juden vollwertige »Einländer und preu-Bische Staatsbürger« sein sollten. Den Juden wurde in diesem Edikt der Vollgenuß der bürgerlichen Rechte bis auf den im 9. Paragraphen enthaltenen lediglich zeitlichen Vorbehalt gewährt. Zur Erinnerung an den 11. März 1812 gab der Prediger Dr. Paul Rieger die Jubiläums-schrift Zur Jahrhundertseier des Judenedikts vom 11. März 1812 heraus /Berlin, Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens/. Das Schriftchen enthält trotz seines geringen Umfangs ein reiches und interessantes Material zur Geschichte der Emanzipation der Juden. X Der 2. deutsche Soziologentag, der im Oktober in Berlin zusammentrat, diskutierte die Nationalitätenfrage vom historischen, rechtlichen und soziologischen Standpunkt aus. X Die kleine Schrift des Professors Karl Weule Die Urgesellschaft und ihre Lebensfürsorge /Stuttgart,

Franckh/ bringt kurze und fesselnde Überblicke über die Entwickelung der menschlichen Wirtschaft und Verkehrstechnik. Sehr wertvoll sind die allgemeinen kulturhistorischen und wirtschaftsgeschichtlichen Ausführungen Weules zur Lehre von den Wirtschaftsstufen. Sie vervollständigen und berichtigen die Theorieen K. Büchers über die Wirtschaftsentwickelung. Lichtvoll hebt Weule die vielen geistigen Momente in der Wirtschaft selbst ganz primitiver Völkerschaften hervor, und er kritisiert dabei die Anschauungen Professor Ernst Friedrichs in dessen Allgemeiner und spezieller Wirtschaftsgeographie, übertreibend die ersten schaftsbestrebungen als reine Reflexund Instinkthandlungen charakterisierte. X Die gewaltige Entdeckertätigkeit der Portugiesen in Afrika und Indien, das kühne Wagnis des Columbus, die ersten Erdumsegelungen, die gewaltsamen blutigen Eroberungen der Spanier in Amerika, die Erschließung Nordamerikas faßt Professor S. Günther in seiner Schrift Das Zeitalter der Entdeckungen (in der Sammlung Aus Natur und Geisteswelt /Leipzig, Teubner/) kurz zusammen. Daß die grundlegende Geschichte des Zeitalters der Entdeckungen von Sophus Ruge so manche wesentliche Abanderung und Erweiterung erfahren hat, erkennt man aus dieser wertvollen Schrift Günthers. X Das Problem der schnellen römischen Welteroberung behandelt in der selben Sammlung Professor Dr. J. Kro-mayer in seinem Werkehen Roms Kampf um die Weltherrschaft. Das romische Weltreich hat, Professor Kromayer weist mit Recht darauf hin, keinen »persönlichen Schöpfer« gehabt. Das bahn-brechende Ereignis in diesem Kampf Roms ist die Niederwerfung Karthagos. Sie war die Vorbedingung für eine expansive Orientpolitik Roms. Die Kräfte, die Organisation Roms und Karthagos und das weltgeschichtliche Ringen dieser Kräfte hat Kromayer hier geistvoll gewürdigt. X Inteinem andern Band dieser Sammlung, in R. Charmatz' Usterreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907, drängt sich der ganze Werdeprozeß, des halbfoudalen Osterreichs zum modernen, kapitalistischen Staat zusammen. Der Zusammenbruch der Revolution, die Beseitigung der jungen Verfassung, die Reaktion in Kirche und Staat sind durch ein gut gesichtetes, reiches Tatsachenmaterial charakterisiert. Die wirtschaftlichen Momente der österreichischen Entwickelung berücksichtigt Charmatz ge-bührend. Die Ursachen des Niedergangs des österreichischen Liberalismus sind richtig auseinandergesetzt. Die Epoche der blutigen Gründungen mit ihrem spekulierenden Hochadel (in den Verwaltungsräten der Bahnen saßen nämlich 13 Fürsten, 1 Landgraf, 64 Grafen, 29 Barone und 21 andere Adlige) beschwor den Antisemitismus und den christlichen Sozialismus herauf. Aber der Aufstieg des Großkapitalismus zeitigte nicht nur den Sozialismus der dummen Kerls sondern den Sozialismus des intelligenten organisierten Proletariats. Die österreichische Arbeiterbewegung ist leider in dem anregenden Werkehen von Richard Charmatz zu knapp und unzureichend behandelt worden. Der sieghafte, politische Zug des österreichischen Proletariats von den achtziger Jahren an bis zum Jahr 1907 ist nicht berücksichtigt. X Die Geschichte des Aufstiegs und Niedergangs der Türken wickelt sich kurz und lebendig in Dr. A. Wirths Geschichte der Türken /Stuttgart, Franckh/ ab. Der alldeutsche Standpunkt des Verfassers färbt da und dort ab. Kulturell und wirtschaftspolitisch sind die Ausführungen Wirths anziehend, freilich auch stark einseitig.

X Literatur

Zur Beurteilung der Weltanschauung früherer Geschlechter wird einmal die Zeitung das vorzüglichste Auskunftsmittel werden. Leider geben uns erst die Zeitungsblätter vom 16. Jahrhundert an vereinzelte Berichte über die Weltereignisse und alltäglichen oder außergewöhnlichen Vorkommnisse der Zeit. Aus den Zeitungsberichten ersehen wir sofort, was die Menschheit in den verschiedenen Zeitabschnitten geistig interessierte. Da tritt uns zum Beispiel aus den Zeitungsberichten des 16. Jahrhunderts der Hexen- und Teufelsglauben in seiner ganzen grauenvollen Gestalt entgegen. Erzählungen von Hexen, Teufeln, Visionen, Wundern füllen ganze Seiten der wertvollen Publi-kation Eberhard Büchners Das Neuste von gestern / München, Langen/. Kulturgeschichtlich interessante Dokumente aus alten deutschen Zeitungen. Der 1. Band behandelt das 16. und 17. Jahrhundert. Über die bevorstehenden Charakterzüge der materiellen und geistigen Kultur dieser beiden Jahrhunderte können wir uns vorzüglich an der Hand des unterrichten, Registers das Büchner Uber das seinem Werk angehängt hat Justizwesen, über die sanitären Verhält-

nisse dieser Periode werden zahlreiche Tatsachen aus den Zeitungen zusammengetragen. Es ist ferner sehr anziehend zu verfolgen, welche politischen Ereignisse, und wie sie in den Zeitungsberichten wiedergegeben werden, um festzustellen, wie sich die politischen Anschauungen umgewälzt naben. Aber nicht nur für den Kulturhistoriker sondern auch für den Laien sind die von E. Büchner veröffentlichten Zeitungsberichte lehrreich und unterhaltend. X Der geschichtliche Roman Alfred Schirokauers Lassalle, ein Leben für Freiheit und Liebe Berlin, Bong/ enthält ein interessantes Material zur Biographie Lassalles und zur Geschichte der Berliner Gesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Es ist ein Mißgriff Schirokauers, daß er dieses Material zu einem sogenannten historischen Roman verarbeitete, in dem Ferdinand Lassalle unter anderm in dem Stil seiner Flugschriften konversiert. Hätte Schirokauer die ganze romanhafte Hülle abgestreift und das Werk bescheiden Die Berliner Jahre Lassalles genannt, so würde er uns ein anziehendes Stück Zeitgeschichte geboten haben.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Lvrlk

Der Lyriker Hugo Sonnenschein freut sich noch immer in seiner Herzensrolle des ewigen verlorenen Wanderers, der die Landgräben liebt und mit dem Mond nächtigt und dem gewaltigen Leid des Lebens. Im Sumpf liegen und in die Sterne schauen: so hat einmal Oscar Wilde diese Stimmung bezeichnet. Die Stimmung ist bei Sonnenschein Widerklang der aufrichtigen Seele. Geuse cinsam von unterwegs /Wien, Adria-verlag/, das ist ja ein Titel, dem die Ziererei nicht fehlt. Es liegt sogar viel Ziererei in diesem Dichter, und doch ist dies Gemisch von Ehrlichkeit und Pose fesselnd. Es läßt ihn Dinge sagen, durch die er einen seltsam bewegten Geist ver-Der wird Form in den Gedichten Trotz der Marotte in Sonnenscheins. Vers und Reim ist häufig eine tief ergreifende Poetenformel in diesem Buch zu desen.

Hier war schon von Armin T. Wegner die Rede, dessen im pantheistischen Weltgefühl hinwandernde Verse ein Wort der Ermunterung und des Lobes fanden. Es zeigt sich, daß er einen Hang zum Lobreden und Hymnensingen hat. Das kann bei einem jungen Dichter ein Vorzug sein, da die Jungen unserer Tage so gern falsche Ironie pflegen und sich in abgebrühte Gleichgültigkeit verlieren möchten. Höre mich reden, Anna-Maria heißt ein Liebeshymnus Wegners /Berlin, Fleischel/, ein in gehobener Prosa geschriebenes Danksagen für Küsse, Erhörung und gute Blicke. Die Geschenke der Geliebten sind, wie zu sehen ist, nicht sehr zahlreich, nicht allzu üppig, und so wäre es fast zu wünschen gewesen, daß der Poet seine Rhapsodie aufbewahrt hätte, um in heiligerer Stunde noch mehr innige, noch mehr aus dem blühenden Talent entsprießende zu dichten.
Von den Modernen hat F. T. Csokor gelernt und auch von den Getreuen der Linggeschen Mariaer den

gelernt und auch von den Getreuen der Linggschen Manier, daß in einer Ballade die Klangseltsamkeiten, die Wiederholungen von surrenden und sausenden Assonanzen ein starkes, die Wirklichkeit überholendes Kunstelement darstellen. Er hat von den Modernen sich entzünden lassen, um selbst in historischen Balladen nicht das allgemein Geschicht-liche sondern eher das persönlich Pittoreske zu malen. Er ist geschickt, wählerisch, nicht sehr ursprünglich und doch immer geschmackvoll in diesen Vers-erzählungen, die er Die Gewalten nannte /Berlin, Juncker/. Wie ein Pfaff und eine Sünderin sich ins Wasser tanzen, dieser Singsang hat seine Größe, seine sprühende Buntheit und Macht. Noch ehe Dauthendey, dem jetzt als

Schüler Brod und Paquet folgen, seine langgestreckten, in sich gereimten Strophen erfand, hielt sich der Pariser Dichterkönig Paul Fort zu diesem freien Rhythmus. Daß die Poeten beider Nationen alte Reim- und Zeitfesseln sprengten, war kein Zufall. Nicht unmöglich ist es, daß solche langatmige, viele Formen in sich verbindende Zeile etwa der Bewegung der Eisenbahn nachgeahmt wäre, wenn sie nuhig und nicht in jähen Stößen daherfuhr. Das ist ja im Gang des Blitzzugs ein weites, die Sekunden tüchtig ausholendes Stampfen, Stampfen im knappen Ruck. Und wenn das Zerren der Sklaven am Seil der Lasten den trocchäschen Rhythmus erzeugte, so hat die moderne Technik das Gemisch all der verschiedenen Taktge-schwindigkeiten gebracht. Am Firmament die Sterne, deren Schnelligkeit und Weg vom Kreisen der Sonne bestimmt werden, sagen Zahl und Möglichkeit aller Bewegung an. Und deshalb hatten die Dichter stets unrecht, wenn sie aus die-

ser tausendfachen Buntheit nur ein Winziges, etwa einen Jambus oder einen Trochäus, verwendeten. Warum nicht die Buntheit im Rhythmus der Sterne nachahmen? Das ist die beste Verteidigungsformel für den freien Rhythmus. Daß Alfons Paquet zu den Anhängern eines derartigen, bereicherten, mo-dernen Rhythmus gehört, ist sein Verdienst. Gar für ein Reisetagebuch ist seine Form sehr günstig. Held Namenlos /Jena, Diederichs/ nannte er sein ly-risches Reisetagebuch. Mit den Männern seiner Zeit ist Paquet einig in dem Gefühl der Wanderlust. Die modernen Weltreisenden sind gar nicht romantisch, gar nicht von der Forsterschen Abenteurerkindlichkeit. Sehr neugierig sind sie, aber sehr skeptisch. Das Beste dichtet Paquet von den Orientwundern, aber er möchte einen ganzen Kreis der Erlebnisse schließen und besingen, das Erhabenste aus den vier Punkten, über die des Weltenzeigers magnetische Nadel wandert. Verhaeren erfand das Wort von den Großstädten, den Versucherinnen, und er meinte eben diese Neugier, diese fast naturwissenschaftlich gowissenhafte Teilnahme der Künstler an den Dingen gegenwärtiger Kultur. Verhaeren selber geriet in die Gefahr des zu hitzigen, des nur auf Rhetorik und nicht auf spielender Anschauung ruhenden Redens. Paquet, der aus dieser guten Schule stammt, überwindet die Gefahr oft, er kann ihr manchmal aber nicht ausweichen. Auch die heiligste Beflissenheit kann in der Kunst zur Marotte werden. Freuen wir uns bei Paquet des vielen Guten, was ihm gelang. Warnen wir ihn sich in einer Technik gehen zu lassen, die einen Herzensdrang in Pathetik verwandeln könnte.

Das Angenehmste österreichischer Poesie kommt augenblicklich nicht aus Wien sondern aus Prag. Brod und Werfel und ein Kreis bescheidener Talente erlösen sich besonders von einem beschwerenden und fesselnden Artistentum. Sie sagen ihre kleinen Lebensdinge und vermögen es den Eingobungen ihrer Seele eine gewinnende, sogar eine revolutionäre Form zu verleihen. Auch bei diesen Pragern sind die langgestreckten Rhytlimen zu finden, diese innerhalb der strophischen Zeile zusammenklingenden Reune. Mit der Schulmetrik ist solche Art gar nicht zu skandieren, und dennoch sehlen die Gründe nicht, um sie vor der Ästhetik zu rechtfertigen. Otto Pick war schon aus manchem zarten

Prosastück bekannt. Er sammelt seine ersten Gedichte Freundliches Erleben /Berlin, Juncker/. Und er sei begrüßt, bis er zu größerer Arbeit die Kraft findet. Ihm fehlt nicht die Berufung, und gerade in der Lynik wüten noch heute die Dilettanten. Nur haben auch die Liebhaber in Reimen es gegenwärtig gelernt sich leicht zu bewegen, nur bilden auch sie schon komplizierte Versgebilde, die für ein kurzsichtiges Auge beinahe kunstvoll erscheinen. Es sei als ein immerhin lehrreiches Beispiel der Lyrikband Segnungen der Stunde von Nikolaus Walter angeführt /Leipzig, Verlag für Literatur/. Er kam zu gu-ten Freunden nach Wien, und all den fröhlichen Kneipen, all den berühmten Flecken widmet er die Emsigkeit seiner Erinnerung. Aber mit den geologischen Schichten der Erde ist das lyrische Bekenntnis jedes Menschen zu vergleichen. Oben auf dem Boden liegt der Schotter, der lose, unbedeutende, bald zerbröckelnde Sand. Wer auf das gute, feste, ewige Gestein stoßen möchte, muß tiefer graben.

Romane Kutscher nennt der Norde Gustaf Hellström einen Roman /München. Langen/. Etwas launisch beginnt er von dem Leben des Londoner Wagenführers zu erzählen. Ein Kutscher ist ja ein vom Leben bunt herumgeführter Mensch. Er ist der ewige Zuschauer bei Traurigem und Frohem; er zügelt die Pferde zur Hochzeit und lenkt sie auf den Friedhof. Höchstens bei einem Arzt oder einem Staatsanwalt kann es geschehen, daß die Gesichter in wenigen Minuten so schnell wechseln. Ein lebensgesunder und ein seelenkranker Kutscher werden geschildert. Während die Männer steif auf dem Bock sitzen, rührt sich ihr Herz doch in mannigfachen Win-Der eine Kutscher wird ein Aufrührer, der gern die Massen zum Aufstand bringen möchte; der andere ist stiller, ergebener, eher zur Behutsamkeit geneigt als zur Brandrede. Und als er eines Tages mit einem beweglichen Brief, der den ordentlichen und zahlkräftigen Bürgersleuten von dem Kutscherelend erzählt, in die Zeitung kommt, wird er so-gar ein berühmter Mann. Die Bürger setzen ihn in Rentengenuß und Alters-behaglichkeit. Ganz ruhig geht diese Geschichte mit dem sozialen Grund dahin, sie verkündet keine Tendenz, und sie ist darum eine poetische Monographie von vielen Reizen.

In dem Buch von der Mutter hat Gorkij das wundervolle Leben der Proletariermatrone gezeigt, die im engen Gedanken des Gehorsams groß wurde. Doch sie wächst, gebeugt unter die Macht der russischen Revolution, gehoben zur Freiheitssehnsucht, in das Weltreich der Revolutionäre hinein. Hier ist Proletarierwelt. Doch sind es teilweise die gleichen Probleme, die Anastasia Werbizkaja in ihrem Roman Aus Sturmeszeit /Berlin. Ladyschnikow/ in die Gesellschaft des Mittelstands übersetzt. Erst leben diese Bürger des Mittelstands, wohlhabende russische Kaufleute, mit auch gefüllten Kassen und Küchen. Die Männer sind gewöhnlicher als die Frauen, denen meist eine aus Faulheit und Mystik gemischte Seltsamkeit gegeben wurde. Aber in dieser von der Reaktion zerdrückten Bürgerwelt, die gewaltsam vom Politischen fortgedrängt wird, gedeihen die ästhetischen Ideen. Ein neues modernes Kunsttheater wird hier ausgedacht, die Stimmungsdramatik des Hofmannsthalschen Deutschlands besticht die russischen Bürger, die Offiziere, die Studenten, die Philosophen. Und nun kommt langsam von unten auf die Erhebung, Sie ist doppelt: Erst Pöbelwut, Progromtollheit, ungebändigte Raub- und Mordlust bestialischer, betrunkener Horden. Dann heilige Begeisterung, echte Erhebung, Schwung zu den Idealen der Erlösung vom Zarentyrannismus. Sogar die alten Mütter werden von dieser Strömung fortgerissen. Es schweigen die Tragödien der Eßzimmer, der Alkoven und Sommergärten, es beginnt der Lärm der Straßen und des Volksaufstands. stasia Werbizkaja, die gewiß nicht furchtsam ist ihre Leser abzuschrecken, schrieb ein lebendiges, interessantes, aber foliantendickes Buch; dadurch wird zu-weilen rein Dichterisches vom bloß Dokumentarischen zu wenig unterschieden, Der dichtende Chronist Karls XII. Verner von Heidenstam mehr ein Erzähler dunkler Vergangenheit als Poet vom wirklichen, hellen, gegenwärtigen Leben. So sind es auch die Fragen des Verstandes, die ihn inniger beschäftigen als die kleinen Spiele des liebenden Gefühls. Wenn er den Abglanz von einer Faustnatur schaffen wollte, von einem Mann, der sich durch tausend Kulturen ringt, um am Ende den Kopf und das Gemüt in ländlicher Heimat auszuruhen, so muß er tief in Schächte der Gelehrsamkeit hinuntersteigen. Der schwedische Faust wurde Hans Alienus

genannt /München, Langen/: eine Worttändelei, die den Alltagsfremden bezeichnen soll. Alienus blättert erst in Pergamenten des Vatikans, hie und da von Liebeszärtlichkeit abgelenkt, einmal sogar ausgelassen und vom gutgelaunten Papst zu einer spaßigen Unterredung empfangen. Von diesen winzigen, nüchternen Dingen ist der 1. Band des Romans erfüllt. Dann folgen im 2. Buch die Silhouetten der Ewigkeit. Es wird ausgesponnen, daß Alienus eine Reise über den Styx zur Unterwelt beginnt, wie weiland Achill, der zu den Schatten hinabsticg. Und wie in den Geschichtsenzyklopädieen Ex oriente lux steht, so wandert Alienus erst bei den harempflegenden Babyloniern und bei den Religionsschöpfern des heiligen Landes herum, um auch bei den lichteren Hellenen Ereinzuernten. Solche Kulturgemälde betrachtet man gern, gehört der große Zug in der Betrachtung des Weltenlaufs. Aber das Hinübergleiten aus der geistigen Unwirklichkeit in das härtere Erdenbereich geschieht doch mit Anstrengung.

Der dänische Jude Meier Aaron Goldschmidt, der zur Zeit der Gutzkow und Freytag lebte, ist auf die Nachwelt mit einem sehr fesselnden Tendenzroman gekommen. Ein Jude hieß das Buch, das einen bedeutenden Einblick in die Emanzipationskämpfe der dänischen Juden gibt. Jetzt ist es bei Juncker in Berlin deutsch erschienen. Es war aber in dem Werk das Tendenziöse mit dem Künstlerischen wohl verbunden und selten im Widerspruch. Der aus kleinen Verhältnissen stammende Jude wird Arzt und kommt als Schwiegersohn in eine christliche Patrizierfamilie. Doch ehe er unter den Trauhimmel tritt, steigen dem Verlobten schwere Zweifel auf. Er kann nicht von dem Väterglauben und von der Moral loskommen, die ihm die Nachgiebigkeit an konventionelle Bürgermanieren verbietet. Vor der Braut flicht er und beginnt ein .seltsames Abenteurerdasein als französischer Fremdenlegionär und Kämpfer für Polens Befreiung. Hier werden sehr interessante romantische Kriegsbilder beschrieben, deren Buntheit, deren erschütternde Kraft und ergreifende Stimmung ein gut Teil des Buches ausmachen. Offizier wird der Jude, er kehrt nach Kopenhagen zurück. Die einstige Verlobte hat er im Herzen, und Sehnsucht treibt ihn, daß er knieend und verhimmelnd bei ihr weilen möchte. Aber da findet er sie verdorben für das Glück, da findet er sie als leichtfertige Ehebrecherin. Und was Großes und Gutes in ihm war, wird zerschmettert. Nun wird aus dem feinen Kulturmenschen bald ein harter, gehaßter Mensch, dem der Fluch ins Grab folgt. Dieses mit Groteskem gemischte Schlußbild ist ein wilder, ein mächtiger Eindruck. Schade ist nur, daß auf diese Wandlung nicht noch mehr psychologische Sorgfalt verwendet worden ist.

KurzeChronik Emil Lucka erweist sich in kleinen Skizzen als ein feiner Stilbildner, dem es aber nicht gegeben war die plastische Lebendigkeit der Ereignisse und Men-schen zu finden. Nach der ersten Sagennovelle heißt sein Band Winland /Wien, Deutsch - Österreichischer Verlag/. schließt mit einer fesselnden Skizze vom Tod Dostojewskijs. X A. von Westheim ist ein Anekdoten erzähler, der meist aufs Schauerliche gestimmte Schnurren unter dem massiven Titel Das Gesetz der Bestie vereinigt /München, Langen/. X Wider die Welt ist ein sozialer Aufklärungsroman von Walter Ziersch /München, Piper/. X Eine südamerikanische Plantagengeschichte mit Granden und amerikanischer Liebe und Kuhhirten und Haziendas erzählt flott und sogar lyrisch Lucie Hörlyn (Die alte Plantage /München, Langen/). X Nach Nordamerika führt uns Lene Haase. Sie schrieb mit Humor und guter Beobachtung ihren Roman Im Bluffland /Berlin, Fleischel/. Es sind Erlebnisse eines jungen deutschen Mädchens in Ame-Das Fräulein wird Detektivin und Krankenpflegerin und benimmt sich sehr tapfer, so daß sie mit reichen Erfahrungen und ohne bittere Enttäuschung in die Heimat zurückkehren kann. Vorzüge des Romans sind seine Flottheit, sein Optimismus, seine soziale Kritik. X Karl Hans Strobl, der aus der Türke i manche pittoreske Schilderung geschrieben hat, siedelt dort einen ganzen Roman an: Isgard Gestettner /Wien, Deutsch-Osterreichischer Verlag/. Er spielt in den Kreisen der fremdländischen Diplomatie von Stambul, und wir lernen sogar all die Unruhe kennen, durch die aus dem osmanischen Absolutismus ein Verfassungsstaat wurde.

Literatur Schon seit langem versuchen die Anhänger der Freudschen Neurologenschule mit ihren Erkenntnismethoden der Ästhetik zu nutzen. Sie prüfen die seelischen Vorgänge im Künstler und entdecken

seltsame, fast erschreckende Gleichheiten zwischen dem Innenleben der Verrückten. der Verbrecher und der Dichter. Wilhelm Stekel, dem man Gefühl für das Poetische nicht absprechen kann, sammelte Die Träume der Dichter, besonders der herb lebendigen und arbeitenden /Wiesbaden, Bergmann/. Sie erzählten ihm von ihren Träumen, und da er das Ganze überlas, fielen ihm Parallelen auf, die jeder Teilnahme wert sind. Fast alle Dichter träumen das gleiche, wenn der Leser und Denker imstande ist von der besondern Traumerscheinung das allgemein Gültige zu trennen. Fast alle Dichter sind von dem Traum geblendet, daß sie fliegen können, daß sie schwere, meist Blutverbrechen begehen, oder daß solche Bluttaten an ihnen selber vollzogen werden. Der auch dem Laien wohlbekannte und sehr schmerzliche Traum, daß irgendeine Prüfung wiederholt werden müsse, sucht mit unheimlicher Häufigkeit die Dichter auf. Das Geschlechtliche der Träume, im Wachen unterdrückte Freude am Homosexuellen ist den Dichtern beschieden. Sehr viele unter ihnen wurden im Traum von einer in die Weite und Zukunft reichenden Hellseherei ausgezeichnet. Das ist die Liste der von Stekel gefundenen und geordneten Dichterträume. Und der Seelenarzt, der einst viel mit Traumdeutung und Traumsichtung beschäftigt war, stellt fest, daß diese Dichterträume sehr den Träumen von Narren und Verbrechern verwandt sind. Auch die Erklärung dieser fast betrübenden Tatsache bleibt Stekel nicht schuldig. Er sieht sie im Grundcharakter des Dichters, der eben ein Seelenverwandter dieser niederen Menschen ist. Während aber der Tolle und der Verbrecher mit ihren entarteten Gaben zerstören, die Gesellschaft beunruhigen und Gesetze brechen, lenkt sich der Trieb des Dichters zum Schaffen. Der im Traum als Flugfähigkeit vernehmbare überschwengliche Ehrgeiz erzeugt in den sozial Nutzlosen das Negative, im Dichter den Hang zum positiven Gestalten. Der kriminelle Hang des Dichters wird in Polemik umgemünzt, die bis zum furchtbaren Haß, auch wohl bis zur glühenden Liebe gesteigert sein kann. So können die Analogicen fortgesetzt werden. Sie bedeuten aber mehr als ein bloßes Spiel der Gedanken: sie bedeuten eine große Rereicherung der Einsicht, daß alle Geisteskräfte des herrlichen Genies oder des moralisch Fallsüchtigen nicht als Tugenden oder Laster einzuschätzen sind. Sie sind nur Schicksale.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Wallot + Kaum ein Jahr nach seinem 70. Geburtstag ist Paul Wallot gestorben. Mit seinem Reichstagshaus konnte er eigentlich nur ein erster Anreger sein, der ein historisierendes und sinnlos kopierendes Stilarchitektentum in seiner kümmerlichen Epigonenhaftigkeit entlaryte, ein Vorläufer für einen Mann wie Messel und die heute wirkende jüngere Generation, einer, der seit langem wieder ein Bauwerk aus seinen inneren Bedingungen zu entwickeln wagte, und bei solchem Unterfangen Größe zu entfalten wußte. Es gibt Leute, die deshalb in Wallot eine Art Revolutionär feiern zu Nichts ist falscher. müssen glaubten. Revolutionär war er nur durch die Nachfolge, die er entfesselte, nur durch die die seine phrasenlose Leidenschaft, Wesensechtheit in einem nachwachsenden Geschlecht entzündete, das der hohlen Architekturphrasen satt und übersatt geworden war. Wallot war mit dem, was er am Königsplatz baute, kühn; aber er war es doch nur auf dem Boden einer gefestigten Tradition. Er baute nicht mehr Renaissance, romanisch oder so etwas, was die Architektenschaft um ihn herum als das eigentlich Wesentliche an einem repräsentativen Bauwerk anzusehen gewohnt war. Doch er gab sieh auch nicht, wie es ein bauender Kunst-gewerbler von heute tun würde, die Mühe all diesen überlieferten Gesten aus-Sie nutzte er ebenso willzuweichen. kürlich wie sorglos, quirlte einen sogenannten Motivenschatz nach Laune ineinander, weil ihm ganz anderes wichtig schien: der Raum, den er lebendig machen wollte, in dear ein echtes Pathos einmal machtvoll aufklingen wieder sollte. Kein Zweifel, er hat dieses elementare Raumgefühl ausgewirkt an Baugliedern, an Fassaden, Säulen, Bogen, Wandungen, die uns doch nur ganz von ferne verwandt mit dem scheinen was als lebendigster Rhythmus durch unser Dasein braust. Und er hat seine Mitarbeiter, die Eberlein, Schaper, Rieth und wie sie alle heißen mögen, nicht aus ihrer schwülstigen Phraseologie herauszureißen verstanden. Trotzdem gibt es an und in dem Haus architektonische Situationen von repräsentativer Stimmungsgewalt. Man schreitet durch Portale, steht vor Treppenaufgängen, ge-

nießt Durchblicke durch die Wandel-

erlebt die Spannung in dem Kuppelraum vor dem Plenarsaal, läßt den Blick von einer der Galerieen durch diese Rotunde schweifen, aber man muß da überall den dekorativen Tand, der aus Wänden und Decken herausquillt. optisch wegzuräumen verstehen. Wie man, um in einem Calderonschen Lustspiel zu dem menschlichen Gehalt vorzudringen, sich durch das barocke Gekrause spanischen Ehrbegriffs hindurchwinden muß, gehört immerhin eine starke architektonische Phantasie dazu, um in dem Wallotwerk Wallot selbst und sein Raumvermögen zu finden. An dem Dresdener Ständehaus, das schon nach der Gewerberevolution entstand, und bei dem er sich auf verständnisvollere Mitarbeiter stützen konnte, ist solch geistige Equilibristik nicht mehr vonnöten. Die Situation an einer so historisch bedingten Stätte ließ ihn wohl auch nicht so ganz herausgehen wie er es nun gewünscht hätte, trieb ihn aber zu einem Bau, der eben in dieser Umgebung zu bestehen vermag.

Vielleicht ist aber seine Dresdener Lehrbetätigung der Punkt, von dem aus seine Bedeutung gemessen werden will. Was ihm am Stein und Eisen zu verwirklichen nicht mehr beschieden war, hat er an einen Schülerkreis weitergegeben, dem er natürlich nicht Genialität, aber doch ein großes Maß von Selbstkritik und handwerklichem Können anerziehen konnte, und für den er wie vorher durch seinen Reichstagsbau der Anreger großen Stils gewesen ist.

Rheinischer Der Berliner Städtebauaus-Städtebau stellung folgte in Düsseldorf ietzt eine 'Städteausstellung. Man hat bei dieser Vorführung der rheinisch-westfälischen Städtebildungen über den Hochbau und den eigentlichen Stadtplan hinausgegriffen und in einer Unzahl Gruppen möglichst alle kommunalen Einrichtungen zu demon-strieren versucht. Dagegen ist gewiß nichts einzuwenden, daß der Fragenkomplex, den wir uns als Städtebau im engern Sinn zu bezeichnen angewöhnt haben, nicht wieder einseitig bevorzugt worden ist. Andrerseits hätte man aber bei dieser Fülle der Gesichtspunkte im einzelnen sparsamer sein können und sein müssen. Statt 60 Rathäuser, von denen ich mir 3 als bemerkenswert notiert habe, hätten es eben diese 3 getan; statt 220 nicht immer vorbildlicher Schulen wäre der 10. Teil mehr als genug

gewesen. Und so wirkt in allen Abteilungen die Gier nach der großen Zahl nur störend, nur verwirrend für die Besucher, die in einer Städtebauausstellung gewiß schon vor sehr schwere und schwer zu erfassende Probleme gestellt werden. Um das ungeheure Material, das in Düsseldorf aufgetischt war, zu verdauen, würde selbst der Fachmann ein paar Monate intensivsten Studiums gebrauchen; um wie viel mehr die Massen, die doch durch derartige Veranstaltungen aufgerüttelt werden sollen. Eine entschiedenere Auswahl (und man könnte auch bei diesen Dingen noch etwas mehr die Qualität entscheiden lassen) würde instruktiver wirken.

Begreiflich sind diese 2200 Nummern. die der Katalog verzeichnet, nur aus diesem schier phantastischen Anschwellen der Städte und Dörfer des Industriebezirks. Das dehnt sich und reckt sich und sprengt alle Siedelungsbegriffe. Da unten, wo die rauchenden Schlote immer neue Menschenmassen heransaugen und auf schmalem Raum zusammenpressen, werden die Probleme, über die zu theoretisieren schon beinahe eine Salonmode geworden ist, zu einer harten Realität, die ganze Männer fordert und fast überall nur halben Maßnahmen begegnet. Die Stadt Düsseldorf, von der die Organi-sation der Ausstellung ausgeht, hat ja, dem Beispiel Groß Berlins folgend, einen Wettbewerb zur Erlangung eines Bebauungsplans für ein 20 schaffendes Groß Düsseldorf erlassen. Aber der weitergehende Wunsch oder, wie man richtiger sagen müßte, die weiterzehende Notwendigkeit einen einheitlichen Be-bauungsplan für den ganzen Industriebezirk, dessen Mittelpunkt Düsseldorf etwa bildet, zu schaffen, wird heute fast noch wie eine Utopie angesehen. Und doch wird man nach ein paar Jahren schon froh sein, wenn dieser Ausweg noch nicht ganz und gar verschüttet ist. Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, wird man diejenigen unterstützen müssen, die das Schmitz-Blumsche Düsseldorfprojekt mit dem 1. Preis ausgezeichnet haben und durchgeführt sehen möchten. Um es bis in die letzten Finessen würdigen zu können, müßte man mit den lokalen Verhältnissen, den Entwickelungsgesetzen und den besonderen Gewohnheiten der Bevölkerung genauer vertraut sein.

Ein Blick auf den Stadtplan und die Vorschläge, die von anderer Seite gemacht worden sind, lehrt aber (ohne De-

tails, die von dem einen oder andern der übrigen Preisträger geschickt gelöst worden sind, gering schätzen zu wollen), Schmitz wirklich das Problem beim Kern zu packen verstanden hat. Die großen Verkehrsachsen, mit denen der ungefüge Komplex aufgeschlitzt worden ist, (darin zeigt sich die Hand des erfahrenen Verkehrstechnikers Blum), sind mit einer so zwingenden Logik geführt, daß man sich wundert die gleiche Lösung nicht überall zu finden. Es war in jeder Hinsicht geschickt die Graf Adolf-Straße, die jetzt schon dem Verkehr als eine gewichtige Ader dient, nach beiden Richtungen hin entschieden fortzuführen und durch eine Überbrückung des Rheins und einen Durchbruch durch den Wall, den die Bahn um den Stadtkern zieht, die City mit der Peripherie in Kontakt zu bringen. Es war nicht weniger ge-schickt den alten Markt mit dem einzigartigen Jan Willem zu schonen und aus dem für diesen Zweck wie geschaffenen Rheinufer ein repräsentatives Forum der Stadt zu machen. Und nicht weniger zu loben wäre endlich der weiter vorge-sehene Grüngürtel. Das Ergebnis der Konkurrenz, die der Stadt Düsseldorf für jeden Reformversuch gewichtige Unterlagen geliefert hat, ist jedenfalls für alle die Kommunen, die aus ähnlichen Nöten keinen Ausweg wissen, schr ermutigend. Gewiß bieten ihnen die übrigen Säle der Ausstellung Anregungen in Hülle und Fülle, die, wie gesagt, aber nicht kritikdos aufgenommen werden können, da cben auch vielerlei nicht Nachahmenswertes zur Schau gebracht worden ist. Die alten Stadtpläne werden ein lehrreiches Studienmaterial sein, die Gruppen Plats und Monument oder Die Kirche im Stadtbild bieten Sensationen für Städtebauästheten, die Gruppe Bodenpolitik kann gar nicht ernsthaft genug beachtet werden, die Abteilung Hochbau unterstützt leider auch eine Anzahl Architekten und Stadtbauämter. durchaus nicht unterstützt werden dürften. Nachdenklich machen muß die Tatsache, daß die Säle mit dem einheitlichsten und höchsten Niveau die Ansichten älterer Bauten enthalten, die der Rheinische Verein für Denkmalspflege und Heimatschutz in seinem Bezirk gesammelt hat. Die heimische Profanarchitektur, die einfachen Stadt- und Landhäuser, Bürgermeistereien und Markt-plätze, Dorfkirchen und Stadtmauerüberreste mit ihren Toren und Wehrtürmen. all das ist auf diesem Weg künstlerisch

wiederentdeckt worden. Ohne Zweifel. vieles, was weniger gut gewesen, mag die Zeit hinweggeräumt haben, und die Begeisterung, die aus gewissen Kreisen heraus für diese Dinge aufgebracht worden ist, ist sicherlich aus einem mangelnden Instinkt für das Gegenwartsschaffen zu erklären. Allein es läßt sich nicht verkennen, daß das Durchschnittsniveau dieser architektonischen Überreste be-trächtlich die Zimmerei überragt, die heute den Durchschnitt ausmacht. Wer, architektonisch interessiert, durch den größten Teil unserer Städte wandert, kann sich vor unnützem Zeitverlust bewahren, wenn er sich auf die winkligen Gassen der Altstadt beschränkt, der neue Peripheriegürtel enthält gelegentlich ja wohl auch einen Bau von hohen Qualitäten; aber eben nur gelegentlich. Findet man auf dem Plan ein neues Krieger-, ein neues Kaiser Wilhelm-Denkmal, eine neue Kirche, so ist 100 gegen 1 zu wetten, daß die Besichtigung überflüssig Nach solchen Streifereien könnte man beinahe das Paradoxon wagen, daß das übelste der Gewerbe meist in den Gassen betrieben wird, die das feinste architektonische Niveau behalten haben. Köln, Düsseldorf, Kassel, Frankfurt wären ein paar Beispiele dafür. Das Viertel der Hafenspelunken in Köln, die Gassen um dem alten Markt mit dem prachtvollen Jan Willem in Köln, die hessischen Fachwerkbauten, der Marstall und das Rentamt in dem alten Kassel machen es einem nicht sehwer auf eine Besichtigung der neueren Viertel zu verzichten. Wenngleich es zwischendurch auch einmal wie in Kassel bei dem Tietzwarenhaus oder dem Bahnhofsanbau ein interessantes Werk der Gegenwart zu entdecken gibt. In dem neuen Köln entsteht eben eine Menge großer Geschäftshausbauten, und es gibt einige darunter, die der Beach-tung wert erscheinen. Für das Seidenhaus Cords hat Schulze-Kolbitz einen Bau aufgeführt, der im Kern als eine Variante des Berliner, dem Emil Schaudt zugeschriebenen Cordshaus angesehen werden will. Das Kölner Haus hat bei einer ähnlichen Massenbewältigung mehr Grazie. Es ist alles leichter, fließender, einheitlicher gemacht. Man spürt eine größere Liebe fürs Detail, allerdings auch ein etwas zu starkes Vorherrschen von Detailreizen. Nebenan hat der Stuttgarter Bonatz einen noblen und groß angelegten Geschäftshausbaus hingestellt. Die leichte Einbiegung der Straße benutzt er, um mit feinem Empfinden eine

Rhythmik zu entfalten, die in der Hauptsache horizontal verläuft. Der leichte Fluß der Formen hat etwas Berückendes, man genießt eine große Sachlichkeit, die so mit lebendigem Gefühl durchdrungen ist, daß sie als repräsentativer Wert empfunden wird. Gegenüber experimentiert der Kölner Carl Moritz an einem dritten Geschäftshausbau, allerdings ohne diese geruhige und gereifte Sicherheit. Vom Obergeschoß her gleißt von Goldflächen und Graß-eggerschen Plastiken, eine Reminiszenz der Phantasiezeichnerarchitektur, über die Moritz bei seinen Gaben doch wohl hinauskommen könnte. Auch bei dem Gebäude für den Barmer Bankverein in Düsseldorf hat er in einem tempelartigen Treppenvorhaus eine Dreingabe gewagt, auf die als einem feuilletonistischen Aperçu man lieber bei einer sonst klaren Anlage verzichtet hätte.

X Kreis Eine Überraschung oder, offen heraus gesagt, eine Enttäuschung boten die vielerlei Bauten, die Wilhelm Kreis nun im Rheinland zur Ausführung bekommen hat. Solange er an Projekten sich strebend bemühte, solange er als ein halb Verkannter seiner Begabung Ungewöhnliches abzutrotzen suchte, durfte man in ihn große Hoffnung setzen. Ich selbst habe in diesen Spalten dafür plädiert, daß man ihm die Gelegenheit zur Erprobung seiner Fähigkeiten geben müsse, um nun doch nach dieser Rheinreise zu erkennen, daß die Gelegenheit, die ihm inzwischen wirklich und überreichlich geboten worden ist, alle jene Versprechungen zunichte gemacht hat. Eine künstlerische Sorglosigkeit ohnegleichen hat ihn bei den vielen Aufträgen, die neuerdings über ihn hereingestürzt sind, fast einem Großunternehmer werden Gewiß, innerlich bleibt ein grö-Beres Format als es der gewöhnliche Bauunternehmer aufzubringen vermag; aber ein bei diesen Profanbauten ganz unangebrachtes Pathos, das fortwährend in Pathetik überzuschlagen droht, oder eine immer nach Gowaltsamkeit lüsterne Schablone ist nicht Architektur in dem Sinn, wie man sie von einem Wallotassistenten erwartete und durfte. An den Warenhausbauten der Firma Tietz hat Kreis gewissermaßen das Erbe Olbrichs angetreten. Außerlich hat er etwa in dem Elberfelder Tietzwarenhaus mancherlei von Olbrich übernommen, aber von dem Geist, der den

Darmstädter beschwingte, von großen und völligen Hingabe an die Sache, die wir in dem Düsseldorfer Haus erleben, von jener liebevollen Versenkung in kleine und kleinste Details, ist bei Kreis nur gelegentlich noch etwas zu verspüren. Das Elberfelder Warenhaus kenne ich zwar nur aus einer umfänglichen Publikation (die bei Wasmuth in Berlin erschienen ist), aber was man da zu sehen bekommt, läßt wohl die Annahme zu, daß es aus dem Kreisschen Atelier (wenn ich auch kaum zu glauben vermag: von Kreis selbst) stammt; ein geschicktes, auf Modernität bedachtes Baugeschäft wie etwa Cremer & Wolffenstein hätte so etwas auch zustande gebracht. Außer den verschiedenen Modellen, die es von ihm auf der Städtebanausstellung zu sehen gab, hat Kreis Köln einen Triangelbau, das Geschäftshaus Palladium, errichtet, der mit ein paar plötzlich emporschießenden rö-mischen Turmecken den Passanten nicht ohne Berechtigung Kopfschütteln abnö-Es schmerzt einen Geist mit solchen Gaben und solcher innern Veranlagung dermaßen haltlos irren zu sehen. Und es will einem nicht in den Sinn, daß die plötzlich erlangte Macht ihm alle Selbstkritik geraubt haben sollte.

× Leipziger Der neue Leipziger Bahn-Haupthof ist einer der größten, bahrihof den die Welt aufzuweisen Er ist auch architektonisch größer als die meisten uns bekannten Verkehrs-Die Dresdener Architekten anlagen. Lossow und Kühne, die bei der Durchführung mit der Eisenbahnverwaltung zusammenarbeiten mußten, denen man aber die geistige Urheberschaft des ganzen Bauwerks unmöglich bestreiten kann, haben in diesen Hallen den Raum in einer starken Sprache beredt gemacht. Architektur und Ingenieurkonstruktion, beides schwingt und reckt und wölbt sich, beides gibt dem Menschen das Gefühl der Weite und der Größe. Die Details wirken unmerklich nur, sind nicht einmal immer gut, aber der Raum, in den sie hineinklingen, hat Körperlichkeit, die sich überträgt, die die Sinne erregt. Es war ein guter Einfall die Konstruktion der Bahnsteighallen nach der Stadt zu durch ein der Eingangshalle steil aufgesetztes Dach zu verdecken. Die Fassade erhält ihr ganzes Leben aus dem Wechsel von vorspringenden Pfeilern und zurückgelegten Fenstern, wobei das Erdgeschoß die Rolle des Sockels zu

hat. Aus der Front spielen heraus springt nur die durch mächtige Fenster von Licht durchflutete Eingangshalle, die mit sparsam verteilter Plastik belebt ist. Dieses Außere kommt über eine gewisse Zaghaftigkeit nicht hinaus. Man spürt, daß Kühne, um sich vor Mißgriffen zu hüten, sorgsam bemüht war auf alles zu verzichten, was zu einer Entgleisung hätte führen können. Mit etwas mehr Zutrauen, das zewiß kein Leichtsinn zu sein brauchte, wäre es ihm wohl auch gelungen diese Angstlichkeit zu überwinden. Sehr überlegt ist der niedrige Windfang, den man erst durchschreiten muß, um in die Kuppelhalle des Eingangs zu gelangen. Dieser karge und gedrückte Durchgang soll einen Maßstab geben, soll die hohe Halle noch höher, ihr strahlendes Licht noch lichter, ihre räumliche Gewalt noch gewaltiger erscheinen machen. Eine Steigerung, die auf andere Weise noch einmal versucht und ebenfalls erreicht worden ist: durch die Treppenanlage, die zwischen diese Eingangs- und die Perronhalle gelegt worden ist. Der Blick von der untern Halle in die riesenhaften Eisenbetonhogen macht das Elementare der Raumbezwingung noch sinnfälliger. Es ist wie bei einem gut angelegten Schauspiel eine fortgesetzte Wirkungssteigerung, der man gern die Unbeholfenheit der einen oder andern Statistenrolle zu vergessen geneigt ist.

X Garten

Die Ausstellung neuer und alter Gartenkunst, die die Gruppe Brandenburg Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst in Berlin zeigte, war nicht darauf angelogt durch Neuigkeiten zu verblüffen. Die Veranstalter hatten vielmehr die Absicht einmal vor der breitern Öffentlichkeit die Leistungen der Menschen zu präsentieren, die als fortschrittlich und künstlerisch gestimmte Gartengestalter der Beachtung wert wären. Es galt ein eindringliches Bekenntnis für die Ideen abzulegen, die unter dem Begriff der architektonischen Gartengestaltung hier schon einmal dargelegt worden sind, galt die Erfüller dieser Bestrebungen einmal gegen den Troß der noch immer in alten Bahnen schreitenden Fachmänner abzugrenzen, galt schließlich in einer historischen Übersicht, die aus den einzigartigen Beständen der Berliner Kunstgewerbebibliothek an alten Gartenplänen und -ansichten zusammengestellt war, die Brücke von der Gegenwart zu einer glanzvollen Vergangenheit zu schlagen.

Der Privatgarten um das Land- und Vorstadthaus herum und die öffentliche Parkanlage wären die beiden Aufgaben. an denen unsere Gartengestalter ihre Talente vornehmlich zu erweisen haben. Der Privatgarten, der eine Erweiterung des Hauses sein soll, eine Abgrenzung gegenüber der Nachbarschaft, eine Stätte Erholung, der Ausspannung, des Naturgenusses, ein blühendes buen retiro. das formal mit der Architektur im Einklang stehen und inhaltlich alle die Liebhaberwünsche eines nicht immer formal disziplinierten Hausherrn befriedigen Für den Gartengestalter setzt da der Konflikt bereits ein, und er wird gerade für den, der aus neuen Bedürfnissen heraus cinen Reichtum entwickeln möchte, wie er in früheren Zeiten das Selbstverständliche war, noch durch den geringen Umfang am Boden verschärft, der dank dem Terrainkapital selbst für den ganz Reichen immer unerschwinglicher zu werden droht. Um an Fülle und Wechsel gegen die früheren Vorbilder nicht zurückzustehen, preßt er häufig auf kleinem Raum alles zusammen, was sich einst über weite Ebenen erstreckte. der Zeichnung mag dieses Nebeneinander von Kompartimenten, dieser Reichtum an Einfällen bestechend wirken, ausgeführt erhält das nur zu oft eine Kleinlichkeit. die gelegentlich ans Groteske streift. Wie gut auch einzelne Lösungen sind, das Entscheidende dürfte heute doch in den öffentlichen Anlagen geleistet sein, in denen man diese neuen, auf Räumlichkeit bedachten Gartengestalter zum Wort kommen ließ. Etwa in den Volksparkprojekten des Frankfurter Gartendirektors Heicke, dem eben entstehenden Berliner Schillerpark (der leider nicht ganz nach den Ideen des Preisträgers Bauer durchgoführt werden soll), den Anlagen von Ludwig Lesser für ein paar Berliner Vorortkolonieen, dem Oldenburger Stadtpark von Leberecht Migge, Friedhofsprojekten von Gildemeister, Seeck und anderen, wo es sich eben darum handelt größere Flächen einheitlich aufzuteilen. In diesen Volksparks mit ihren Spielwiesen, ihren Sandplätzen für die ganz Kleinen, ihren Planschbecken, ihren Ruheplätzen für die Erwachsenen, ihren schattigen Baumalleen für die Spaziergänger und diesen weit gedehnten Totengärten scheint ein neues Kapitel der Gartenkunst ange-In ihnen beginnt die Masse schöpferisch zu werden. Ihre Sehnsucht nach Luft, nach Grün, nach einem Tummelplatz und einem Stückehen freier Natur verdichtet sich mit jedem Jahr mehr zu

Raum- und Formgestaltungen von gänzlich neuem Gepräge. Vielleicht ist es die
Bestimmung unserer Gartenkunst aus diesen Impulsen heraus Anlagen zu entwickeln, die an grandioser Einheitlichkeit
in nichts den Schöpfungen nachstehen, die
im Zeiten entstanden sind, da die Masse
als formgebender Faktor noch in keiner
Weise in Betracht kam.

 \times Handfertig-Zur Anregung des Handkelt fertigkeitsunterrichts wurde im Berliner Kunstgewerbemuseum vor einiger Zeit eine Ausstellung veranstaltet, die auch in anderen Städten gezeigt werden soll. Aus den Schülerarbeiten der verschiedensten Anstalten geschmacklich einwandfreie. leicht herstellbare oder sonst vorbildliche Stücke ausgewählt, die für die praktische Arbeit im Schulbetrieb und für die Ausbildung der Hand wirksame Propaganda machen sollen, gegenüber dem Widerstand, der von überbesorgten Schultheoretikern geleistet wird. Die schon bis zu einer äußersten Grenze gestiegene Gefahr der einseitigen Verstandesbildung wird von ihnen gering geschätzt. Es ist hier nicht der Platz zu einer Auseinandersetzung über den pädagogischen Wert der Handarbeit. Was von den Jungen da geleistet worden ist, ist, sofern man sich der Perspektiven auf eine wiedergewonnene Material-, Werkzeug- und Warenkenntnis bewußt geworden ist, überzeugend genug. Mit Klebarbeiten, mit der Verwendung von Pappe, Schere und Leim beginnt dieser Unterricht. Man sieht dann die Knaben mit Hammer, Säge, Hobel und Schnitzmesser die Hölzer bearbeiten, Schiffehen zimmern, Körbe flechten, Metalle treiben, Eisen schmieden, ja auf einigen Oberrealschulen ganze physika-liche Apparate bauen. Sieht in einem weitern Teil die Mädchen nähen, sticken, stricken, häkeln, weben und schneidern, sieht alle diese Nadelkünste im Gegensatz frühern Methode an praktischen und geschmackvollen Gegengeüht, um schließlich einer großen Zahl Lehrerarbeiten die Impulse zu verspüren, die von den zielsicher geleiteten Seminaren ausgehen.

KurzeChronik Auf dem in Düsseldorf
Ende September abgehaltenen
Städtekongreß ist die Gründung eines Städte baumuseums
angeregt worden. X In Sachsen trägt
man sich scheinbar im Anschluß an die

Schriftausstellung der Dresdener Kunstunterrichtsausstellung mit dem Gedanken ein Schriftmuseum zu begründen. Im Kleinen besteht ein solches Museum, das hauptsächlich Schreibwerkzeuge aller Länder und Völker enthält, als eine Art Propagandaveranstaltung der Berliner Federfabrik Heintze & Blankertz, die die freie Besichtigung gestattet. X Der Verband deutscher Architekten und Ingenieurvereine hat zum Schutz des Baumeistertitels seine Stellung auf dem Münchener Verbandstag dahin präzisiert, daß außer den Regierungsbau-meistern den Titel künftighin nur diejenigen zu tragen befugt sein sollten, die durch einen Befähigungsnachweis gezeigt hätten, daß ihre Leistungen über das handwerksmäßige Können hinausragen.

Literatur Zwei Bändchen aus der Teubnerschen Sammlung g e-

meinverständlicher Schriften Aus Natur und Geisteswelt wären zu registrieren. P. Frankl schreibt über die Renaissancearchitektur in Ita-Eine Arbeit, die sich durch eine gewisse Vollständigkeit, Übersichtlichkeit und sorgsame Darlegung der chronologischen Folge auszeichnet, die aber über diesem Meß- und Datierbaren doch mehr als gut das Nahebringen des hinter diesen Architekturen wirksamen Geistes vergißt. Das andere Bändchen enthält eine recht anschauliche, kurz gefaßte Betrachtung der Schmucksteine und der Schmucksteinindustrie, von A. Eppler. Namen, Eigenschaften und Fundorte der hauptsächlichsten Steinarten, Unterscheidungsmerkmale, Schleif- und Verarbeitungs-methoden findet man da an der Hand zahlreicher Abbildungen knapp geschildert. X Bei Everett in London sind in der billigen 7 Pence-Sammlung ein paar Ruskin bändchen erschienen. So A Joy for Ever, Sesame and Lilies, Unto this Last und Two Paths, die wir ja alle, wenn auch leider nicht so billig, bereits in deutschen Übersetzungen haben. X Bei F. B. Auffarth in Frankfurt am Main geben die beiden Fachlehrer Ernst Bornemann und Paul Hampel eine Sammlung Schriftproben Schrift im Handwerk heraus, die zur Orientierung für den Handwerker, der gelegentlich Kalligraphie verwenden muß, in Anwendungsbeispielen verschiedene Dukten vorführen. Bis jetzt sind 2 Hefte erschienen, die die Verfasser als Anhänger der neuen kalligraphischen Bewegung zeigen.